

NACHRICHTEN

22. AUG. 1975
Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin
BIBLIOTHEK II

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTS-SPIEGEL • INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., August 1975

Einzelpreis 2,50 DM

XV. Jahrgang

D 21 395 E

8/75

Mit der zu Ende gegangenen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde nicht nur ein wichtiger Schritt zur weiteren Stabilisierung des Friedens und der Entspannung und für den Fortgang der friedlichen Koexistenz geleistet. Die Ergebnisse von Helsinki schaffen vielmehr auch die Voraussetzungen dafür, daß der politischen jetzt die militärische Entspannung folgen kann. Wie wichtig und notwendig eine solche Konsequenz ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß in der Bundesrepublik Jahr für Jahr immer größere Summen für die Rüstung verschleudert werden.

Der Abbau der Rüstung, der gerade von den Gewerkschaften wiederholt gefordert wurde, schafft Mittel für die Durchführung notwendiger und längst überfälliger Reformen auf sozialpolitischem Gebiet ebenso wie im Bereich der Berufsbildung und des Arbeitsschutzes. Die Gewerkschaften werden gut beraten sein, wenn sie jetzt in Auswertung der Konferenzergebnisse der Regierung deutlich machen, daß es dem Geist von Helsinki widerspricht, wenn der Sozialabbau weiter forciert wird.

Wer versucht, die Politik in diese Richtung zu steuern, findet sich schnell wieder im Kreise jener CDU/CSU-Politiker, die mit massivem Sperrfeuer zu verhindern suchten, daß in Europa Voraussetzungen für einen stabilen Frieden und für eine weitere Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen geschaffen werden.

Es sind die gleichen Kräfte, die seit Jahren alles unternommen haben, um die Verträge der Bundesrepublik mit den sozialistischen Ländern, an deren

Zustandekommen die Gewerkschaften unseres Landes nicht unwesentlich beteiligt waren, zu torpedieren. Es sind die gleichen Kräfte, die jetzt unter dem Druck der Krise die Gewerkschaften an den Rand der Verfassungsfeindlichkeit drängen wollen, indem sie Forderungen wie nach Mitbestimmung und tarifvertraglichem Schutz für gewerkschaftliche Vertrauensleute als verfassungsfeindlich diffamieren. Ihnen geht es darum, die Organisationen der Arbeiter und Angestellten in einen sogenannten Stabilitätspakt zur Steigerung von riesigen Monopolprofiten zu zwingen.

Die Ergebnisse von Helsinki bieten zusätzliche Möglichkeiten für den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Staaten. Die Wahrnehmung dieser Chance kann dazu beitragen, die Folgen der Krise, wie Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Lehrstellenabbau, zu mildern, die Arbeitsplätze sicherer zu machen und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade diese Möglichkeiten sollten nicht zuletzt in entsprechenden gewerkschaftlichen Forderungen ihren Niederschlag finden.

Wenn in zwei Jahren in Belgrad eine erste Bilanz gezogen wird, muß sich erweisen, wie die gebotenen Chancen zum Wohle der arbeitenden Menschen genutzt worden sind. Besonders vor den Gewerkschaften steht die Aufgabe, die Beziehungen zu den Gewerkschaften Europas auszubauen und zu verstärken. Das trägt mit dazu bei, die Ziele, die sich die KSZE gestellt hat, zu verwirklichen.

gim

Aus dem Inhalt:

Helsinki: Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft 2

Stahlindustrielle verstärken Druck auf die kommende Lohnrunde 4

Lohnpause „völlig indiskutabel“ — statt dessen Kaufkraft stärken! 5

Vom „Volksaktien“-Rummel blieb nur bitterer Nachgeschmack 6

Besorgniserregende Situation: Zeitungssterben geht weiter 8

Eisenbahner-Interessenvertretung ist zunehmend schwieriger geworden Interview mit Dieter Langendorf, Pressesprecher der GdED 12

Erklärung der 18. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock, Auszüge aus Reden

Georges Seguy zum Europäischen Gewerkschaftsbund

IG-Metall-Forderungen für Vertrauensleute

Presseschau 13–20

Befragung zur Vertrauensleutearbeit — Neue Forderungen der IG Metall 21

Abfuhr der Spalter bei Klöckner-Bremen 22

Diffamierung der Arbeitslosen muß entgegengesetzt werden 25

Berufschancen für Ausländerkinder: Hilfsarbeiter oder Arbeitslose 27

18. Arbeiterkonferenz: Abrüstung hilft sozialen Fortschritt sichern 29

Helsinki: Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft

Mit der Unterschrift der 35 Regierungschefs aus Europa, den USA und aus Kanada unter das Abschlußdokument der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) begann ein neues, ein friedliches Kapitel der Geschichte. An derselben Stelle, wo zwei Jahre zuvor die Konferenz ihren Anfang nahm und dann in Genf fortgesetzt wurde, ist ein Fundament des Friedens in einem Erdteil gelegt worden, der in diesem Jahrhundert zweimal Ausgangspunkt von mörderischen Kriegen war.

Es ist auch in der Bundesrepublik unbestritten, daß am Zustandekommen der jetzt erfolgreich beendeten Konferenz die Sowjetunion und andere sozialistische Länder maßgeblichen Anteil hatten. Das mußten selbst die Massenmedien in der Bundesrepublik, die ansonsten alles tun, um die Ergebnisse von Helsinki abzuwerten, wenn auch nur widerwillig, eingestehen. Nicht geschmälert werden darf auch der Anteil der friedliebenden und demokratischen Kräfte in unserem Lande an dem erfolgreichen Ausgang der Konferenz. Auch die Gewerkschaften leisteten einen nicht unerheblichen Beitrag. In zahlreichen Anträgen und Entschlüssen hatten sie solche Vereinbarungen, wie sie jetzt in dem Abschlußdokument schriftlich fixiert wurden, zur Entspannung verlangt. Noch der 10. ordentliche DGB-Kongreß vom 25. bis 30. Mai 1975 in Hamburg begrüßte „die Bestrebungen der Regierungen auf nationaler und internationaler Ebene, die der Entspannung und Verständigung unter den Völkern dienen und den Frieden in der Welt zum Ziele haben“.

Mit der Unterschrift von Bundeskanzler Helmut Schmidt unter das Dokument gegen den Widerstand der CDU/CSU, der bis zuletzt — besonders in der Bundestagssitzung am 25. Juli — lautstark zum Ausdruck kam, wurde dieser gewerkschaftlichen Forderung Rechnung getragen. Es kommt jetzt darauf an, wie Helmut Schmidt vor Beginn seiner Reise in die finnische Hauptstadt erklärte, „daß im Laufe der nächsten zwei Jahre das gemacht wird, was wir in Helsinki an politischer Absichtserklärung alle miteinander unterzeichnen“.

Es kann nicht Aufgabe dieses Artikels sein, alle in dem KSZE-Abschlußdokument enthaltenen Verpflichtungen zu analysieren und Schlußfolgerungen zu ziehen. Vielmehr werden die Absichtserklärungen der Gipfelkonferenz von Helsinki uns auch in der Zukunft beschäftigen müssen. Hier soll nur auf einige Fragen eingegangen werden, die besonders die Gewerkschaften in der Bundesrepublik beschäftigen. Ein Abschnitt des Dokuments beschäftigt sich

mit den komplexen Sicherheit und Abrüstung. Die Regierungschefs sind „von der Notwendigkeit überzeugt, auf diesen Gebieten wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die durch ihren Umfang und ihre Natur Schritte darstellen, um schließlich eine allgemeine und vollständige Abrüstung“ zu erreichen.

Diametral steht dieser Manifestation das Streben von Verteidigungsminister Georg Leber nach Stationierung von französischen Pluton-Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik entgegen. Auch seine Drohung, evtl. zuerst Atomwaffen einzusetzen, steht im Widerspruch zur Erklärung von Helsinki. Wenn Bundeskanzler Schmidt glaubhaft sein will, muß er Leber, dessen Drohungen auch bei zahlreichen Gewerkschaften auf scharfe Kritik gestoßen sind, eindeutig und unmißverständlich in seine Schranken verweisen.

Wie ernst die Verpflichtung der Bundesregierung genommen werden kann, wird sich auch beim Rüstungsetat erweisen. Nicht zuletzt gibt es von Gewerkschaftsseite auf diesem Gebiet konkrete Forderungen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang der Beschluß des letzten Gewerkschaftstages der IG Druck und Papier vom 13. bis 19. Oktober 1974 in Hamburg. Er enthält die Forderung, daß „der Rüstungsetat ab sofort nicht weiter erhöht wird“ und „als nächster Schritt die Rüstungskosten um 20 Prozent gesenkt werden“. Ähnliche Forderungen erhoben auch die im vergangenen Jahr stattgefundenen DGB-Bundesfrauen- und DGB-Bundesjugendkonferenzen. Die eingesparten Mittel sollten „insbesondere für Bildung und Ausbildung verwendet werden“ (Bundesfrauenkonferenz). Gerade die Verwirklichung dieses Beschlusses erweist sich angesichts von Hunderttausenden arbeitslosen Jugendlichen, der Bildungsmisere und des Numerus clausus, der besonders Arbeiterkinder vom Studium ausschließt, als besonders vordringlich, und Helsinki eröffnet dazu einen weiteren Weg.

Im Abschnitt VII des Dokuments von Helsinki verpflichten sich die Regie-

rungschefs, die „Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“ zu achten. Die wirksame Ausübung der „politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der anderen Rechte und Freiheiten, die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben und für seine freie und volle Entfaltung wesentlich sind“, soll gefördert und sogar ermutigt werden. Auch auf diesem Gebiet wird sich die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung erweisen müssen. Die eindeutige Aussage erfordert, daß mit Berufsverboten, Gesinnungsschnüftelei und Hexenjagd gegen Demokraten, Sozialisten, Gewerkschafter und Kommunisten im öffentlichen Dienst Schluß gemacht wird und das Bundesverfassungsgericht nicht länger als Instrument einer dem Geist der Verfassung und des Völkerrechts widersprechenden rechten Politik mißbraucht wird.

Es entspricht dem Abschlußdokument der KSZE, daß die Bundesregierung endlich die Tatsache anerkennt, daß es zwei souveräne deutsche Staaten gibt, deren Grenzen nicht angetastet werden dürfen und in deren Angelegenheiten man sich nicht einmischen darf.

Alle friedlichen Menschen unseres Landes erwarten von der Bundesregierung, daß sie sich konsequent für die Verwirklichung der in dem Dokument enthaltenen Prinzipien einsetzt und sie gegen den Widerstand der reaktionären Kräfte in der CDU/CSU verwirklicht. Helsinki kann der Ausgangspunkt dafür sein, daß der eingeleitete Entspannungsprozeß unumkehrbar gemacht wird und der eingeleiteten politischen Entspannung die militärische folgt.

Gisela Meyer

UZ-Pressesfest

Am 20./21. September findet auf der Düsseldorfer Rheinwiesen das zentrale UZ-Pressesfest statt. Im vergangenen Jahr konnten sich 250 000 Besucher, darunter zahlreiche Gewerkschafter und Gewerkschaftsgruppen davon überzeugen, daß dieses Pressesfest ein Fest besonderer Art ist. Statt des üblichen Nepps und der Profitmacherei wird es auch 1975 ein reichhaltiges Angebot an künstlerischen und sportlichen Darbietungen geben. Bekanntlich hatten antikomunistische Kräfte alles versucht, damit das Pressesfest nicht stattfindet. Aufgrund der Proteste auch aus Gewerkschaftskreisen mußte die Düsseldorfer Stadtverwaltung durch Spruch des Verwaltungsgerichts der UZ die Rheinwiesen für ihr Fest zur Verfügung stellen.

Lebers Drohung

Bundesverteidigungsminister Georg Leber (SPD) entpuppte sich abermals als 150prozentiger kalter Krieger und Vertreter jener Kräfte, die der von den Gewerkschaften wiederholt geforderten Entspannung und Abrüstung im Wege stehen. Kurz vor dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wollte er es seinem amerikanischen Kollegen Schlesinger gleichtun und sich als Säbelraßler betätigen. In einem Rundfunkinterview, aus dem Zynismus und Menschenverachtung sprechen, erklärte Leber unter begeisterter Zustimmung der CDU/CSU, daß die NATO entschlossen sein müsse, auch zuerst atomare Waffen einzusetzen.

Lebers Erklärung steht im Widerspruch zu der einen Tag nach dem Rundfunkinterview veröffentlichten Erklärung des SPD-Präsidiums. Darin wird die Reise Willy Brandts in die Sowjetunion begrüßt. Die SPD sehe ihren wichtigsten außenpolitischen Auftrag darin, so wird erklärt, „mit dafür zu sorgen, daß der Prozeß der Entspannung weitergeht und nicht zurückgedreht werden kann“. Die Entspannungspolitik müsse durch praktische Maßnahmen verwirklicht werden, der Verzicht auf Gewalt „zum beherrschenden Prinzip der internationalen Politik werden“.

Wer nun geglaubt hat, Lebers Spiel mit dem Feuer würde auf Kritik der SPD-Spitze stoßen, sah sich getäuscht. Es gab keinen Kommentar. Es wird an den Menschen unseres Landes, besonders aber an den Gewerkschaften liegen, nicht zuzulassen, daß von Leuten wie Leber die eingeleitete Entspannungspolitik in ihr Gegenteil verkehrt wird.

Nutzt das Portugal?

Der Bundesjugendausschuß des DGB hat auf seiner letzten Sitzung eine Erklärung zur aktuellen Lage in Portugal verabschiedet. Schnell und bereitwillig wurde diese Erklärung im DGB-Nachrichten-Dienst veröffentlicht. In ihr ist von „Information“ und „Solidarität“ die Rede. Doch diesen begrüßenswerten Zielen wird die BJA-Erklärung selbst nicht gerecht, da mit Falschinformationen echte antikomunistische Solidarität beeinträchtigt wird.

In der Erklärung wird behauptet, Teile des Militärs und die Kommunisten gefährden die Demokratie, und die Einheitsgewerkschaft sei nicht auf der Grundlage des Willens der Bevölke-

rung, sondern eines Gesetzes zustande gekommen. Festzuhalten bleibt: Die fortschrittlichen Militärs und die Kommunisten haben die größten Opfer im antifaschistischen Kampf vollbracht. Die portugiesische Einheitsgewerkschaft ist im Feuer dieses Kampfes entstanden. Im neuen Portugal hat diese Einheitsgewerkschaft Mitbestimmungs- und Kontrollrechte erhalten, wie es sie in keinem anderen westeuropäischen Lande gibt.

Hat es der Bundesjugendausschuß nötig, solchen Kräften in die Hand zu arbeiten, die nur ihr Übersoll an Antikomunismus erfüllen wollen? Da die Gewerkschaftsjugend gegen Jugendarbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung und für ein fortschrittliches Berufsbildungsgesetz zur Zeit machtvoll Aktionen durchführt und für den Herbst eine große zentrale Demonstration vorbereitet, die die Ansparnung und den Einsatz aller Kräfte erfordert, ist auch zu fragen: Soll die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaftsjugend dadurch beeinträchtigt werden, daß man ihr kontroverse und spaltende Diskussionen auferlegt? Um so notwendiger ist es jetzt für den aktiven Gewerkschafter, noch aufmerksamer die Ereignisse in Portugal zu verfolgen.

W. B.

GLOSSE

Halbzeit

Es ist Halbzeit im Jahr der Frau. Bis auf einige schöne Reden, die aus diesem Anlaß gehalten wurden, blieb alles beim alten. Hagener Unternehmer glaubten nun, ihrerseits etwas tun zu müssen. Schließlich sitzt ja ihr Boß Schleyer im regierungsoffiziellen Kuratorium. Und so veranstalteten sie eine Podiumsdiskussion zum Thema „Frauenarbeit im Betrieb — unterbezahlt?“ Schließlich kostete das nicht viel, höchstens die Saalmiete.

Auch die Versicherung der Unternehmer in dieser Diskussion, sie seien für die Gleichberechtigung der Frau im Arbeitsleben, ging nicht an ihren Profit. Daß sie sich beispielsweise geweigert hatten, in der Metall-Lohnrunde die Lohngruppe 2 zu streichen, nach der in Nordrhein-Westfalen 98 Prozent aller Metallarbeiterinnen bezahlt werden, brauchten sie ja nicht zu erwähnen. Immerhin lag der Lohnabschluß ja schon einige Monate zurück.

Und so ließen sie fromme, zu Tränen rührende Sprüche vom Stapel. Diese veranlaßten Hagener Frauen, Taschentücher an die Veranstaltungsbesucher mit dem Bemerken zu verteilen: „Es ist eigentlich zum Weinen.“ okolus

Proteste gegen Berufsverbote

Nach Angaben von Prof. Stuby, Vizepräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, sind von 1971 bis Mai dieses Jahres 327 Fälle von Berufsverboten bekanntgeworden. Unter den Betroffenen befinden sich allein 171 Lehrer, 86 Hochschullehrer und 18 Sozialpädagogen. Jedoch würden zahlreiche Fälle von Berufsverboten in der Öffentlichkeit nicht bekannt. Besonders in letzter Zeit mehrten sich die Beispiele, daß Mitglieder der SPD, des SHB und der Gewerkschaften von den Berufsverboten nicht verschont blieben.

Parallel zu der Verschärfung der Berufsverbotspraxis hat die Protestbewegung gegen die Einschränkung der im Grundgesetz garantierten Rechte zugenommen. Auf seiner Sitzung Mitte Juni bekräftigte der Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in einer Entschließung erneut seinen Standpunkt, „daß niemand wegen seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf“.

Auch die Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Darmstadt wandte sich in einer Entschließung gegen Gesinnungsschnüftelei und Berufsverbote. In dem Beschluß wird darauf verwiesen, daß alle, die es mit der Forderung nach mehr Demokratie ernst meinen, in ihrer beruflichen Existenz bedroht werden. „Dies gilt nicht nur für den öffentlichen Dienst, sondern nach wie vor werden aktive Gewerkschafter in den Betrieben als Verfassungsfeinde denunziert, wenn sie sich gegen Unternehmerwillkür für solche gewerkschaftlichen Forderungen wie paritätische Mitbestimmung einsetzen.“

Die Erhaltung der verfassungsmäßigen Rechte erfordere die Initiative aller Gewerkschafter. In einem Staat, der auf dem früheren Territorium des Dritten Reiches entstanden sei, „ist es doppelt wichtig, den demokratischen und liberalen Geist der Verfassung gegen jede Aushöhlung zu schützen“. In der Entschließung stellen die Delegierten der Vertreterversammlung weiter fest: „Die hessische Landesregierung, die sehr genau darum weiß, daß zahlreiche frühere Mitglieder der NSDAP und Richter aus der Zeit von 1933 bis 1945 auch im hessischen Staatsdienst Verwendung gefunden haben, bedroht das moralische Ansehen des Staates, wenn sie in der Gegenwart aktive Demokraten, die lediglich Verfassungsnormen zur Anwendung bringen wollen, unter dem Vorwand angeblicher Verfassungsfeindlichkeit vom öffentlichen Dienst fernhält.“ G. M.

Stahlindustrielle verstärken Druck auf die kommende Lohnrunde

Das zur Zeit laufende Lohn- und Gehaltsabkommen in der Eisen- und Stahlindustrie läuft am 15. Oktober 1975 aus und kann mit vierwöchiger Kündigungsfrist erstmals am 15. September gekündigt werden. Der letzte Lohnabschluß dieses Industriezweiges im Herbst 1974 fiel in die Periode bisher nicht gekannter Rekordumsätze und Höchstprofite. Stahlunternehmer und ihre Verbände führten mit Unterstützung der Regierung und der Massenmedien einen Kampf mit allen nur möglichen Methoden gegen die IG Metall, als Vorläufer für die gesamte Lohnbewegung 1975.

Unter massivem Druck forderten sie als angeblichen Stabilitätsbeitrag gemäßigte Lohn- und Gehaltsansprüche. Nur über diesen Weg sei dem inflationären Preisauftrieb beizukommen und könnten die Arbeitsplätze gesichert werden. Eine höhere Gewinnmarge der Unternehmer fördere die Investitionsbereitschaft und diese wiederum erhalte und schaffe neue Arbeitsplätze.

Zurückhaltung bei berechtigten Lohn- und Gehaltsansprüchen, noch dazu in einer Zeit der Höchstkonjunktur in diesem Industriezweig, haben sich noch nie ausgezahlt. Die Praxis hat dann auch diese Illusionen gesprengt und

Besser informiert durch NACHRICHTEN

den Trugschluß einer solchen nicht neuen Argumentation eindeutig widerlegt.

Nachdem der Export allgemein und in der Stahlindustrie insbesondere als Stütze des vergangenen ungewöhnlichen Booms zurückgegangen ist — bei verschiedenen Walzstahlabmessungen bis 50 Prozent und mehr —, haben sich nun auch einige Wirtschaftsforschungsinstitute zu der Erkenntnis durchgerungen, daß ein Nachfrageauftrieb auf dem Binnenmarkt durch gesteigerte Kaufkraft jetzt vordringlich sei. Wiederholt forderte auch der DGB, die inländische Nachfrage anzukurbeln. Eine solche Erkenntnis und Forderung zieht unmißverständlich die Konsequenz nach sich, die Kaufkraft durch Reallohnsteigerung zu erhöhen. Auch Investitionen werden nur getätigt, wenn für das zu fertigende Produkt Absatzchancen bestehen oder unmittelbar zu erwarten sind. Große Teile der jüngsten Investitionen wurden hingegen zur weiteren Rationalisierung verwandt. Sie haben keine neuen Ar-

beitsplätze geschaffen, sondern vorhandene wegrationalisiert.

Die Rohstahlproduktion lag im ersten Vierteljahr 1974 bei ca. 13,3 Millionen Tonnen gegenüber nur etwa 11,5 Millionen Tonnen im ersten Vierteljahr 1975. Das ist ein Rückgang von rund 15 Prozent. Das bedeutet für einen hochtechnisierten und kapitalintensiven Industriezweig eine wesentliche Kostensteigerung für die geminderte Produktion.

Dafür kann man doch die Löhne und Gehälter nicht verantwortlich machen.

Den plötzlichen Konjunktüreinbruch Anfang des Jahres und das noch nicht abzusehende Ende der kapitalistischen Krise nutzen die Stahlbosse, eine härtere Gangart anzuschlagen, um mit dem Knüppel des Arbeitsplatzrisikos und der sozialen Demontage die Stahlarbeiter und ihre Gewerkschaft zu disziplinieren, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit nehmen zu. Zur Zeit zieht man die Kurzarbeit den Entlassungen vor, um bei einer Konjunkturbelebung die Chance der vollen Kapazitätsausnutzung mit eingefahrener Belegschaft wahrnehmen zu können. Augenblicklich sind ca. 45 000 Stahlarbeiter auf Kurzarbeit gesetzt, das sind rund 15 Pro-

zent der in diesem Industriezweig Beschäftigten. Belegschaftsabgänge werden in der Regel nicht wieder ersetzt. Bei der Hoesch AG ist das zur Zeit ein Abbau von 800 Arbeitsplätzen. Bei den Krupp-Hüttenwerken wurden vom April 1974 bis April 1975 die Mehrarbeitsstunden von 385 000 um 260 000 auf 125 000 Mehrarbeitsstunden oder um 67 Prozent abgebaut.

Millionen von Überstunden des Jahres 1974, die die Stahlarbeiter zu ihrem festen Einkommen rechneten, wurden bereits gestrichen. Bei der Hoesch AG allein will man die Zahl der Überstunden um 7,5 Millionen reduzieren. Betrug die wöchentliche Arbeitszeit in diesem Konzern im Monat März noch 45,8 Stunden, so waren es im Mai noch 40,3 Stunden. Das sind im Monat bei 4 1/3 Wochen 23 Stunden weniger. Bei einem Durchschnittslohn von 9,38 DM (ohne Zuschläge) sind das im Monat rund 215 DM Lohnverlust. Rechnet man den Fortfall der Überstundenprozente und Teil der stahltypischen Zuschläge dazu, dann kann man von monatlichen Einkommenseinbußen von bis 400 DM ausgehen, denn die Überstundenprozente und die stahltypischen Zuschläge machen bis 23 Prozent des Bruttoverdienstes aus.

Die augenblickliche Lage macht deutlich, daß Reallohnstagnation oder -abbau nicht durch Überstundenleistung unterlaufen werden kann. In der normalen wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden müssen Lohn und Kaufkraft garantiert sein, die man bisher zum Teil nur durch Überstunden zu erreichen glaubte. Dabei sind die Stahlindustriellen durchaus in der Lage, ohne weiteres beachtliche Lohnerhöhungen zu verkraften.

Eine Statistik der sechs größten Stahlkonzerne über die im abgeschlossenen Geschäftsjahr 1974 erzielten Umsätze im Vergleich zum vorhergehenden Jahr deutet an, wie die Gewinne sich nach oben bewegten:

Firma	Umsatz	Steigerung in v. H. gegenüber dem Vorjahr
Thyssen-Konzern	21,4 Milliarden DM	+ 78
Mannesmann-Konzern	14,85 Milliarden DM	+ 60,1
Peine Salzgitter	2,96 Milliarden DM	+ 33,8
Friedrich Krupp Hüttenwerke	3,32 Milliarden DM	+ 26,8
Klöckner-Konzern	2,99 Milliarden DM	+ 26,8
Estel/Hoesch-Hoogovens	10,20 Milliarden Gulden	+ 30,7

(„Wirtschaftswoche“ 13. 6. 1975)

Die Stahlindustriellen können folglich auch in diesem, weniger gut florierenden Jahr zahlen. Ausgehend von einer im Herbst anstehenden Inflationsrate von 6,5 bis 7 Prozent, von einer sicherlich noch zu gering veranschlagten Steuerprogression von 1 Prozent, von erhöhten Sozialabgaben von 1 Prozent, d. h. Erhöhung der Arbeitslosenversi-

cherung und höhere Krankenversicherungsbeiträge, von der angekündigten Erhöhung der Mehrwertsteuer und der höheren Arbeitsproduktivität ganz zu schweigen, müssen die von den Gewerkschaften aufzustellenden Forderungen nicht nur der Erhaltung des Reallohns dienen. Heinrich Bramkamp

Lohnpause „völlig indiskutabel“ – statt dessen Kaufkraft stärken!

Auf breiter Front sind die Unternehmerverbände, unterstützt von der Bundesregierung und FDP-Politikern, mit ihrer konzertierten Forderung nach einer Lohnpause zum Generalangriff auf die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten angetreten. Bei einer Preissteigerungsrate von rund 6,5 Prozent, um rund 1 Prozent erhöhte Sozialversicherungsbeiträge und infolge der Steuerprogression gestiegene Steuern sollen sie eine Senkung ihres Lebensstandards um rund 9 Prozent hinnehmen. Dieses Ansinnen nach einer Lohnpause wurde vor allem von der IG Metall scharf zurückgewiesen.

Vorreiter machten die Banken. Sie erklärten bereits am 23. Juli, daß „die Wirtschaft eine Lohnpause“ und „die Unternehmen höhere Gewinne“ bräuchten. Erst dann würde der Aufschwung der Wirtschaft in Gang kommen. Die vom Gewinnstreben der Unternehmer diktierte Forderung steht selbst im Gegensatz zum OECD-Sekretariat, das erklärte, in der Steigerung des privaten Verbrauchs liege „der Schlüssel“ für eine nachhaltige Konjunkturbelebung. Eine Steigerung des privaten Verbrauchs setzt aber die Erhaltung und Erhöhung der Realeinkommen voraus.

Die Banken wurden souffliert vom FDP-Schatzmeister Rubin, der sich zum Sprecher der Unternehmerinteressen machte. Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, bezeichnete den Ruf nach einer Lohnpause als „besorgniserregend“. In einem Interview mit dem Südwestfunk wies er einen Lohnverzicht scharf zurück. Auch in Zeiten wirtschaftlicher Rezession gebe die Gewerkschaft Grundpositionen wie die Fortsetzung des „Umverteilungskampfes“ nicht auf. Loderer betonte, daß es vielmehr darum gehe, den Anteil der Arbeiter und Angestellten am Bruttosozialprodukt zu erhöhen. Bei den neuen Lohnverhandlungen werde es auf „keinen Fall eine Nullrunde“ geben. Die Höhe der gewerkschaftlichen Forderungen werde sich an der Inflationsrate des Jahres 1975 und an der Sicherheit der Arbeitsplätze sowie an dem Bemühen orientieren, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Kurzarbeit abzubauen.

Unverständlich sind hingegen die Äußerungen des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter in einem „Spiegel“-Interview, den Gewerkschaften eventuell einen „vorübergehenden Verzicht auf Lohnzuwachs“ vorzuschlagen. Dazu erklärte das Mitglied der IG-Metall-Vertreterversammlung Hans van Beek: „Nach der Lohnzurückhaltung in den letzten Jahren und dem andauernden Preisauftrieb würde jeder Lohnverzicht

für uns eine Verschlechterung unserer Lebensbedingungen bringen.“

Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) machte das Thema Lohnpause zum Gegenstand einer Befragung. Verständlich, daß sie der Arbeitgeberverband Gesamtmetall für „unverzichtbar“ hält. Demgegenüber bezeichnete der Vorsitzende des IG-Metall-Bezirks Stuttgart, Franz Steinkühler, eine Lohnpause als „völlig indiskutabel“. Ebenso wie die ÖTV lehnte auch die IG Chemie, Papier, Keramik Stellungnahmen zu den Äußerungen Veters ab. Grundsätzlich werden jedoch von der IG Chemie Vorschläge für einen Lohnstopp, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich oder für eine sogenannte Vermögensbildung durch Belegschaftsaktien „als ungeeignete Stabilitätsversuche auf Kosten der Arbeitnehmer“ abgelehnt.

Um die Krise zu beheben, sollen die Unternehmer erneut von der Bundesregierung Konjunkturspritzen erhalten. Es besteht die Gefahr, daß — wie schon zuvor — die Bundesregierung an der falschen Stelle spritzt und die Unternehmer die Mittel nutzen, um weitere Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Ein gangbarer Weg zur Ankurbelung der Konjunktur ist eine Stärkung der Kaufkraft durch Sicherung und Erhöhung der Reallohne, denn ein einziges Prozent Lohnerhöhung bedeutet 4,5 Milliarden DM mehr Kaufkraft.

Wenn der Bundesausschuß des DGB Anfang September mit Bundeskanzler Schmidt zusammentrifft, so sollte die Forderung nach Erhöhung der Realeinkommen für Arbeiter und Angestellte an erster Stelle der Tagesordnung stehen. Daran sollten auch die Belegschaften denken, wenn sie vor Beginn der kommenden Lohnrunde ihre Forderungen diskutieren. Eine Lohnpause, wie sie von Unternehmern und Politikern verlangt wird, wäre der ungeeignetste Weg zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Sie würde nicht nur den Arbeitern, Angestellten und ihren Familien eine spürbare Senkung des Lebensstandards bringen, sondern die Krise noch weiter verschärfen. G. M.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

- 31. August**
Glasindustrie (100 000), Papiererzeugung (70 000), feinkeramische Industrie (40 000), Brauereien in den Bezirken Nordrhein-Westfalen und Hessen (27 000).
- 30. September**
Holzverarbeitung — restliche Bezirke (240 000 insgesamt).
- 15. Oktober**
Eisen- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen (220 000).
- 31. Dezember**
Metallindustrie ohne Bayern (3 250 000), Holzindustrie verschiedener Bereiche (200 000), Papierverarbeitende Industrie (130 000), Land- und Forstwirtschaft (130 000), Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen (55 000), Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen (400 000).
- 31. Januar 1976**
Öffentlicher Dienst einschließlich Post und Bahn (2 224 000), Metallindustrie in Bayern (68 000), Volkswagenwerke (109 000), Land- und Forstwirtschaft (ca. 120 000), Groß- und Einzelhandel in Hessen (85 000), Ziegelindustrie Bayern.
- 28. Februar 1976**
Sägerei und Holzbearbeitung (80 000), Bankgewerbe (280 000), Einzelhandel in Hessen (110 000), feinkeramische Industrie Bayern (30 000).
- 31. März 1976**
Einzel-, Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (100 000), chemische Industrie in den Bezirken Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein (ca. 400 000), Druckindustrie (180 000), Versicherungen (180 000), Ernährungsindustrie Nordrhein-Westfalen — Angestellte (25 000), Sand-, Kies-, Mörtel- und Transportbetonindustrie in den Bezirken Niedersachsen und Bremen.
- 30. April 1976**
Baugewerbe (1 500 000), Textil- und Bekleidungsindustrie (850 000), Groß- und Außenhandel — Teilbereiche (300 000), Einzelhandel in den Bezirken Schleswig-Holstein und Pfalz (20 000), Steinkohlebergbau an Ruhr und Saar (180 000).

Vom „Volksaktien“-Rummel blieb nur bitterer Nachgeschmack

Das in Düsseldorf erscheinende Unternehmerorgan „Handelsblatt“ garnierte am 9. Juli seinen Bericht von der Hauptversammlung der Volkswagen AG in der Wolfsburger Stadthalle mit einer Karikatur: VW-Aktionäre stehen Schlange, um ihren Dividendencoupon gegen einen Gutschein einzutauschen, auf den es Würstchen und Freibier gibt. Soweit die „witzige“ Seite der Angelegenheit.

Die jüngste VW-Hauptversammlung zeigte aber noch ein anderes Bild. Dort traten Diskussionsredner auf, die angaben, im Namen der Kleinaktionäre zu sprechen. Die Konzernleitung wurde angeklagt, nicht in genügendem Maße rationalisiert – sprich: nicht genügend Arbeiter entlassen und einen zu geringen Druck auf die Löhne ausgeübt – zu haben. Insbesondere an VW-Aufsichtsrat Eugen Loderer richtete sich diese Kritik. Er habe als Vorsitzender der IG Metall die Interessen der Firma ungenügend im Auge gehabt und politische über „rein wirtschaftliche“ Interessen gestellt. Dadurch seien seit Jahresbeginn 1975 „nur“ rund 15.000 Arbeiter wogratifiziert worden.

Spätestens an dieser Stelle wird man stutzig. Wer sind denn eigentlich „die Kleinaktionäre“? Sind das nicht auch einige ehemalige „Mitarbeiter“ des VW-Konzerns in Wolfsburg, Kassel, Ingolstadt und anderen Orten? Ihnen hatte man vor Jahren erzählt, mit dem Erwerb einer VW-Aktie seien sie nun „Mitigentümer“; denn sie verfügten ja jetzt über eine „Kapitalbeteiligung“ am Konzern. Diese berechtige sie, auf der Hauptversammlung über die Geschäftspolitik direkt mitzubestimmen. Das hinderte die Konzernleitung allerdings keineswegs, auch ihre „Volksaktionäre“ kurzerhand auf die Straße zu setzen.

Was demnach vom „Volksaktien“-Rummel vergangener Jahre übrigblieb, ist ein schaler Rest: Zu den Lasten der kapitalistischen Wirtschaftskrise für Arbeiter und Angestellte, zu Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Inflation gesellt sich nun auch noch der Hohn. Weil sie eben nicht rationell genug gearbeitet hätten und daher die Kosten zu hoch seien, müssen sie nun auf die Dividende verzichten und sich mit Freibier und Würstchen begnügen!

Was aber ist aus dem Geld geworden, das man einstmal beim Kauf der Aktien zur Verfügung stellte? Ist es der Mißwirtschaft unfähiger Manager zum Opfer gefallen? Ohne die Frage näher zu untersuchen, woher der ausgewiesene Verlust von mehreren hundert Millionen DM stammt, konnte man dennoch auf der VW-Hauptversammlung eine gewisse Antwort erhalten. Der

Aufbau einer außerordentlich kapitalaufwendigen Produktion in den USA und damit die Entlassungsgefahr für Zehntausende weiterer VW-Arbeiter steht nach wie vor an der Spitze der Prioritätenliste. Lediglich Einzelheiten wurden bisher aus Konkurrenzgründen nicht genannt. Wem will man eigentlich angesichts derartiger Tatsachen die angebliche Finanzmisere glaubhaft machen?

Auf der VW-Hauptversammlung wurde vom neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Hans Birnbaum (CDU) eine Antwort gegeben. Bundeskanzler Schmidt habe ihm den Auftrag erteilt, das Problem VW-Werk rein unternehmerisch zu lösen. Wörtlich bekräftigte er: „Wenn im VW-Aufsichtsrat nicht wie in einem privatkapitalistischen Unternehmen unternehmerisch entschieden wird, werden Sie mich hier nicht mehr als Aufsichtsratsvorsitzenden sehen.“

Es liegt nahe, gerade angesichts der Tatsache, daß das Volkswagenwerk nicht nur jahrelang als Paradeferd des Kapitalismus hingestellt wurde, sondern auch ein erheblicher Teil seiner Aktien von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung sowie dem sozialdemokratisch regierten Land Niedersachsen kontrolliert wird, an das SPD-Grundsatzprogramm von Godesberg zu erinnern, das ja wohl noch immer als Richtschnur sozialdemokratischer Politik zu gelten hat. Dort wird bereits der unüberbrückbare Gegensatz formuliert, auf der einen Seite „stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und Ausbeutung“ zu gewährleisten – auf der anderen Seite aber „freien Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative“, „Bejahung des freien Marktes sowie den Schutz und Anspruch auf Förderung des Privateigentums an den Produktionsmitteln“ zu sichern.

Das Scheitern bei dem Versuch, zwei sich gegenseitig ausschließende Linien der Politik zu vereinen, macht die historische Krise der Sozialdemokratie vor aller Welt sichtbar. Um so notwendiger ist es, darauf hinzuweisen, daß dieser gleiche Versuch im „Zweiten

Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975–1985“ wiederum unternommen wird. Dort wird der Anspruch erhoben, zu zeigen, „wie durch Reformen die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland in Richtung auf mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität verändert werden kann“. Gleichzeitig aber wird wiederum das Bekenntnis zur kapitalistischen Marktwirtschaft erneuert: „Die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz sind weitgehend unentbehrlich... Der Staat schafft und erhält die wirtschaftlichen, die sozialen und die politischen Existenzbedingungen der privaten Unternehmen.“

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle die nicht nur sinngemäße, sondern weitgehend wörtliche Übereinstimmung mit programmatischen Forderungen der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände und im Strategie-Papier der CDU durch entsprechende Zitate zu beweisen. Aber wäre es nicht an der Zeit, aus der Praxis des gewöhnlichen Kapitalismus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen? Ebenso wie sich Lohn und Profit gegenseitig ausschließen, wie sich Arbeiter- und Aktionärsinteressen nicht miteinander vereinen lassen, wie der „Volkskapitalismus“ sowohl vom Begriff als auch vom Inhalt ein Antagonismus ist, ebenso ist es ein von vornherein zum Scheitern verurteilter Versuch, auf der Grundlage der kapitalistischen Marktwirtschaft eine wirklich soziale Demokratie zu errichten.

Wer nicht völlig unglaublich werden will, muß auch bereit sein, einer „heiligen Kuh“, die in der Agonie liegt, den Todesstoß zu versetzen. Viele „Mit-eigentümer“ von VW, Hoechst, BASF und Siemens, die bereits stempeln gehen müssen, zur Kurzarbeit verurteilt oder von Entlassungen bedroht sind, haben dies bereits erfahren müssen.

J. P.

IG Chemie fordert Verbot der Aussperrung

Der Hauptvorstand der IG Chemie, Papier, Keramik hat sich erneut mit der im März erfolgten Aussperrung der 151 Beschäftigten bei den Zementwerken Seibel & Söhne im westfälischen Erwitte beschäftigt. Im Zusammenhang damit fordert der Hauptvorstand der IG Chemie in einem Appell an die Landes- und Bundesparlamente erneut ein Verbot der Aussperrung, wie es vom DGB schon seit Jahren verlangt wird. Die Ereignisse in Erwitte seien ein erneuter Beweis dafür, wie zweifelhaft und unsicher das Aussperrungsrecht in der Praxis sei.

„Neuorientierung“ bei VW damit der Profit stimmt

Entlassungen, Produktivitätssteigerung, Rationalisierung und Schaffung neuer Produktionsstätten im Ausland werden auch weiterhin auf der Tagesordnung der Konzernpolitik der VW-AG stehen, um höhere Profite zu garantieren und zu sichern. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik wurde verantwortlich gemacht für die angeblich schlechte Lage der VW-AG. Das war der Tenor der Hauptversammlung der Volkswagen-Werke AG.

„Die Neuorientierung der VW-Geschäftspolitik ist darauf ausgerichtet, die Ertragssituation des Unternehmens nachhaltig zu verbessern, Kosten zu senken und die Produktivität zu erhöhen.“ Diese Feststellung des Vorsitzenden des Vorstandes der VW-AG, Toni Schmücker, anläßlich der diesjährigen Hauptversammlung der VW-AG macht deutlich: Der Profit soll auf Kosten der Arbeiter und Angestellten weiter erhöht werden.

Rigoros werden Arbeiter und Angestellte auf die Straße gesetzt. Anfang 1973 betrug die VW-Belegschaft in den inländischen Werken noch 125.787. Gegenwärtig beträgt sie knapp 92.800 Personen. Sie wurde innerhalb der ersten Monate dieses Jahres um rund 14 Prozent verringert. Weitere Entlassungen stehen auf der Tagesordnung. Es klingt wie ein Hohn, wenn Schmücker erklärt, daß „ohne soziale Härten für die Betroffenen“ diese Entlassungen vorgenommen wurden.

Viele ehemalige VW-Arbeiter haben noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden und haben wenig Aussicht, in absehbarer Zeit Arbeit zu finden. „Soziale Härten“ hat auch die VW-Belegschaft zu spüren bekommen, denn durch Kurzarbeit fielen im Jahre 1974 in 10 Kurzarbeitsperioden – je nach Werk – zwischen 21 und 65 Arbeitstage aus. Angesichts dieser Tatsache wagt Schmücker zu behaupten, daß es soziale Härten nicht gegeben hat. Wenn es darum geht, die Profitinteressen des Monopolkapitals durchzusetzen, dann waren diese Herren noch nie kleinlich.

Von der finanziellen Situation des VW-Konzerns wird ein düsteres Bild gemalt. Es wird der „Verlust“ von 550 Millionen DM angeführt. Doch dieser in der Bilanz angegebene Verlust besagt gar nichts über die wirkliche Lage der VW-AG. Eine Profitermittlung nach der Methode aus der Gewinn- und Verlustrechnung (siehe hierzu: „entschleierte Profite“, erschienen in der Nachrichten-Verlags-Gesellschaft) zeigt uns, daß die VW-AG 1974 einen Nettoprofit von 1.475 Milliarden DM erzielt hat. Damit lag sie rund 8 Millionen über dem Nettoprofit des Vorjahres. Wenn auch der

Gesamtprofit mit 2.075 Milliarden DM um rund 75 Millionen DM gegenüber 1973 gesunken ist, so stieg der Profit pro Belegschaftsmitglied auf etwa 18.600 DM. Das sind 1600 DM mehr als im Jahr zuvor. Eine Steigerung um 9,4 Prozent.

Doch das reicht dem Vorstand noch immer nicht. Dazu sagte Schmücker in Wolfsburg: „Wir müssen darüber hinaus auch unsere permanenten Anstrengungen zur Erhöhung der Produktivität

Faschistenfreundlich

VW hat sich offen auf die Seite der chilenischen Faschisten gestellt. Wenige Tage nach der Hauptversammlung der VW AG wurde bekannt, daß der Volkswagenkonzern ein Zweigwerk in Chile plant. In Santiago wurden darüber bereits Gespräche geführt. Dadurch wird eindeutig die faschistische Mörderjunta unterstützt. Der VW-Konzern handelt damit gegen die Interessen des chilenischen Volkes. In einem Aufruf der demokratischen Parteien und Gewerkschaften Chiles wird gefordert, die Militärjunta politisch und wirtschaftlich zu isolieren. Doch was interessiert das schon die VW-Manager. Für sie zählt nur der Profit. Und der ist am sichersten in faschistischen Staaten. Wie sagte doch Schmücker in Wolfsburg: „Es wird unsere Aufgabe sein, die Märkte unter Ertragsaspekten zu selektieren.“ Und „von besonderer Bedeutung“ ist unsere „Standortstrategie“.

forcieren... Es ist mit zu großem Personaleinsatz produziert, verkauft und verwaltet worden.“ Schmücker will „die Senkung des Personalbedarfs pro gebauter Einheit“ erreichen. Das heißt im Klartext: Die Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten soll weiter gesteigert werden. Dazu dienen auch die Investitionen in den Inlandswerken, die mit 1,187 Milliarden DM eine Rekordhöhe

erreicht haben und um 57,3 Prozent über denen des Vorjahres liegen.

Diese enorm hohen Investitionen wurden nicht nur in die Entwicklung neuer Typen gesteckt, sondern rund 80 Prozent davon wurde für die Errichtung neuer Transferstraßen und für die Neugestaltung von Arbeitsplätzen ausgegeben, um durch Produktivitätssteigerung höhere Profite zu erwirtschaften.

Wo diese Profite erwirtschaftet werden, ist den Konzernherren egal. Hauptsache die Rechnung stimmt. Unter diesem Gesichtspunkt muß man auch die geplante Produktionsaufnahme von VW-Modellen in den USA sehen. Schmücker erklärte, „daß der US-Markt für Volkswagen unverzichtbar sei“. Er geht davon aus, daß bei einer Produktion in den USA noch höhere Profite erwirtschaftet werden können, denn nach dem amerikanischen International Economic Report to the President vom März dieses Jahres sind die Lohnstückkosten von 1969 bis 1973 in den USA um 1,9 Prozent gestiegen. In der BRD dagegen um 19 Prozent.

Immer dann, wenn die Profitentwicklung nicht nach den Vorstellungen der Konzernmanager verläuft, werden dafür die „überhöhten Löhne“ der Arbeiter und Angestellten verantwortlich gemacht. So auch bei VW. Massiv wurde von den Aktionärsvertretern der VW-Haustarifvertrag unter Beschuß genommen. „Sollte der Haustarifvertrag sich künftig als gravierend nachteilig für das Unternehmen herausstellen, wird der Vorstand darüber zu beraten und entscheiden haben“, sagte Schmücker.

Wer glaubte, daß der letzte Tarifvertragsabschluß von 5,8 Prozent, der damit um ein Prozent unter den Tarifierhöhungen anderer Automobilwerke liegt, von den Aktionären honoriert wurde, der hatte sich getäuscht. Hier wurde erneut bestätigt, Lohnzurückhaltungen richten sich immer gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten. Die Hauptversammlung der VW-AG hat erneut gezeigt, wie notwendig es ist, die gewerkschaftlichen Forderungen nach voller Mitbestimmung über Produktion und Investitionen durchzusetzen. H. Prudlo

Exporte gestiegen

Während die Exporte der Bundesrepublik in kapitalistische Länder stark abgenommen haben, stiegen die Ausfuhr in die sozialistischen Länder im ersten Halbjahr 1975 um 22 Prozent. Nicht berücksichtigt ist dabei der Export in die DDR, die entgegen dem Völkerrecht von der Bundesregierung immer noch als Inland betrachtet wird.

Besorgniserregende Situation: Zeitungssterben geht weiter

Die Internationale Grafische Föderation (IGF) befaßte sich kürzlich mit der besorgniserregenden Situation der Presse- und der Druckindustrie. Auf einen kurzen Nenner gebracht, wurde folgendes festgestellt: Die Zahl der selbständigen Zeitungen wird ständig geringer, und immer mehr hochqualifizierte Arbeiter in der Druckindustrie werden arbeitslos gemacht. Durch planlose Investitionen wurden Überkapazitäten geschaffen, mit denen zwangsläufig der Vernichtungswettbewerb verschärft wird. Die Pressekonzentration gefährdet die Informationsfreiheit der Bürger. Die IGF ist der Meinung, daß es an der Zeit ist, aus dieser Entwicklung folgende Konsequenzen zu ziehen:

- Die privatwirtschaftliche Struktur der Presse darf nicht länger mehr als Tabu angesehen werden. Lokale und regionale Pressemonopole sind zu verbieten. Gemeinwirtschaftliche, öffentlich-rechtliche und genossenschaftliche Formen in der Presse müssen entwickelt werden.

- Tarifvertragliche oder gesetzliche Mitbestimmungsrechte sind auch für den Pressebereich unverzichtbar und deshalb durchzusetzen.

- Publizistische Mitbestimmungsrechte für die Redaktionen sind nötig, damit „die Informationsaufgabe der Presse wieder Vorrang erhält vor den Privatinteressen der Zeitungsunternehmer“.

Wie dringend notwendig die Durchsetzung solcher Forderungen ist, zeigt sich am Beispiel der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ) im Ruhrgebiet. Die einst harmlose Lokalzeitung hat sich unter ihrem Topmanager Günther Grotkamp zu einem zeitungsmordenden Konzern-Vampir entwickelt, der gegenwärtig existenzielle Schrecken unter Arbeitern und Angestellten verbreitet.

„Wir waren gerade dabei, die Silvesterausgabe zu machen“, so erinnert sich ein Redakteur der „Herner Zeitung“ an das Jahr 1964, „da hieß es: Sie brauchen nicht mehr weiterzuarbeiten, die ‚Herner Zeitung‘ erscheint morgen als WAZ.“

So begann vor einem Jahrzehnt der große Presseaufkauf an der Ruhr. Nacheinander schluckte die WAZ: den „Duisburger Generalanzeiger“, den „Generalanzeiger Oberhausen“, die „Wanne-Eickel-Zeitung“, die „Ruhrwacht“, das „Westdeutsche Tageblatt“, die Bezirksausgabe Recklinghausen der „Westfälischen Rundschau“, den „Ruhranzeiger“ und die „Velberter Zeitung“. Das macht heute 640 000 Leser, die wie warme Semmeln eingekauft

wurden. Durch den Zusammenschluß mit der „Westfälischen Rundschau“ und Anzeigenkooperation mit der „Westfalenpost“ erreicht der Konzern 1,7 Millionen Anzeigenleser. Komplettiert wird das Zeitungsimperium durch die „Welt am Sonnabend GmbH“ mit ihren drei Regenbogen-Blättern „Welt am Sonnabend“, „Frau“ und „Echo der Frau“.

Im technischen Bereich kommt hinzu: die WAZ-Druck GmbH und Co. KG, früher Karl Lange-Verlag, Duisburg, die Formular-Druckerei Reinhardt in Frankfurt/Main, eine Mehrheitsbeteiligung am Zeitungsverlag Westfalen (ZVW) in Dortmund. Eingekauft wurde die Schloßfabrik Heiligenhaus im Rheinland, 50 Prozent Kapitalbeteiligung an der Reederei MS Constanza, 25 Prozent beim milliardenschweren Otto-Verband und noch einmal 25 Prozent bei der Papierfabrik Holtzmann und Cie. im Murgtal.

Es läßt sich leicht ausmalen, welche horrenden Gewinne bei der WAZ gemacht werden mußten, um mit einer britischen Lizenz und sage und schreibe 20 000 DM Anfangskapital ein solches Zeitungs- und Industrieimperium aufkaufen zu können. Gedeckt vom sogenannten Tendenzschutzparagrafen des Betriebsverfassungsgesetzes, der den Beschäftigten in Pressebetrieben jede wirtschaftliche Mitwirkung und Information versagt, brauchten die Verleger Brost und Funke niemals ihre Gewinne vor der Belegschaft zu offenbaren. In ihrem Topmanager Günther Grotkamp fanden sie zudem einen Mann, der sich als eine „Art Metternich der Zeitungs-Geheimdiplomatie“ (so das Fachorgan „Werbeträger“) zum „ökonomischen Scharfrichter“ (so der „Spiegel“) an der Ruhr machte. Und das unter der WAZ-Parole: „Entscheiden sozial“.

Nun ist jede Art von kapitalistischem Monopol weit entfernt davon, „entschieden sozial“ zu handeln. Mit wach-

sender wirtschaftlicher Macht schwoß auch bei der WAZ dem entscheidenden Machthaber der Kamm. Daß Günther Grotkamp dabei zum bestgehaßten Mann unter Setzern, Druckern und Journalisten an der Ruhr wurde, steht inzwischen außer Frage. Grotkamp indes handelt in dem Bewußtsein, nur das zu tun, was die Gesetze der sogenannten freien Marktwirtschaft ihm vorschreiben. Die kennt er, und danach handelt er. In der Praxis sieht das so aus:

Am 27. Juni 1975 erhält der Betriebsrat der Firma Westdruck GmbH in Hagen, die dem ehemaligen CDU-Minister Dr. Sträter von der „Westfalenpost“ gehört, einen Brief von WAZ-Manager Grotkamp: „Betrifft Druckplatzbestimmung.“ Grotkamp teilt mit, daß der WAZ-Plan zum Bau eines neuen Druckzentrums in Hagen-Bathey nur dann Aussicht auf Realisierung habe, wenn die Setzer und Drucker, vertreten durch ihren Betriebsrat, mit „Loyalität“ und „Geschwindigkeit“ einem rigorosen sozialen Abbau zustimmen würden. Unter den insgesamt 25 Punkten liegt Grotkamp insbesondere der Abbau der tariflich vereinbarten Fünf-Tage-Woche am Herzen. Grotkamp droht: „Die Betriebsvertretung muß wissen, daß der Appell an ihre Loyalität kaum wiederholt wird.“ Er könne das Druckzentrum der WAZ schließlich auch in Dortmund bauen.

Um die Provokation voll zu machen, legt die „Westfalenpost“-Geschäftsleitung im gleichen Couvert ein Schreiben an den Westdruck-Betriebsrat bei, in dem die Zustimmung zur Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden Horst Wisotzki gefordert wird. Als die Belegschaft daraufhin spontan die Arbeit unterbricht, zeigt sich die Geschäftsleitung wohl vorbereitet. Noch in derselben Nacht vom 27. Juni wird der Druck der „Westfalenpost“ und der „Westfälischen Rundschau“ nach Dortmund ausgelagert. Der Notstandskrisenstab bei der WAZ legt seine Bewährungsprobe ab. Am 28. Juni ergeht an Betriebsrat und Belegschaft von Westdruck ein Ultimatum, sich innerhalb zweieinhalb Stunden (!) zur vollen Wiederaufnahme der Arbeit bereitzuerklären.

Als das Ultimatum schon aus zeitlichen Gründen nicht erfüllt werden kann, kündigen Grotkamp und Dr. Sträter in konzertierter Aktion ihre Druckaufträge bei Westdruck. Arbeitswillige Belegschaftsangehörige werden am Sonntag nach Hause geschickt.

Die IG Druck und Papier brandmarkt das Geschehen als einen „Akt brutaler Unternehmerwillkür“, der 350 Arbeitsplätze bedroht. Offen wird auf einer Pressekonferenz am 30. Juni in Dortmund von der Gewerkschaft ausgesprochen, daß hinter der Verlegeraktion „die WAZ als Anteilseigner des

Bauindustrie nach wie vor in großen Schwierigkeiten

Bundeswohnungsbauminister Ravens erklärte, daß die Bundesregierung in zwei Monaten einen ausreichenden Überblick haben werde, um über weitere Konjunkturmaßnahmen für die Bauwirtschaft entscheiden zu können. Diese hat bisher von den angeblich konjunkturfördernden Maßnahmen noch nichts bemerkt. Im April 1975 waren nur 52 Prozent der Kapazitäten der Bauwirtschaft ausgelastet, und über 15 Prozent der ehemals im Baugewerbe Beschäftigten waren arbeitslos. Die Zahl der Konkurse und Vergleiche verdoppelte sich 1974 gegenüber dem Vorjahr.

Während 1973 noch 3,6 Milliarden DM für Maschinen und Betriebsgebäude ausgegeben wurden, sank diese Summe 1974 auf 2,5 Milliarden DM. Aller Voraussicht nach wird sie 1975 unter der Zwei-Milliarden-Grenze bleiben. Auf der einen Seite verspricht Minister Ravens der Bauwirtschaft weitere Konjunkturmaßnahmen, auf der anderen beschließen die Länder, die Ausgaben für Bauleistungen zu senken, d. h. weniger Geld für Kindergärten, Krankenhäuser, Schulen und Straßen auszugeben und auch am sozialen Wohnungsbau einzusparen.

Wenn heute mehr als 300 000 Wohnungen leer stehen, so werfen diese Fehlinvestitionen in einem Umfang von

mehr als 30 Milliarden DM die Frage auf, welche gesellschaftlichen Verhältnisse dazu führen, Wohnungen unbewohnt zu lassen und vor allem kinderreiche Familien, Rentner und ausländische Kollegen in kleinen Wohnungen der immer mehr verslumenden Innenstädte zusammenzudrängen.

In Schleswig-Holstein zeugen Projekte, wie der Wiking-Turm in Schleswig, mit bisher verbauten 30 Millionen DM, das Krankenhaus in Neumünster mit 85 Millionen DM, das Kurzentrum in Scheidegg mit 25 Millionen DM von der sinnlosen Verschwendung von Baugeldern. Aber auch in anderen Bundesländern können wir ähnliche Erscheinungen beobachten.

Zeitungsverlages Westfalen (ZVW) zu sehen ist, die dadurch ihre Macht in den von ihr beeinflussten Betrieben ausdehnen“ wollte ...

Grotkamp tut danach so, als ob er einlenken wolle. Er läßt verkünden, daß der Betrieb in Hagen weitergehe. In Wirklichkeit werden zwei große Lokalausgaben von Westdruck ausgelagert. Kurze Zeit danach stehen 23 Entlassungen auf der Tagesordnung. Darüber hinaus will Dr. Sträter jetzt neben dem Betriebsratsvorsitzenden Wisotzki auch noch die Betriebsräte Müller, Seelberg und Becker entlassen.

Doch das Spiel geht noch weiter: Aus Dortmund schreibt ein Rechtsanwalt Gramm als Vertreter des Zeitungsverlages Westfalen an die Westdruck-Betriebsräte: „Namens meiner Mandantin habe ich Sie aufzufordern, sich in einer förmlichen Erklärung dahingehend zu verpflichten, daß Sie künftig jede Kontaktaufnahme zu Betriebsrat und Belegschaft meiner Mandantin unterlassen, soweit diese der Vorbereitung oder Durchführung von/oder Beteiligung an außerbetrieblichen Kampfmaßnahmen dient.“ Dadurch soll die Solidarität der

Belegschaft unterlaufen werden. Den Westdruck-Betriebsräten werden Vertragsstrafen von 100 000 DM angedroht, sollte bis zum 20. Juli nicht die gewünschte „Unterlassungsverpflichtungserklärung“ vorliegen. Gipfel der Unverschämtheit: Für die Zusendung des Drohbriefes berechnet der Rechtsanwalt den Betriebsräten eine Gebühr von 1076,10 DM.

Angstmache mit kostspieligen Prozessen gehört offenbar zum Gesamtkonzept. Erst kürzlich wollte WAZ-Manager Grotkamp dem Journalisten Peter Kleiner, dju-Landesvorsitzender in NRW, mit einer einstweiligen Verfügung (Streitwert 150 000 DM) verbieten, im Zusammenhang mit der WAZ von einer „zeitungsmordenden Konzentrationsstrategie“ und von „Dumpingpreisen“ zu sprechen. Vor dem Landgericht in Essen blitzte Grotkamp damit ab. Die Vorwürfe gegen die WAZ hatte 1967 schon der Deutsche Presserat erhoben. Doch bis auf den Tag wurden daraus vom Gesetzgeber keine Konsequenzen gezogen. Die zeitungsmordende Konzentrationsstrategie geht weiter. Und daran ist nicht nur die WAZ beteiligt.

Peter Baumöller

Es nimmt nicht wunder, daß wir in den Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaften all die Konzerne wiederfinden, die in der Bundesrepublik Rang und Namen haben, wie die Gutehoffnungshütte, MAN, Schickedanz-Quelle, Nekermann, Henkel und andere. Bei der Westfälischen Wohnstätten AG, Dortmund, finden wir solche Gesellschaften wie die Gelsenberg AG, die Hoesch AG, die Westfälische Union AG, die Krupp AG und den Thyssen-Konzern.

Das Bodenrecht der Bundesrepublik, wie auch die verschiedenen Gesetze und Erlasse zu den Stadtsanierungen und strukturellen Änderungen in den Ländern, kommt dem Profitstreben der großen Konzerne entgegen. Im Bundesbaugesetz wurde das Verbot von Preiserhöhungen bei Grundstücksverkäufen ausdrücklich aufgehoben. Nach wie vor werden die Gemeinden gezwungen, bereits sanierte Gebiete an die privaten Eigentümer zu verkaufen. Da kleine Hausbesitzer in der Regel nicht in der Lage sind, die Auflagen der Städte zu erfüllen, werden heute ganze Stadtviertel von den Banken, Versicherungen und anderen Großunternehmen aufgekauft und dienen so der privaten Spekulation.

Auch im sozialen Wohnungsbau steigen die Profitmöglichkeiten und damit verbunden auch die Kosten. 1953 wurden mit einem Kostenaufwand von 7,4 Milliarden DM 530 000 Wohnungen gebaut, 1968 wurden für 30 Milliarden DM nur noch 520 000 Sozialwohnungen errichtet, und heute sind die Kosten für die Sozialwohnungen noch weiter gestiegen und stehen denen der freifinanzierten Wohnungen oft nicht nach. Zum geringsten Teil ist diese Preisexplosion auf die qualitative Verbesserung der Wohnungen zurückzuführen; der ursächliche Grund liegt an dem Monopol des Grundstücks- und Wohnungsbesitzes.

In den vergangenen Jahren ging die Bundesregierung davon aus, daß die Investitionen in der Bauwirtschaft stärker zunehmen müssen als in der übrigen Wirtschaft. Davon kann überhaupt keine Rede mehr sein. Die Investitionen am Bau bleiben sogar noch hinter denen der übrigen Wirtschaft zurück. Gekürzte Bauinvestitionen bedeuten aber mangelhafte Fürsorge für die Bevölkerung an Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen, bedeuten Arbeitslosigkeit für die Beschäftigten der Bauindustrie und bedeuten nicht zuletzt auch den Konkurs für zahlreiche kleine und mittlere Baubetriebe.

Vor dem 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden, der im Oktober in Hamburg stattfindet, steht die Aufgabe, klare Alternativen zu entwickeln.

Rudi Jürgensen

Freiwillig arbeitslos?

„Der Ermordete ist schuld“, nach diesem Motto „bewältigen“ die Massenmedien und ihre direkten und indirekten Auftraggeber das Problem der Arbeitslosigkeit in unserem Lande. Nicht die Firmen, die ihre „Sozialpartner“ zu Tausenden auf die Straße setzen, nicht die Betriebe, die sich weigern, schul-entlassene Jugendliche einzustellen sind verantwortlich für die Arbeitslosigkeit, es sind die Arbeitslosen selbst, die sich gegen ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß sperren. Sie sind „freiwillig arbeitslos“, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ in einem Kommentar feststellen zu können glaubte.

Zwar wurde ermittelt, daß etwa ein Drittel aller Beschäftigungslosen ohne jede Unterstützung auskommen muß, daß Arbeitslosenhaushalte einen Einkommensverlust von netto etwa 400 DM in Kauf nehmen müssen – trotzdem verbreiten die Massenmedien das Märchen von den „faulen Arbeitslosen“, die den Sommer an südlichen Stränden verbringen und dem Arbeitsamt bestenfalls einen Urlaubsgruß zukommen lassen. Dabei soll mit Schlagzeilen über „arbeitslose Drückeberger“ (Handelsblatt vom 14. Juli 1975) die Tatsache verdeckt werden, daß dieses vielgepriesene Wirtschaftssystem der „sozialen Marktwirtschaft“ nicht in der Lage ist, allen Arbeitern und Angestellten einen Arbeitsplatz zu verschaffen.

Die gegenwärtige Kampagne gegen die Arbeitslosen soll die angestrebte Demontage der sozialen Leistungen insgesamt vorbereiten. Ein angeblicher „Mißbrauch“ soll als Vorbehalt für die Einschränkung wichtiger sozialer Er rungenschaften dienen, für die die Arbeiter und die Gewerkschaften jahrelang gekämpft haben. Gleichzeitig wird versucht, die Arbeitslosigkeit noch stärker als bisher zur Senkung des Lohnniveaus zu nutzen. Arbeitslosen soll es „zumutbar“ gemacht werden, Arbeitsstellen anzunehmen, die weder ihrer Qualifikation noch auch nur annähernd ihrem bisherigen Verdienst entsprechen. Vor allem die in vielen Wirtschaftszweigen allgemein üblichen übertariflichen Lohnbestandteile sollen dabei drastisch abgebaut werden.

Besonders die Gewerkschaften sollten sich darüber klar sein, daß die Hetzkampagne gegen die Arbeitslosen ein Bestandteil des umfassenden Unternehmerangriffs auf das System der sozialen Sicherung und auf das bestehende Lohnniveau ist.

J. G.

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Industrie

	Mai 1975	Veränderungen in v. H. gegenüber	
		April 1975	Mai 1974
Umsatz (Mio DM)	57 731	– 8,5	– 12,3
Nettoproduktion (1970 = 100)	110,8	+ 6,3	– 5,5
Auftragseingang (1970 = 100)	124,6	– 13,0	– 16,8

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 7/75; Wirtschaftswoche, Nr. 31/75, S. 11)

2. Löhne

	1. Vj. 1975	Veränderung in v. H. gegenüber	
		4. Vj. 1974	1. Vj. 1974
Summe der Nettolöhne und -gehälter (Mrd. DM)	86,3	– 2,8	+ 6,3

	(1962 = 100)	Mai 1975	Veränderung in v. H. gegenüber	
			April 1975	Mai 1974
Tarifföhne auf Monatsbasis	266,3		+ 1,1	+ 8,0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 7/75, S. 67*)

3. Preise

	Juni 1975	Veränderung in v. H. gegenüber	
		Mai 1975	Juni 1974
Lebenshaltungskostenindex (1970 = 100)			
aller privaten Haushalte	135,4	+ 0,7	+ 6,4
Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	134,6	+ 0,7	+ 6,6
Rentnerhaushalte	135,8	+ 1,0	+ 7,3
eines Kindes	142,9	+ 1,4	+ 8,8

(Quelle: Wirtschaft und Statistik 6/75, S. 396/97*; Statistisches Bundesamt, zit. in: Kölner Stadtanzeiger vom 10. 7. 1975)

4. Arbeitsmarkt (In 1000 Personen)

	Veränderung in 1000 gegenüber			Arbeitslose in %
	Juni 1975	Mai 1975	Juni 1974	
Arbeitslose	1 002	– 16	+ 551	4,4
saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen	1 278	+ 90	+ 674	5,6
Kurzarbeiter	804	– 118	+ 609	–
Offene Stellen	263	– 1	– 111	–
Männliche Arbeitslose	574	– 18	–	4,0
Weibliche Arbeitslose	428	+ 3	–	5,1
Arbeitslose Ausländer	156	– 11	–	6,5

(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, zit. in: Handelsblatt vom 4./5. 7. 1975; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 7/75, S. 63*)

BDI-Mitgliederversammlung: Stoßrichtung gegen Gewerkschaften

Am 10. Juni 1975 fand in München die 26. ordentliche Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) statt. Dem aus diesem Anlaß veröffentlichten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß sich der BDI mit allen wesentlichen politischen und wirtschaftspolitischen Fragen befaßt und die Interessen vor allem der Großunternehmer vertritt.

Ausgangspunkt der politischen Überlegungen des BDI ist eine sogenannte „konzertierte Aktion der Vernunft“. Der BDI bedauert, daß es noch nicht gelungen sei, eine Übereinstimmung für eine langfristige Verteilungsvorstellung zu erreichen. Dadurch bestehe die Gefahr, daß der jetzt von den Unternehmern gewonnene neue Spielraum „in der nächsten Wachstumsphase prompt wieder zu stark für die konsumtive Verwendung zur weiteren Füllung der „sozialen Gießkanne“ beansprucht wird“.

Scharf wurde die Ausweitung der Personalausgaben des Staates kritisiert und vor allem die Lohnpolitik 1973/74, weil sie Rückwirkungen auf das allgemeine Lohnniveau gehabt habe. „Die privaten Unternehmer konnten schwer verwehren, was der Staat als Arbeitgeber schon zugestanden hatte.“ Hier werden die Beweggründe für das konzentrierte Feuer von Unternehmerverbänden und Bundesregierung gegen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, ÖTV, GdED und DPG dargelegt.

Auch die nächste Lohnrunde wird vom BDI mit einer „Prognose 1975“ vorbereitet, in der die zu erwartende Preissteigerung viel zu niedrig angesetzt wurde. So wird, losgelöst von der Realität, behauptet: „Eine Steigerung der Verbraucherpreise um 5,3 v. H. ist eher zu hoch als zu niedrig geschätzt.“ Die Preissteigerung im Juni 1975 lag im Vergleich zum Vorjahresmonat jedoch schon bei 6,4 Prozent.

In München starteten die Unternehmer, deren Steuerbelastung in den letzten zehn Jahren relativ rückläufig ist und nur einen Bruchteil der steuerlichen Belastung der arbeitenden Bevölkerung ausmacht, eine große Kampagne, um eine weitere steuerliche Entlastung zu erreichen. Während die Lohnsteuer allein im letzten Jahr um über 10 Milliarden DM wuchs, schreit der BDI lautstark wegen einer Mehrbelastung, vor allem durch die höhere Vermögensteuer, von ganzen zwei Milliarden DM. Der BDI fordert eine wirksame Minderung der steuerlichen Belastung privater Investitionen; es sei vor allem notwendig, die Vermögensteuersätze zu senken

und die Frage der Abzugsfähigkeit der Vermögensteuer bei den Ertragsteuern zu überprüfen. Die Unternehmervereinigung tritt dafür ein, die Ausgabenseite des Staates zu korrigieren, vor allem die konsumtiven Ausgaben zu beschränken, um ihn so in die Lage zu versetzen, die für eine höchstmögliche Kapitalverwertung notwendigen Infrastrukturinvestitionen vornehmen zu können.

Es wird behauptet, daß die Abschreibungen nicht ausreichen, um die Ersatzinvestitionen zu decken. Aus diesem Grunde sei es erforderlich, die degressive Abschreibung zu verbessern. Als besonders vordringlich wird angesehen, einen Verlustrücktrag zuzulassen, d. h. die Möglichkeit, Unternehmensverluste mit den steuerlichen Gewinnen aus früheren Veranlagungszeiträumen zu verrechnen, was der Manipulation zusätzliche Möglichkeiten eröffnen würde. Des weiteren wird die Einführung einer Investitionsrücklage gefordert.

Der BDI hebt in seinem Jahresbericht hervor, daß es den Unternehmervertretern in der Mitbestimmungsdiskussion in den öffentlichen Anhörungen des zuständigen Bundestagsausschusses gelungen sei, den schwerwiegenden Bedenken der Unternehmer gegen die Mitbestimmung die nötige Beachtung zu verschaffen. Dabei wehrt er sich vor allem gegen die Vermehrung des gewerkschaftlichen Einflusses in den Großunternehmen. Eindeutig ist die Strategie der Unternehmerverbände darauf gerichtet, die Mitbestimmungsdiskussion auf eine verfassungsrechtliche Ebene zu ziehen, um, gestützt auf reaktionäre Rechtswissenschaftler und in Unternehmerinteressen verhaftete Verfassungsrichter, die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen zu Fall zu bringen.

In der Berufsausbildung wird darauf verwiesen, daß sich die Spitzenverbände der Wirtschaft Anfang 1975 in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt wandten und „um seine versachlichende Mitwirkung“ baten. Die Gewerkschaften haben festgestellt, daß es sich bei diesem Brief um eine eindeutige politische Erpressung handelte. Befriedigt konnte der BDI feststellen, daß der Bundes-

kanzler sich der Sache angenommen habe. In weiteren Auseinandersetzungen hätten „weiterreichende Systemveränderungen, die der Sache nicht diene“, d. h. Verbesserungen im Interesse der Arbeiter und Angestellten, verhindert werden können.

Große Bedeutung mißt der BDI der sogenannten innerbetrieblichen Sicherheit, d. h. der Betriebspolizei, bei. Er stellt fest, daß die Geschäftsleitungen der Unternehmen dieser einen höheren Stellenwert eingeräumt hätten. Um die betrieblichen Ordnungs- und Sicherheitsfachkräfte möglichst gut auszubilden, wurden Lehr- und Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt, an denen in 50 Lehrgängen rund 1100 Teilnehmer zu verzeichnen waren.

Auch der Verteidigung sei wieder größere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Der BDI habe die gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschaft, Technologie und Verteidigung immer gesehen. Aus diesem Grunde seien alle Möglichkeiten genutzt worden, um an den Problemen der Rüstungswirtschaft mitzuarbeiten. Der BDI stellt die Dinge auf den Kopf, wenn er behauptet, daß die Wehrtechnik Schrittmacher der allgemeinen Technologie sei, in Wirklichkeit könnte mit denselben Mitteln die allgemeine Technologie viel schneller entwickelt werden.

Der Verlauf der Mitgliederversammlung zeigte, daß der BDI der zentrale Unternehmerverband ist, der entschlossen die Machtpositionen des Großkapitals verteidigt und versucht sie auszuweiten. Seine Stoßrichtung ist eindeutig gegen die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften gerichtet.

Heinz Schäfer

Gewinne nicht nach USA

Der von den Opel-Belegschaften erarbeitete Gewinn des Jahres 1974 dürfe nicht total über den großen Teich in die Taschen des größten multinationalen Konzerns der Welt abfließen. Dies fordert der Gesamtbetriebsrat der Adam Opel AG unter Hinweis auf die großen Opfer der Automobilarbeiter in den letzten Jahren. Nach den Wünschen der Konzernleitung sollen 6,2 Millionen Profit an General Motors überwiesen werden, während den durch Kurzarbeit, Massenentlassungen und Abfindungsaktionen schwer getroffenen Belegschaftsmitgliedern nur ein „wohlwollendes Schulterklopfen“ zugedacht sei.

Eisenbahner-Interessenvertretung ist zunehmend schwieriger geworden

Interview mit Dieter Langendorf, Pressesprecher der GdED

Vor drei Jahren, auf ihrem Nürnberger Gewerkschaftstag im September 1972, beschloß die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) ein 20 Punkte umfassendes Aktionsprogramm. Zu seinen Hauptforderungen gehörte ein Spitzeneinkommen. Diese Forderung wurde mit der schweren Arbeit und den unregelmäßigen Dienstzeiten der bei der Bahn Beschäftigten begründet. Mit an vorderster Stelle stand auch das Verlangen nach einem einheitlichen Personalrecht. Durch seine Realisierung sollte der Beamte aus seiner Bittstellerrolle gelöst werden. Unsere Mitarbeiterin Gisela Mayer stellte Dieter Langendorf, Pressesprecher beim Hauptvorstand der GdED, einige Fragen nach dem Stand der Verwirklichung der 1972 erhobenen Hauptforderungen.

NACHRICHTEN: Der 9. ordentliche Gewerkschaftstag der GdED im September 1972 hatte ein umfangreiches Aktionsprogramm beschlossen. Wenn Sie jetzt drei Jahre nach Verabschiedung und ein Jahr vor dem nächsten Gewerkschaftskongreß Bilanz der Arbeit Ihrer Gewerkschaft ziehen, zu welchem Ergebnis kommen Sie?

Dieter Langendorf: Die GdED hat in allen Bereichen entsprechend dem Aktionsprogramm von Nürnberg erfolgreich arbeiten können. Dies gilt nicht nur für die Einkommenspolitik, sondern im weitesten Sinn für den gesamten Bereich für die sozialen Bedingungen der Eisenbahner. Die Interessenvertretung ist allerdings zunehmend schwieriger geworden. Man versucht immer mehr, die problematische Situation der Deutschen Bundesbahn durch erhöhte Rationalisierung zu bessern. Hier stellt sich für uns die Aufgabe, den Politikern und der Öffentlichkeit klar zu machen, daß auf diesem Wege keine rentable Eisenbahn geschaffen werden kann. Es kann auch gar nicht die Aufgabe der Eisenbahn sein, Gewinn zu machen. Wir müssen als Gewerkschaft der Eisenbahner vor allen Dingen dafür sorgen, daß der Versuch einer verschärften Rationalisierung nicht auf dem Rücken der Eisenbahner ausgetragen wird.

NACHRICHTEN: An der Spitze des Aktionsprogramms stand die Forderung nach einem Spitzeneinkommen für Eisenbahner. Nun wird den Beschäftigten im öffentlichen Bereich vorgeworfen, sie hätten ja kein Arbeitsplatzrisiko zu tragen. Steht die GdED noch zu ihrer damals angenommenen Forderung?

Dieter Langendorf: Die GdED war in diesem Punkt erfolgreich. In den Jahren vor dem Beginn der Rezession standen die Eisenbahner mit der von uns durchgesetzten Lohn- und Gehaltssteigerung auf Platz 1 aller Wirtschafts-

zweige. Derzeit geht es aber mit Vorang um die Sicherung der Arbeitsplätze, um die Sicherung der Existenz der Bahn.

NACHRICHTEN: Ein weiteres Verlangen im Nürnberger Aktionsprogramm war ein einheitliches Personalrecht. Ist Ihre Gewerkschaft, was die Erfüllung dieser Forderung betrifft, einen Schritt weitergekommen?

Dieter Langendorf: Die Diskussion in dieser Richtung ist im Gange, aber es

Eisenbahner sind keine „Drohnen“ der Gesellschaft

Wie zuvor bereits die Postgewerkschaft so wandte sich auch die Gewerkschaft der Eisenbahner (GdED) gegen die bekanntgewordene SPD-Studie, die den Abbau sozialer Leistungen der im öffentlichen Bereich Beschäftigten vorsieht. Der stellvertretende GdED-Vorsitzende Heinz Frieser betonte in einer Stellungnahme, daß die Bundesbahnbeamten keine „Drohnen“ der Gesellschaft seien, sondern sie müßten sich täglich durch die betriebliche Sofortverantwortung neu bewähren. Außerdem gebe es für die Eisenbahner keine „sozialen Privilegien“. Im Gegenteil! Die Bundesbahnbeamten würden noch immer nicht ihrer Leistung und Verantwortung entsprechend bezahlt.

Nach Friesers Angaben beträgt das Gehalt eines jungen Schrankenwärters 1176 DM. Die eine hohe Verantwortung tragenden Lokomotivführer bekämen etwa 1700 DM monatlich. Allerdings müßten sie dann schon älter als 37 Jahre sein und über langjährige Er-

fahrung im Eisenbahnbetriebsdienst verfügen. Der GdED-Funktionär wies darauf hin, daß 90 Prozent der Bundesbahnbeamten dem einfachen und mittleren Dienst angehören und zu den „Niedrigverdienern“ zu rechnen seien. Im Zusammenhang damit wies er auf die besondere Belastung im Eisenbahndienst hin. Beispielsweise müßten 97,5 Prozent aller Lokomotivführer wegen Dienstunfähigkeit vor Erreichen der Altersgrenze pensioniert werden.

NACHRICHTEN: In dem GdED-Aktionsprogramm wurde festgestellt, „daß wir nicht 82 000 Eisenbahner zuviel, sondern 10 000 Eisenbahner zuwenig haben“. Heute hört man immer wieder von geplanten Streckenstilllegungen. Ist das nicht ein Widerspruch zu der von der GdED geforderten „vorausschauenden Personalpolitik“, und welche Haltung nimmt Ihre Gewerkschaft dazu ein?

Dieter Langendorf: Der Bundesverkehrsminister und die Leitung der Bundesbahn sehen sich — so sagen wir — bei einer völlig veränderten Wirtschaftslage und geänderten Finanzdaten nicht imstande, die Modernisierung der Bahn ohne gleichzeitigen Verzicht auf einen unrentablen Bereich durchzuführen. Wir sehen in einer Verkleinerung des Streckennetzes und einem drastischen Personalabbau keinen Weg, die Situation der Bahn auf die Dauer zu verbessern. Wir sehen es im Gegenteil als bedauerlich an, daß der Schienenverkehr als äußerst umweltfreundliches Verkehrsmittel immer mehr zurückgedrängt statt gefördert wird.

Frieser forderte den SPD-Parteivorstand auf, sofort Gespräche mit dem DGB und der GdED zu vereinbaren, um die von den Gewerkschaften seit vielen Jahren geforderte Reform des öffentlichen Dienstrechts endlich in Angriff zu nehmen. Dabei gehe es allerdings nicht um den Abbau nicht vorhandener Privilegien, sondern um ein öffentliches Recht, das die Beamten aus ihrer Bittstellerrolle herauslöst und ihnen eine an ihren Leistungen orientierte Bezahlung sichert.

Wir sind immer wieder eine Reihe von Widerständen zu überwinden. Gegenwärtig geht es vor allem darum, die diskriminierende Diskussion zu Lasten des öffentlichen Dienstes auf einen vernünftigen Weg zurückzubringen und zu verhindern, daß die Politiker das Kind mit dem Bade ausschütten.

Erklärung der 18. Arbeiterkonferenz

In Rostock/DDR tagte am 9. und 10. Juli 1975 die 18. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands — ein traditionelles Forum des Meinungs- und Gedankenaustausches zwischen Gewerkschaften dieser Länder. (Siehe den Bericht auf Seite 29.) Nachstehend der Wortlaut der Erklärung, die bei wenigen Gegenstimmen und Stimmhaltungen von der Arbeiterkonferenz beschlossen wurde.

Die Befreiung Europas von der Tyrannei des Hitlerfaschismus vor 30 Jahren hat zu einer historischen Wende im Leben unserer Völker geführt. Die Sowjetunion, andere Kräfte der Anti-Hitler-Koalition sowie alle antifaschistischen Widerstandskämpfer haben durch ihren aufopferungsvollen Kampf die Voraussetzung für die längste Friedensperiode dieses Jahrhunderts auf unserem Kontinent geschaffen. In dieser Periode ist es den Friedenskräften gelungen, die Angriffe der Anhänger des kalten Krieges abzuwehren und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen mehr und mehr durchzusetzen.

Die Friedenspolitik der Sowjetunion, die durch den Appell an die Völker, Parlamente und Regierungen erneut bekräftigt wurde, die realistische Haltung vieler Regierungen und die Aktivitäten der demokratischen Kräfte aller Länder haben die Grundlage für einen dauerhaften Frieden geschaffen.

Wir fordern die baldige Durchführung der Abschlußphase der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf höchster Ebene, denn sie ist eine zwingende Notwendigkeit, um die internationalen Beziehungen in Europa weiter zu entwickeln und ein Klima des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen. Die Ergebnisse der Staaten-Konferenz werden unsere volle Unterstützung finden.

Wir sind dafür, daß die politische Entspannung durch die militärische ergänzt wird. Die Wiener Verhandlungen für die gegenseitige Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa sind deshalb bei Achtung des Prinzips der gleichen Sicherheit aller Staaten zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Die Errichtung atomwaffenfreier Zonen in Europa würde zur Sicherung des Friedens im Ostseeraum beitragen und das Vertrauen der Völker untereinander vertiefen.

Die durch die Entspannung und Abrüstung freiwerdenden finanziellen und materiellen Werte müssen unter Mitwirkung der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter ausgenutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, daß die wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse ausschließlich im Interesse der Völker eingesetzt werden.

Die bi- und multilateralen Beziehungen zwischen den europäischen Gewerkschaftsorganisationen sind auszubauen. Im Geiste der Konferenz der europäischen Gewerkschaften in Genf 1975 sind wir dafür, daß im kommenden Jahr erneut eine europäische Gewerkschaftskonferenz durchgeführt wird, auf der Probleme diskutiert werden, die die gemeinsamen Interessen der Arbeiter berühren.

Wir treten dafür ein, daß diese Entwicklung des Friedens und sozialen Fortschritts durch die Gewerkschafter unserer Länder und ihre nationalen Gewerkschaftszentralen aktiv unterstützt wird.

Wir richten unseren Kampf gegen jene imperialistischen Kräfte und reaktionären Kreise, die sich dem Frieden, dem Fortschritt und der Verständigung entgegenstellen. Wir treten ein für die Verteidigung und Erweiterung der gewerkschaftlichen Rechte und sozialen Forderungen und kämpfen gegen die Po-

litik von Regierungen und Monopolen zur Abwälzung der Lasten von Krise und Inflation auf die Werktätigen.

Die Entwicklung in den sozialistischen Staaten ist durch Preisstabilität, soziale Sicherheit und Krisenfreiheit gekennzeichnet. Angesichts der sich verschärfenden Krisenerscheinungen in den kapitalistischen Ländern gewinnt die Entwicklung in den sozialistischen Ländern an Bedeutung für den Kampf der Arbeiter in diesen Ländern gegen Inflation, Arbeitslosigkeit und die Verunsicherung ihrer sozialen Lage.

Das internationale Jahr der Frau sollte für alle Gewerkschaften ein Ansporn sein, um den Frauen die volle Einflußnahme auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zu sichern. Die von der UNO-Frauenkonferenz in Mexiko ausgehenden Impulse zur vollen Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau finden unsere Unterstützung. Wir fordern die Gewerkschaften unserer Länder auf, den Weltkongreß der Frauen im Oktober 1975 in Berlin aktiv zu unterstützen.

Der Freiheitsbewegung der Völker in ganz Indochina gehört unsere volle Sympathie und Solidarität. Wir beglückwünschen das heldenhafte Volk Vietnams zu seinem Sieg über die USA-Aggression. Wir grüßen das befreite Vietnam, in dem nunmehr ein Leben in Frieden und Freiheit aufgebaut werden kann. Wir versichern dem vietnamesischen Volk unsere solidarische Unterstützung beim Wiederaufbau seiner Heimat.

Wir verurteilen die Verbrechen der faschistischen Militärjunta in Chile und fordern die unverzügliche Freilassung aller eingekerkerten chilenischen Patrioten und Gewerkschafter, die Wiederherstellung der demokratischen und gewerkschaftlichen Freiheiten und die Auflösung aller Konzentrationslager.

Wir begrüßen den Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal und sind solidarisch verbunden mit dem Kampf des portugiesischen Volkes für den weiteren Aufbau der Demokratie im Lande. Wir unterstützen die Arbeiter in ihrem Ringen zur Stärkung der Gewerkschaftsbewegung, die die Interessen der Werktätigen konsequent vertritt und gegen alle Kräfte der Reaktion auftritt, die sich diesem Prozeß entgegenstellen.

Die Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands hat sich zu einem traditionellen Forum des Kampfes für die Aktionseinheit der Gewerkschaften unserer Länder entwickelt. Die vom Geist der Freundschaft und des Willens zur Zusammenarbeit bestimmten Beratungen haben den Aktionen der Gewerkschaften in unseren Ländern für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt gegen Imperialismus und den Einfluß der internationalen Monopole stets neue Impulse verliehen.

Wir werden unsere gemeinsamen Anstrengungen verstärkt fortsetzen, damit zwischen den Gewerkschaften unserer Länder eine Atmosphäre des Vertrauens in die friedliche Zukunft zum Nutzen der Menschheit entsteht.

Die Ostsee muß ein Meer des Friedens sein!

Harry Tisch: „Gemeinsame Sprache finden“

Zur Eröffnung der 18. Arbeiterkonferenz begrüßte der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Harry Tisch, die Delegierten, Teilnehmer und Gäste. Bei dieser Gelegenheit machte Tisch einige grundsätzliche Anmerkungen zu einem der Hauptanliegen der Arbeiterkonferenz, der multilateralen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit. Er sagte u. a.:

Im engen Zusammenwirken mit allen anderen friedliebenden und fortschrittlichen Kräften gilt es für die internationale Arbeiterbewegung, nunmehr alle Anstrengungen darauf zu richten, den eingeleiteten Prozeß der Entspannung unumkehrbar zu machen und die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen. Es ist unbestreitbar, daß daran gerade die Arbeiter und ihre Gewerkschaften zutiefst interessiert sind, denn mit einer weltweiten Abrüstung würden bedeutende Mittel frei, die für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen eingesetzt werden könnten.

Ausdruck der Verbesserung des internationalen Klimas, besonders in Europa, ist der bisherige Verlauf der europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Zweifellos kann man heute feststellen: Es ist alles Notwendige getan worden, um die Konferenz nunmehr auf höchster Ebene mit positiven Ergebnissen beenden zu können. Wir sind davon überzeugt: Ein erfolgreicher Abschluß der Konferenz wird weitere günstige Möglichkeiten für die Sicherung eines dauerhaften Friedens und die Entwicklung der Zusammenarbeit der europäischen Völker eröffnen. Das wird auch positive Auswirkungen auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen unseres Kontinents haben.

Erfreulicherweise sind in den letzten Jahren die Kontakte zwischen den Gewerkschaften, die unter unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen tätig sind und verschiedenen internationalen Gewerkschaftsorganisationen angehören, erweitert und ausgebaut worden. Die Idee der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit, für die sich seit vielen Jahren die Teilnehmer dieser Arbeiterkonferenz einsetzen, hat neue Anhänger gefunden.

Zum erstenmal nach mehr als einem Vierteljahrhundert der Spaltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung fanden sich in diesem Frühjahr Vertreter aller nationalen Gewerkschaftszentralen Europas in Genf zusammen, um auf der Europäischen Gewerkschaftskonferenz Fragen der Gestaltung des Arbeitsmilieus, des Arbeits- und Gesundheitsschutzes der Werktätigen zu erörtern.

Der FDGB erblickt darin den verheißungsvollen Beginn einer echten multilateralen Zusammenarbeit der europäischen Gewerkschaften. Darum unterstützt der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund auch voll die in Genf von allen Konferenzteilnehmern bekundete Absicht, die internationale Zusammenarbeit auszudehnen und 1976 erneut eine Europäische Gewerkschaftskonferenz durchzuführen.

Die Bereitschaft des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Erweiterung seiner Beziehungen zu den Gewerkschaften in den kapitalistischen Ländern Europas und sein Eintreten für die internationale Aktionseinheit der Gewerkschaften steht in vollem Einklang mit den konstruktiven Zielen des Weltgewerkschaftsbundes. Es wäre zu wünschen, daß auch der Europäische Gewerkschaftsbund und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften den Begegnungen mit Gewerkschaftern unterschiedlicher internationaler Organisationszugehörigkeit und einer multilateralen Zusammenarbeit in der europäischen Gewerkschaftsbewegung künftig aufgeschlossener gegenüberstehen.

Gewiß, wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die einer weiteren Annäherung der Standpunkte der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen entgegenstehen. Es ist doch hinlänglich bekannt, daß einige Gewerkschaftsführer, besonders in den USA, so stark von antikomunistischen Vorurteilen belastet sind, daß sie sich offen gegen den Gedanken jeder Zusammenarbeit und Verständigung der Gewerkschaften in Ost und West aussprechen. Aber nicht sie, sondern der Wille der übergroßen Mehrheit der Gewerkschafter zum gemeinsamen Handeln im Dienste des Friedens und des Fortschritts wird in der Entwicklung der internationalen Gewerkschaftsbewegung letzten Endes den Ausschlag geben. Davon sind wir voll und ganz überzeugt, und in dieser Überzeugung werden wir noch bestärkt durch die guten Ergebnisse der langjährigen Aktivitäten eurer Arbeiterkonferenzen.

Wenn alle Gewerkschaften die Unabhängigkeit jeder Gewerkschaftsorganisation achten, wenn sie auf jeden Versuch der Einmischung in die inneren Belange anderer Gewerkschaften verzichten und beharrlich die Gemeinsamkeiten im Eintreten für die Interessen des arbeitenden Menschen in den Vordergrund rücken, dann werden die Gewerkschaften trotz aller bestehenden Unterschiede ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer internationalen Organisationszugehörigkeit eine gemeinsame Sprache finden.

LO Norwegens: Wir wünschen die Zusammenarbeit

Das Referat zum Thema „Entspannung und sozialer Fortschritt durch Zusammenarbeit der Gewerkschaftsbewegungen“ hielt Jon Rikvold, Leiter der ökonomischen Abteilung des norwegischen Gewerkschaftsbundes (LO). Rikvold sprach als offizieller Vertreter der norwegischen LO. Er sagte über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit u. a.:

Es besteht ein ständig größerer Bedarf an praktischer Zusammenarbeit und am Zusammenwirken unter den Menschen. Eine solche Zusammenarbeit zwingt sich als Notwendigkeit auf und nicht als Schlagwort und schöne Resolutionen, sondern als praktische und konkrete Arbeitsaufgaben. Das zwingt uns zu engerem Kontakt, um die praktischen Probleme zu lösen. Hierin muß der Sinn unseres Zusammenwirkens liegen und nicht darin, politische Vorteile zu gewinnen ...

Den Bedarf an Zusammenarbeit in Europa erkennen wir auch in den Verhandlungen über den Abbau der Streitkräfte, bei der europäischen Sicherheitskonferenz und in dem Abkommen über Kernwaffen und dem Verbot gegen die Verbreitung solcher Waffen. Und schließlich sehen wir – im Zusammenhang mit den wachsenden Handelsverbindungen zwischen Ost und West – einen heraufdämmernden Kontakt zwischen RGW, EWG und EFTA. Die Wirtschaft wird internationalisiert, auch die Steuerung muß zu einem großen Teil international werden. Die Gestaltung der Arbeitsplätze hat direkte Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Länder. Solidarität zwischen den Gewerkschaftsbewegungen ist notwendig, um das optimale Milieu an den Arbeitsplätzen zu schaffen ...

Der norwegische Gewerkschaftsbund und unsere angeschlossenen Verbände haben viele Kontakte mit den Gewerkschaftsbewegungen, unter anderem in der Sowjetunion, in Ungarn, Jugoslawien, der Deutschen Demokratischen Republik, Rumänien, Tschechoslowakei und Polen entwickelt.

Unsere Haltung ist klar. Wir wünschen uns eine gewerkschaftliche Zusammenarbeit über konkrete Fragen. Selbst wenn wir in Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen und Ideologien leben, und selbst wenn unsere Organisationen unterschiedliche Funktionen haben und verschieden aufgebaut sind, so sind unsere Gewerkschaftsbewegungen Massenorganisationen für Arbeiter mit gemeinsamen Problemen und Aufgaben. Wir unterstreichen, daß wir keine politischen Konfrontationen bei diesen Kontakten zwischen den Gewerkschaftsbewegungen in Ost- und Westeuropa wünschen. Keiner der Partner darf die Kontakte für politische Ziele und Propaganda benutzen. Die praktische Bedeutung dieser Arbeit in der Zukunft der Arbeiter kann kaum überbewertet werden. Das gilt sowohl für die zweiseitige Zusammenarbeit als auch für den multilateralen Kontakt zwischen den Gewerkschaftsbewegungen in Ost- und Westeuropa ...

Keine Regierung kann gegen den Willen der Gewerkschaftsbewegung regieren, pflegen wir in Norwegen zu sagen. Den Einfluß, den wir haben, müssen die Gewerkschaftsbewegungen auch in positiver Richtung für die Zusammenarbeit zwischen den Nationen nutzen.

Lassen Sie mich ein paar Worte über diese besondere Konferenz sagen. Der norwegische Gewerkschaftsbund hat an diesen Konferenzen nicht teilgenommen, aber er hat zu der vorigen und zu der heutigen Konferenz Redner geschickt. Wir betrachten diese Konferenzen als eine gute Möglichkeit, unsere Ansichten und Hoffnungen über die staatliche und gewerkschaftliche Ost-West-Zusammenarbeit zum Ausdruck zu bringen. Diese Konferenz hat Bedeutung als Kontaktorgan und als Mittel zur Vermittlung von Kenntnissen und Informationen übereinander. Unserer Meinung nach ist sie auf diese Weise von Bedeutung.

Die Zukunft wird in weit größerem Umfang als bisher Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern und Bewegungen mit verschiedenen Ideologien über die Landesgrenzen hinaus fordern. Unser Eindruck ist, daß Gewerkschaftsbewegungen in beiden Teilen Europas das eingesehen und daraus Konsequenzen gezogen haben und daß sie bereit sind, die Arbeit und die Wirkungen zu akzeptieren, die sich nach und nach daraus ergeben.

Zusammenarbeit gegen multinationale Konzerne

In einem Arbeitskreis der 18. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands hielt Johanne Harms, Betriebsrätin im VW-Konzern, das Einleitungsreferat zum Thema „Multinationale Konzerne und Gewerkschaften“. Nachstehend ein Auszug:

Die nationalen Gewerkschaften und die internationale Gewerkschaftsbewegung sehen sich zunehmend mit dem Wirken großer multinationaler Konzerne und den daraus resultierenden Problemen konfrontiert. Eine relativ geringe Zahl von etwa 200 bis 300 Riesenunternehmen nimmt gegenwärtig in verschiedenen Wirtschaftsbereichen der kapitalistischen Welt – insbesondere in den modernsten und dynamischsten Bereichen – beherrschende Positionen ein ...

So hatte General Motors mit 96,66 Mrd. DM einen erheblich höheren Umsatz als das gesamte Bruttosozialprodukt Dänemarks mit 79,38 Mrd. DM oder Österreichs mit 73,71 Mrd. DM.

Der Exxon-Konzern (Esso) setzte mit 69,39 Mrd. DM mehr um, als der Iran mit 67,50 Mrd. DM an Produktion und Dienstleistungen erbrachte.

Der Umsatz der Ford-Motor-Company war größer als das Bruttosozialprodukt der Türkei oder Norwegens. – IBM übertraf Portugal, ITT Israel, Volkswagen übertraf Pakistan und Irland ...

Von den 200 größten Konzernen der Welt haben 107 ihren Stammsitz in den USA, 23 in Japan, 19 in der BRD, 18 in Großbritannien und 13 in Frankreich. Die übrigen 20 Riesenkonzerne verteilen sich auf die anderen kapitalistischen Länder, insbesondere die Schweiz, Schweden, Belgien, Niederlande und Luxemburg ...

Die wirtschaftlichen Entscheidungen der Konzernspitzen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Lage der Werktätigen.

Oft werden Tausende von Arbeitern und Angestellten durch einen einzigen Federstrich der Zentrale arbeitslos oder müssen erhebliche Lohneinbußen hinnehmen. Die Rationalisierung mit allen ihren Folgen, wie verstärkte Arbeitshetze, Herabqualifizierung, Umsetzung usw., ist besonders in den Betrieben der „Multis“ ein dauernder und tiefgreifender Vorgang.

Die Politik der Konzerne beeinträchtigt zunehmend auch die soziale Lage der gesamten Arbeiterklasse, z. B. durch die Preisdiktate, die Verstärkung des Trends zu hoher Dauerarbeitslosigkeit oder die besonders ausgeprägte Reformfeindlichkeit ...

Die Notwendigkeit, den multinationalen Konzernen internationale gewerkschaftliche Gegen- und Kontrollmacht gegenüberzustellen, wird sowohl vom IBFG, vom WGB, dem WVA und dem Europäischen Gewerkschaftsbund als auch den meisten Internationalen Berufssekretariaten und Industrievereinigungen betont.

Aus den Programmen und Beschlüssen sowie verschiedenen Erklärungen der genannten internationalen Bünde kristallisieren sich folgende Maßnahmen zur Verteidigung und Durchsetzung der berechtigten Interessen der Werktätigen gegenüber den multinationalen Konzernen heraus:

1. Systematischer Informationsaustausch zwischen den gewählten Vertretungen der Beschäftigten bzw. der Gewerkschaftsorgane in Betrieben eines Konzerns über die Ländergrenzen hinweg.

2. Ausarbeitung gemeinsamer Forderungsprogramme für die Beschäftigten ein und desselben multinationalen Konzerns.

3. Bildung von Koordinationskomitees aus Delegierten und Vertretern der in den Betrieben des MNK vertretenen Gewerkschaften. Nützliche Organe gewerkschaftlicher Information und Koordination sind in diesem Zusammenhang die internationalen Konzernausschüsse der Gewerkschaften, die vor allem in der Automobilindustrie bestehen, aber auch in einigen multinationalen Gesellschaften der Elektroindustrie, der chemischen Industrie und für Nahrungsmittelkonzerne.

4. Erarbeitung von Konzernanalysen und -dokumenten als Ausgangsbasis gemeinsamer Aktionen.

5. Durchführung grenzüberschreitender Arbeitstreffen und Seminare, ausgerichtet auf Probleme des Konzerns bzw. der Branche. – Beispielhaft war dafür das Internationale Eisenbahnerseminar im Oktober 1974 in Frankfurt am Main. Daran beteiligten sich Gewerkschaften aus 28 kapitalistischen und sozialistischen Ländern. Das Seminar beschäftigte sich mit den Folgen der Automation und Technisierung für die Lebenslage der Eisenbahner und lieferte ein gutes Beispiel für die Nützlichkeit der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften des WGB.

Ebenso stellte auch die Europäische Gewerkschaftskonferenz am Beginn dieses Jahres in Genf über Fragen der Humanisierung der Arbeitsumwelt den großen Wert des gemeinsamen Handelns unter Beweis. Dieser Weg ist besonders geeignet, den multinationalen Unternehmen eine unüberwindliche Kraft der Gewerkschaften entgegenzusetzen.

6. Organisierung direkter Aktionen gegen einen Konzern, wie Protest und Sympathiekundgebungen, Verweigerung von Mehrarbeit, Streiks und Betriebsbesetzungen. Beispielhaft seien hier die erfolgreichen Kampfaktionen für höhere Löhne bei Ford 1968 in Belgien und 1971 in 22 britischen Ford-Betrieben genannt. Ein hervorragendes Beispiel des Kampfes von Belegschaften in Konzernbetrieben über Ländergrenzen hinweg war auch die Verhinderung von Betriebsschließungen durch den AKZO-Konzern (Enka-Glanzstoff) in Holland, Belgien und der BRD. Hier waren 1972 Streik und Betriebsbesetzung die Sprache, die die Konzernherren verstanden ...

Georges Seguy zum Europäischen Gewerkschaftsbund

Auf dem 39. Kongreß der größten französischen Gewerkschaft CGT (22. bis 27. Juni 1975 in Paris) beschäftigte sich der Generalsekretär Seguy in seinem Bericht auch mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB). Nachfolgend die wichtigsten Aussagen:

Wir haben geglaubt, daß die Schaffung eines europäischen Gewerkschaftsbundes, der in der Lage ist, unabhängig von der internationalen Zugehörigkeit, alle Gewerkschaften Westeuropas zu vereinen, ein echter Weg sein könnte, um diese Kooperation, diese gesamtgewerkschaftliche Aktionseinheit zu erreichen. Deshalb haben wir seit mehr als einem Jahr Schritte unternommen, die unsere Aufnahme in den EGB zum Ziel haben. Gegenwärtig haben wir noch keine klare Antwort auf diesen Vorschlag erhalten. Wir haben dennoch mit großer Aufmerksamkeit das Verhalten des EGB verfolgt, und wir haben beobachtet, daß er sich vor allem durch eine bemerkenswerte Untätigkeit auszeichnet...

Wir wissen, daß die Leitung des EGB von ihrem Exekutivatschub beauftragt worden ist, mit uns zusammenzutreffen, nur hat diese Begegnung bis heute noch nicht stattgefunden. Mangels einer offiziellen Antwort auf unseren Antrag und aufgrund des gegenwärtigen Stands der Dinge, sind wir gezwungen, uns an die öffentlichen Erklärungen seiner Spitzenfunktionäre zu halten. Und aus diesen Erklärungen geht hervor, daß die Ausflüchte, auf die wir treffen, unsere Zugehörigkeit zum WGB zum Vorwand haben. Mit anderen Worten, damit unser Aufnahmeantrag u. a. akzeptiert werden könnte, müßten wir unsere internationale Zugehörigkeit aufgeben oder zumindest Abstand dem WGB gegenüber nehmen.

Es ist selbstverständlich, daß eine solche Bedingung, die übrigens weder vom IBFG noch vom WVA noch von den anderen Mitgliedern des EGB gefordert worden ist, der CGT gegenüber eine diskriminierende Haltung ausdrückt, die um so unannehbarer ist, als da die europäischen Regierungen und Unternehmer schon gezwungen worden sind, sie aufzugeben. Wenn diese Bedingung uns offiziell bestätigt würde, betrachten wir sie als einen Versuch, unsere Entscheidungsfreiheit und unsere gewerkschaftliche Unabhängigkeit anzugreifen, als eine unerträgliche Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten. Und wir würden sie mit Empörung zurückweisen.

Die CGT wird sich niemals verleugnen, um gewissen Gewerkschaftsführern zu gefallen, die ihr im übrigen keine Vorschriften zu machen haben. Wir hoffen, daß der Realitätssinn und die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Aktion sowie der einigende Geist, den mehrere Gewerkschaftsfunktionäre von dem EGB angehörenden Gewerkschaften zum Ausdruck bringen und für den wir sehr empfänglich sind, über die persönlichen, kleinlichen und engen Reaktionen, die noch aus der Zeit des kalten Krieges stammen, siegen werden und daß letztlich eine für die Lohnabhängigen fruchtbare zwischengewerkschaftliche Kooperation sich in Westeuropa entwickeln wird.

Wie dem auch sei, mit und ohne Mitgliedschaft im EGB werden wir unsere Aktionen weiterführen gegen den europäischen Klub der multinationalen Gesellschaften und der in ihrem Dienste stehenden Regierungen, für ein demokratisches Europa und sozialen Fortschritt, für Entspannung, kollektive Sicherheit und Frieden. Wir arbeiten mit allen zusammen, die die Interessen der Lohnabhängigen über jegliche andere Einschätzung stellen und die entschlossen sind, auf diesem Wege voranzuschreiten. Wir bekämpfen jede konservative Idee, die in Europa Blockgewerkschaften will, nach dem Muster der Unterschiede der Gesellschaftssysteme.

Karl-Heinz Janzen auf IGM-Konferenz

Am 3. und 4. Juli 1975 fand in Dortmund die Konferenz des IG-Metall-Bezirks Essen statt. Karl-Heinz Janzen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, hielt das Referat. Kritisch setzte er sich mit der gegenwärtigen Situation auseinander. Nachfolgend veröffentlichten NACHRICHTEN einige wichtige in dem Referat getroffene Aussagen:

Nichts geht mehr in der Politik, was die Wirtschaft zur Zeit finanziell belastet. Wenn also auf der einen Seite eine riesige Deckungslücke in den öffentlichen Kassen klappt; wenn zudem die Wirtschaft nicht weiter belastet werden soll; dann kann sich der Finanzminister ohne sich zieren zu müssen, über Steuererhöhungen ab dem Tag X auslassen. Er stellt damit zwar alle ökonomischen Grundsätze und Erfahrungen auf den Kopf, hat aber auf den ersten Blick alle Argumente auf seiner Seite. Ich weiß nicht, was man mehr „bewundern“ soll, die Naivität oder die Kalküllosigkeit, mit der der Finanzminister angesichts einer Million Arbeitsloser und einer ebenso hohen Zahl von Kurzarbeitern Steuererhöhungen ankündigt. Fingerspitzengefühl war noch nie die starke Seite von Hans Apel. Daß er aber nun die Steuer- und Kindergeldreform selbst wieder aufzuheben gedenkt, indem ausgerechnet die Mehrwertsteuer angehoben werden soll, das ist fürwahr ein absolut dicker Hund. Wir sind nicht willens, diese Kröte zu schlucken.

Aber nicht nur, wenn's ums Geld geht, stehen die Zeichen der Stagnation. Der FDP-Vorsitzende will mit seinem Troß ein Mitbestimmungsgesetz durchdrücken, das mit unseren Vorstellungen noch soviel Ähnlichkeit hat, wie ein Frauenkloster mit einem Freudenhaus. Sein Vize blockiert unter lautem Beifall seiner Gesinnungsfreunde in Industrie und Handwerk die Reform der beruflichen Bildung. Der Verbraucher wird in ein Wechselbad gejagt. Hier soll er den Gürtel enger schnallen. Dort soll er konsumieren. Das Gesundheitswesen wird krank und kränker. Die Sozialversicherung geht finanziell am Stock.

Summa summarum: Die Reformpolitik beschränkt sich nur noch auf Schönheitskorrekturen. Mit dem Ergebnis, daß Restauration, Unsicherheit, Enttäuschung und Angst — gemischt mit Schadenfreude der destruktiv agierenden Opposition, die aber so tut, als hätte sie die Patentrezepte in der Tasche — das Bild unserer Tage bestimmen.

In diese Situation platzt der Axel-Springer-Dienst mit der Veröffentlichung einer Infas-Untersuchung über die Frage der „Wertschätzung“ der Gewerkschaften durch die Bevölkerung hinein. Da wird salopp verkündet, daß immer mehr Bürger glauben, ohne eine Gewerkschaft auskommen zu können. Jeder 2. Volljährige — 55 Prozent sei entschlossen, keiner Gewerkschaft beizutreten. Was verschwiegen wurde — und das sicherlich bewußt — ist die Tatsache, daß nur 11 Prozent der Befragten die Gewerkschaften als „nicht notwendig“ bezeichneten. Ebenso wurde unterschlagen, daß 59 Prozent der insgesamt 1900 Befragten den DGB „sehr positiv“ und „positiv“ beurteilten, während nur 18 Prozent die größte Arbeitnehmerorganisation der Bundesrepublik „negativ“ einstufen.

Daß die Gewerkschaften des DGB im Jahre 1974 einen echten Mitgliederzuwachs von 7 167 523 auf 7 405 760 zu verzeichnen haben, wurde dem Leser in diesem Zusammenhang ebenfalls vorenthalten. Wenn nach Springers „Welt“ 47 Prozent der Befragten die gewerkschaftlichen Lohnforderungen als übertrieben ansehen, dann scheinen nur die befragt worden zu sein, die entweder geerbt oder im Lotto gewonnen oder eine reiche Frau haben. Noch artikulieren ja wohl unsere Vertrauensleute

die Wünsche, Hoffnungen und Vorstellungen unserer Mitglieder. Und in unseren Veranstaltungen sind die Diskussionen doch anders gelaufen.

Da tut man so, als ob die Unternehmer uns in der Vergangenheit auch nur einen Wunsch von den Augen abgelesen und erfüllt hätten. Und vergißt dabei völlig, daß wir ihnen den geringsten Fortschritt jedweder Beziehung abtrotzen und erkämpfen mußten. Wenn zudem noch 62 Prozent der Befragten gemeint haben sollen, daß wir uns politisch abstinenter verhalten sollten, dann bleibt doch festzustellen, daß bei dieser Haltung der Gewerkschaften die Bundesrepublik heute noch ein Entwicklungsland wäre. Wir lebten oder besser vegetierten im Frühkapitalismus unter übelsten Ausbeutermethoden. Demokratie, Menschenwürde, Lebensqualität, Humanisierung der Arbeitswelt und was auch immer hätten keinen Eingang in unsere Sprache, die Politik und Wirklichkeit gefunden...

Trotz der aufmunternden Worte des Bundespräsidenten zur Mitbestimmung aus Anlaß des 10. ordentlichen DGB-Bundeskongresses bleibt festzustellen, daß die Genschers, Friderichs und Lamsdorffs in der FDP im trauten Verein mit der Opposition und den Unternehmern eines unter gar keinen Umständen wollen; die paritätische Mitbestimmung auch in dem über Kohle und Stahl hinausgehenden Bereich. Da malt man einen angeblich drohenden Gewerkschaftsstaat an die Wand und will nur eines — längst überholte unternehmerische Privilegien mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zementieren.

Diese Kräfte sind entschlossen, die Gunst der ökonomischen Situation zu nutzen, um klar Schiff zu machen für den Weg in den Unternehmerstaat. Man muß die sozialdemokratische Führungsmannschaft in Parlament und Regierung nachdrücklich davor warnen, sich durch die Kräfte der Restauration in die falsche Richtung abdrängen zu lassen. Eine Mitbestimmungsregelung, die uns am kurzen Hebel festbindet, ist für uns sinn- und wertlos.

Eine Mitbestimmungsregelung unterhalb der Schwelle der qualitativ und quantitativ gleichgewichtigen Entscheidungsmöglichkeit führt mehr zur Verwirrung als zur Chance, Unternehmenspolitik in unserem Sinne beeinflussen zu können. Das treffliche Beispiel ist VW und die mehr als gehässige Reaktion auf die Tatsache, als IG Metall zwar den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden stellen zu dürfen, das „Sagen“ aber anderen überlassen zu müssen. Der Bundeskanzler braucht deshalb nicht zu meinen, „auch den Gewerkschaften müsse klargemacht werden, was machbar ist“. Dieses Rates bedarf es nicht. Wir sind ja nicht blind und wissen genau, wer innerhalb der Koalition den Bremser spielt...

Die SPD muß sich von uns auch einmal sagen lassen, daß wir ganz und gar nicht darauf erpicht sind, ein Gesetz aufgedrückt zu bekommen, das Mitbestimmung freidemokratischer Ideologie beinhaltet, jedoch in seiner Konsequenz den Begriff verhöhnt und letztlich, das ist die Tragik, die bewährte Montan-Mitbestimmung auf Dauer gesehen ad absurdum führt. Und dagegen wehren wir uns, trotz aller anderslautender Beuteurungen führender Sozialdemokraten, ganz entschieden...

Es vergeht kein Tag, an dem die Diskussion über die soziale Sicherung und ihre Finanzierung nicht um einen mehr oder weniger besorgten Beitrag bereichert wird. Die Diskussion über die Leistungsfähigkeit des Staates und der gesetzlichen Sozialversicherung wird mit Vehemenz geführt. Nullwachstum, spärlicher fließende Steuereinnahmen und Haushaltsdefizite der öffentlichen Hand haben dazu geführt, daß für die einen die „Grenzen des Sozialstaates erreicht sind“, während die anderen aufgrund des „Diktats der leeren Kassen“ einen „finanziell manövrierunfähigen Staat“ vor sich sehen.

Damit soll der Beweis erbracht werden, daß weitergehende Wünsche nach sozialer Sicherung, vor allem vorgebracht und artikuliert durch die Gewerkschaften, als für den Staat und sein Sozialversicherungssystem nicht mehr erfüll- oder verkraftbar abgetan werden müssen. Ich habe nichts gegen eine

Diskussion. Mittlerweile fühlt allerdings der Blinde mit dem Krückstock, daß über den finanziell motivierten „Sorgen“ nicht selten, wenn auch so nicht gesagt, das Motto „Jetzt reicht's“ steht.

Dieser Art von Kritikern paßt halt die ganze Richtung nicht. Herr Schleyer sagt's ja auch unzweideutig. Für ihn ist nach Jahren der übermäßigen sozialen Expansion eine Entschlackungskur dringend erforderlich. Das riecht allerdings für meinen Geschmack schon sehr stark nach Entziehungs- oder Entwöhnungskur! Zwar bleibt unbestreitbar festzustellen, daß das in der hochindustrialisierten Bundesrepublik geschaffene System der sozialen Sicherung — im Vergleich zu den meisten übrigen Staaten — als vorbildlich angesehen werden kann. So zu tun, als hätten wir schon den Himmel auf Erden, ist allerdings ein schlechter Witz.

Zudem kommt mir das alles sehr bekannt vor. In der Tat vertrat auf einem CDU-Parteitag 1957 der damalige Bundestagspräsident Gerstenmaier schon den Standpunkt, daß die Grenzen des Sozialstaates erreicht wären. Er betonte u. a. — ich zitiere: „In nicht wenigen Bereichen der Sozialgesetzgebung... stehen wir nach meinem Eindruck auf der äußersten Grenze, die den Sozialstaat vom Wohlfahrtsstaat, vom hilflosen Gefälligkeitsstaat hochsozialistischer Prägung unterscheidet.“

Diese Äußerungen fallen in eine Zeit, in der es weder eine Lohnfortzahlung in den ersten sechs Wochen an erkrankte Arbeiter, noch eine flexible Altersgrenze, noch ein Konkursausfallgeld-Gesetz, um nur diese drei Beispiele zu nennen, gab.

Niemand kann doch wohl ernsthaft und überzeugend behaupten, daß der grundgesetzlich postulierte Auftrag, diesen Staat zu einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu entwickeln, heute schon als „erreicht“ abgehakt werden kann. Immer wieder setzt die jeweils erreichte Position ein ständiges Überdenken voraus und erfordert Bewegung. Stillstand bedeutet Erstarrung. Mehr noch! Rückentwicklung!

Sozialpolitik ist doch schließlich nicht die Summe von Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Renten-, Unfall- oder auch Arbeitslosenversicherung. Sozialpolitik ist aus unserem Selbstverständnis heraus Gesellschaftspolitik und damit in ihren vielfältigen Bezügen Politik zur Verbesserung der Lebensqualität.

IG-Metall-Forderungen für Vertrauensleute

Die IG Metall hat ihre Forderungen für einen neuen „Tarifvertrag über den Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute“ den Metallarbeitgebern übersandt. Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall hatte auf seiner Juni-Sitzung diese Forderungen beschlossen, nachdem sie von den zuständigen Gremien der Gewerkschaft vorberaten worden waren. Nachfolgender Tarifvertragsentwurf im Wortlaut:

§ 1

Dieser Tarifvertrag gilt: für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin; für alle Betriebe der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie.

§ 2

In den Betrieben der Metallindustrie kann die Industriegewerkschaft Metall dem Arbeitgeber im Betrieb beschäftigte Mitglieder als gewerkschaftliche Vertrauensleute (-frauen) bzw. als Mitglieder der Vertrauenskörperlleitung bekanntgeben.

§ 3

Soweit Vertrauensmänner (-frauen) durch Wahl ermittelt werden, findet die Wahl im Betrieb während der Arbeitszeit statt. Die Wahl der Vertrauensleute darf nicht behindert werden, insbesondere dürfen die im Betrieb beschäftigten Mitglieder der IG Metall in der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts nicht beschränkt werden. Versäumnis von Arbeitszeit, die zur Ausübung des Wahlrechts oder der Betätigung im Wahlvorstand erforderlich ist, berechtigt den Arbeitgeber nicht zur Minderung des Arbeitsentgelts.

§ 4

Der (die) Vertrauensmann (-frau) ist innerhalb seines (ihres) betrieblichen Wirkungsbereichs von der beruflichen Tätigkeit insgesamt für mindestens zehn Stunden im Monat unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts freizustellen. Diese Zeit soll gleichmäßig auf die einzelnen Wochen des Monats verteilt werden. Die Mitglieder der Vertrauenskörperleitung haben zusätzlich einen Anspruch auf Freistellung von fünf Stunden im Monat.

§ 5

Für die Teilnahme an Vertrauenskörpersitzungen ist der (die) Vertrauensmann (-frau) von der beruflichen Tätigkeit insgesamt für mindestens zwei Stunden im Monat unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts freizustellen.

§ 6

Die Sitzungen des Vertrauskörpers und der Vertrauskörperleitung finden im Betrieb statt.

§ 7

Für die Teilnahme an gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsveranstaltungen sind die von der IG Metall hierzu benannten Vertrauensleute von der beruflichen Tätigkeit unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts freizustellen. Die dafür zur Verfügung zu stellende Zeit errechnet sich aus der Anzahl der Vertrauensleute im Betrieb multipliziert mit zehn Arbeitstagen im Kalenderjahr.

§ 8

Dem (der) Vertrauensmann (-frau) darf aus dieser seiner (ihrer) Eigenschaft und Tätigkeit kein Nachteil erwachsen.

§ 9

Vor einer Kündigung eines (einer) Vertrauensmann (-frau) ist die zuständige Verwaltungsstelle der Industriegewerkschaft Metall zu hören.

§ 10

In Fällen von Meinungsverschiedenheiten, die sich aus der Anwendung dieses Tarifvertrages ergeben, werden Vertreter der Tarifvertragsparteien hinzugezogen. Dabei sind alle Umstände mit dem Ziel einer Klärung und Abhilfe zu prüfen. Der Rechtsweg wird dadurch nicht ausgeschlossen.

§ 11

Bessere betriebliche Vereinbarungen über den Schutz und die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute werden von diesem Tarifvertrag nicht berührt.

§ 12

Dieser Tarifvertrag tritt am ... in Kraft. Er kann mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres, erstmals zum ... gekündigt werden. Die Kündigung ist durch eingeschriebenen Brief gegenüber der Geschäftsstelle von Gesamtmetall bzw. dem Vorstand der IG Metall zu erklären. Die Kündigungserklärung wird mit dem Zugang gemäß § 130 BGB wirksam. Sie kann nur mit Wirkung für und gegen alle an dieser Vereinbarung Beteiligten von Gesamtmetall und dem Vorstand der IG Metall abgegeben und entgegengenommen werden.

DGB und ausländische Arbeiter

Bundesvorstand und Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes befaßten sich in ihren Sitzungen am 4. und 5. März im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktlage auch mit der Situation der ausländischen Arbeitnehmer. Die Tatsache, so stellten sie fest, daß rund 153 000 oder 6,3 Prozent Arbeitslosen aus dem Kreis der ausländischen Arbeitnehmer rund 1 Million oder 5,1 Prozent arbeitslose Deutsche gegenüberstehen, beweise, daß die derzeitige Arbeitsmarktsituation nicht einseitig zu Lasten der Ausländer gehe. Die höhere Arbeitslosenquote der Ausländer ist wie der Anteil der arbeitslosen Frauen (5,3 Prozent) entscheidend darauf zurückzuführen, daß sie zum größeren Teil mit angelernten oder ungelernten Tätigkeiten beschäftigt und damit stärker sozial gefährdet sind.

Nach wie vor vertreten und praktizieren der DGB und seine Gewerkschaften und Industriegewerkschaften den Grundsatz der Gleichbehandlung und Gleichstellung der ausländischen Arbeitnehmer mit vergleichbaren deutschen Arbeitnehmern.

Gerade zur Sicherung der Arbeitsplätze der bereits in der Bundesrepublik Deutschland tätigen ausländischen Arbeitnehmer hat der DGB den am 22. November 1973 von der Bundesregierung verfügten Anwerbestopp begrüßt und sich seitdem mit Erfolg gegen seine Aufhebung oder die Erteilung von Ausnahmeregelungen zur Wehr gesetzt. Auch für die absehbare Zukunft liegt eine Aufhebung oder Lockerung des Anwerbestopps nach Auffassung des DGB nicht im Interesse der in der Bundesrepublik Deutschland Beschäftigten oder gar der Arbeitslosen.

Die weitverbreitete Auffassung, daß die Arbeitslosenzahlen schnell und entscheidend gesenkt werden könnten, wenn die ausländischen Arbeitnehmer nach Hause geschickt würden, ist irrig. Abgesehen davon, daß ein solches Vorgehen allen menschlichen und gewerkschaftlichen Grundsätzen Hohn sprechen würde, stehen dem rechtliche Gründe entgegen. Von der Gesamtzahl der in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer sind

600 000 aus EG-Staaten und genießen deshalb die Freizügigkeit der Arbeitsplatzwahl.

400 000 bereits länger als fünf Jahre ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt und haben deshalb Anspruch auf Erteilung einer Arbeitslaubnis, unabhängig von der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

200 000 mit einem deutschen Ehepartner verheiratet und haben aus diesem Grunde Anspruch auf Arbeitserlaubnis.

Zu diesen 1,2 Millionen ausländischen Arbeitnehmern, die also keinesfalls in ihre Heimat zurückgeschickt werden können — diese Zahl schließt allerdings die Gefahr der Doppelzählung nicht aus —, kommen noch rund 400 000 von ausländischen Arbeitnehmern eingenommene Arbeitsplätze, an denen ein Austausch neue Probleme aufwerfen würde. Auch diese wenigen Zahlen zeigen, daß ausländische Arbeitnehmer nicht, wie manche meinen, einfach austauschbar sind.

Noch ist in der Bundesrepublik Deutschland eine erhebliche Zahl ausländischer Arbeitnehmer illegal beschäftigt. Der DGB unterstreicht seinen Standpunkt, daß gegen die Betriebe und Unternehmer, die ausländische Arbeitnehmer ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis beschäftigen, mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen werden muß. Die geplante Verschärfung der Strafbestimmungen für solche Handlungen wird vom DGB für unerlässlich gehalten.

Wo ausländische Arbeitnehmer in ihren Rechten beeinträchtigt werden oder ihnen durch einseitige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen oder Verordnungen Nachteile entstehen, sind die Gewerkschaften im DGB ihre beruflichen Interessenvertreter. Das war so, und daran wird sich auch künftig nichts ändern. (Auszug)

Investitionskontrolle notwendig

Die Gegner der Investitionslenkung sollten doch endlich einmal zur Kenntnis nehmen: Dort, wo Tausende von Arbeitsplätzen, ganze Städte, Regionen und Wirtschaftsbereiche durch die Entscheidungen weniger Großunternehmen und Konzerne betroffen sind, müssen zusätzliche Kontrollen her, dort müssen bessere und langfristige Prognosen erstellt werden. Und dort schließlich müssen politische Entscheidungen getroffen werden. Geplant wird ja schon immer. Die Frage geht nur dahin: Von wem und zu welchem Zweck? Und in diesem Sinne wollen wir dem Bundeswirtschaftsminister antworten, wenn er bei der Beurteilung der gegenwärtigen Lage von „Anpassungsprozessen“ sprach. Anpassungsprozeß, das kann für uns als Arbeitnehmer nicht Stilllegungen, Entlassungen, wirtschaftlich unsinnige Vernichtung von Arbeitsplätzen und Gefährdung menschlicher Existenzen bedeuten. Wir lassen uns auch nicht dadurch irremachen, daß hier immer wieder versucht wird, künstlich einen Zusammenhang zwischen Investitionslenkung und Tarifautonomie zu konstruieren. Investitionen und Tarifpolitik, das sind zwei Paar Schuhe, genauso wie Mitbestimmung und Tarifautonomie.

Heinz O. Vetter in „Deutsche Post“, Nr. 12, 20. Juni 1975, Seite 3 — Organ der Deutschen Postgewerkschaft.

Gesetzliche Kontrolle der Multis erforderlich

Neue Herausforderungen an die nationale Wirtschaftspolitik, aber auch an die internationale Wirtschafts- und Währungsordnung gehen vom vehementen Wachstum der multinationalen Konzerne aus. Die theoretischen Analysen zu diesem Problem sind weit fortgeschritten. Die Möglichkeiten währungs- und steuerpolitischer Manipulation durch diese Konzerne sind erkannt.

Dennoch entschließen sich die Regierungen nur sehr zögernd, die öffentliche Kontrolle dieser multinationalen Konzerne auszubauen. Insbesondere zeichnet sich in der letzten Zeit eine Tendenz ab, diesen Konzernen von Regierungsebene ein Wohlvorhalten auf- und abzuschwätzen. Dieser Weg mag zwar praktisch erscheinen und auch zeitweilige Erfolge bringen, doch dies kann nicht als dauerhafte Lösung akzeptiert werden. Transparenz und Kontrolle der multinationalen Konzerne sind durch Gesetz und Institutionen, insbesondere aber durch geregelte internationale Kooperation zu gewährleisten.

Eugen Loderer in „Der Gewerkschafter“, Nr. 7, Juli 1975, Seite 2/3 — Monatschrift für die Funktionäre der IG Metall.



Paritätische Mitbestimmung auf Tagesordnung

Einige Monate war Funkstille, jetzt steht die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in Großunternehmen und Konzernen erneut auf der Tagesordnung der Koalition in Bonn. Die Zeit drängt. Was vor der Sommerpause nicht vereinbart werden kann, hat kaum noch Chancen, in dieser Legislaturperiode im Parlament durchgesetzt zu werden, und gerät ab Herbst ins Vorfeld des Bundestagswahlkampfes. Die dann zu erwartenden Kraftakte werden dem Gesetzesvorhaben erfahrungsgemäß nicht bekommen. Markige Worte der FDP-Sprecher verheißten den Arbeitnehmern ohnehin nichts Gutes. Mitbestimmung und Grundgesetz, Verfassungsmäßigkeit der Parität und die Rolle der leitenden Angestellten werden von unseren gesellschaftspolitischen Gegenspielern erneut aufgebraucht.

Einwendungen dieser Art sind nur Pappkameraden, die vom eigentlichen Problem ablenken sollen, nämlich der Verteidigung überkommener Machtstrukturen in der Wirtschaft. Über die Macht in der Wirtschaft verfügen die Anteilseigner und ihre Vertreter in den Vorständen der Unternehmen immer noch fast unangefochten. An dieser Tatsache konnte auch das neue Betriebsverfassungsgesetz von 1972 nichts ändern.

„ÖTV-Magazin“, Nr. 7, Juli 1975, Seite 6 — Organ der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr.

Staat als Preistreiber

Seit 1965 wurden in der Bundesrepublik die städtischen Verkehrsmittel im Schnitt um 15 Prozent jährlich teurer. Der Staat zeigt sich also gerade hier mit Preiserhöhungen, die weit über die Inflationsrate hinausgehen, als ein besonders rücksichtsloser Preistreiber, und zwar überwiegend auf Kosten der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, der Rentner und Hausfrauen, der Kinder, Schüler und Studenten. Und es ist schon ein schlechter Witz, daß gleichzeitig auch in vielen Städten das Verkehrsangebot schrumpft, weil im Verlauf von Sparaktionen ganze Linien eingestellt und die Fahrpläne gelichtet wurden. Schlechter Service für teures Geld — das kann nicht lange gutgehen.

Denn der Bürger nimmt unpopuläre Maßnahmen nur dann hin, wenn er den Sinn erkennt und die Notwendigkeit einsieht. In der öffentlichen Verkehrsplanung stimmt aber heute so gut wie gar nichts mehr. Einer klaren Entscheidung, ob nun das Auto Vorrang haben soll oder aber Bahnen und Busse, geht man vielfach aus dem Wege.

Unsummen werden in aufwendige Prestige-Projekte hineingesteckt, und jedes Stadtoberhaupt träumt von einer eigenen U-Bahn. Daneben aber schließen rund um die Fußgängerzonen immer neue Park-Hochhäuser aus dem Boden, weil der Einzelhandel das nun einmal so will.

Vor wenigen Jahren noch wurde über den Null-Tarif diskutiert, der im übrigen auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gar nicht einmal so dumm wäre. Heute aber geht es oft nur noch um die Frage, ob es sich ein Autofahrer überhaupt leisten kann, mit seiner Familie dann und wann auf die Straßenbahn umzusteigen.

Der heiße Sommer, der vielen Städten bevorsteht, muß daher Anlaß sein, im Verbund von Ländern und Gemeinden neu über die kommunale Verkehrsmisere nachzudenken und nach überzeugenden Lösungen zu suchen, die den Bürger nicht immer wieder auf die Barrikaden treiben.

„Welt der Arbeit“, Nr. 27, 4. Juli 1975, Seite 1 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Arbeitsmarkt wenig Besserung

Auf dem Arbeitsmarkt läßt sich bisher keine Tendenzwende erkennen. Die Zahl der Arbeitslosen verminderte sich im Mai, saisonbedingt, gegenüber dem Vormonat lediglich um 63 000 Personen. Hier ist auch in den nächsten Monaten nur eine langsame Besserung zu erwarten. Selbst wenn die Konjunktur sich belebt, wird zunächst die Kurzarbeit zurückgehen. Im Berichtsmonat freilich hat sich diese noch leicht erhöht.

Die Preissteigerungsraten haben sich in der letzten Zeit zumeist stabilisiert. Der Index der industriellen Erzeugerpreise lag im April 5,8 Prozent über dem Vorjahresniveau und hat sich damit leicht vermindert. Bei den Verbraucherpreisen betrug die Jahresrate genauso wie im Vormonat + 6,1 Prozent. Verursacht wurde die Teuerung vorwiegend durch die extremen Preisaufschläge bei Gas, Strom und Kohle sowie bei den Nahrungsmitteln.

Vor allem die im bisherigen Jahresverlauf extrem angestiegenen landwirtschaftlichen Erzeugerpreise (Brüsseler Agrarpreisbeschlüsse) dürften in den kommenden Monaten noch stärker auf die Verbraucherpreise durchschlagen.

„Der Gewerkschafter“, Nr. 7, Juli 1975, Seite 23 — Monatschrift für die Funktionäre der IG Metall.

Ursachen erkennen

Heute ist jeder dritte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik von einer Frau besetzt, und niemand bestreitet mehr die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit. Aber immer noch herrscht die Meinung vor, „der eigentliche Verdienender ist der Mann“. Frauen „verdienen“ höchstens dazu“. Das eigentliche „Reich“ der Frau ist das Haus. Ist es bei dieser Einstellung verwunderlich, daß der Beruf nur als zweitrangig betrachtet und von jungen Mädchen nur als Übergangslösung bis zur Eheschließung angesehen wird? Daß die Realitäten anders sind, zeigt die Statistik: 56 Prozent aller Arbeitnehmerinnen sind verheiratet und mehr als 30 Prozent haben Kinder unter 18 Jahren. Die Kindererziehung fällt auch heute fast ausschließlich den Frauen zu — und nicht die Berufstätigkeit des Mannes leidet darunter, sondern die der Frau. Es gibt kaum Ganztagschulen und Schulhorte. Nur jedes dritte Kind kann in einem Kindergarten untergebracht werden.

Viele Frauen glauben daher, persönlich zu versagen, weil sie Kinder, Ehe, Haushalt und Beruf nicht miteinander vereinbaren können. Ist das ihre Schuld? Statt zu erkennen, daß die Benachteiligungen gesellschaftliche Ursachen haben, werden Konflikte auf die eigene Unzulänglichkeit zurückgeführt. Appelle an die Frauen nutzen wenig, wenn nicht die Ursachen dieses Zustandes in Frage gestellt werden, geschweige denn eine Strategie entwickelt wird, die helfen kann, die Ursachen zu überwinden.

„ausblick“, Nr. 7/8, Juli/August 1975, Seite 7 — Zeitschrift der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Grobe Irreführung

Viel war in den letzten Wochen von einer Neuen Sozialen Frage — mit großen Anfangsbuchstaben, wohlgeordnet — die Rede. Entdeckt haben sie der Generalsekretär der CDU, Prof. Kurt H. Biedenkopf, und der Planungstab in der CDU-Zentrale...

Die Neue Soziale Frage entsteht, so wird es in der Mannheimer Erklärung vorgetragen, aus einem „neuen Konflikt“. Dieser ergibt sich aus der „Verbindung organisierter zu Lasten nichtorganisierter Interessen... Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern oder die nicht mehr Arbeitsfähigen, sind den organisierten Verbänden in aller Regel unterlegen. Hier stellt sich die Neue Soziale Frage“. Man ist fast gerührt, wenn man sich vorstellt, wie etwa die Mütter mit Kindern darunter leiden, daß die Gewerkschaften eine Urlaubsverlängerung durchsetzen konnten, und die Rentner darunter, daß höhere Löhne zu zahlen sind, die bekanntlich auch zu höheren Renten führen...

Die Behauptung eines Zusammenspiels von Arbeitgebern und organisierten Arbeitnehmern auf Kosten der sozial

Schwachen ist einfach falsch. Da anzunehmen ist, daß ihre Urheber die Wirklichkeit genau kennen, stellt diese Behauptung geradezu eine grobe Irreführung dar... Außerdem läßt sich mit der „Neuen Sozialen Frage“ von der klassischen sozialen Frage, dem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, ablenken. Beispielsweise von der Mitbestimmung, über die man innerhalb der CDU keine Übereinstimmung erzielen kann — und schon gar nicht mit der CSU... Die klassische soziale Frage ist also durchaus noch nicht gelöst. Ist indessen eine Partei, die bisher — bis 1969 in Regierungsverantwortung — einen wesentlichen Beitrag zur Lösung dieser Frage, nämlich die paritätische Mitbestimmung, verweigert hat, glaubwürdig und vertrauenswürdig zur Lösung angeblich neuer sozialer Fragen, was immer man darunter versteht?

„Die Quelle“, Nr. 8/9, Juli/August 1975, Seite 299—301 — Funktionärzeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ursachen untersuchen

Es fehlt nicht an Versuchen, Grundsätze der sozialen Sicherung der wirtschaftlichen Situation unterzuordnen. Wieder einmal sind die Grenzen des Sozialstaates erreicht. Statt nun die Grundsatzdiskussion offen zu führen, weicht man auf Nebenschauplätze aus. Ausgangspunkt ist das Manko in der Staatskasse und die finanzielle Misere der Sozialversicherung, insbesondere der Kranken- und Arbeitslosenversicherung, deren Defizite in die Milliarden gehen. Nötig wäre eine Diskussion über die Ursachen.

Die Bundesanstalt für Arbeit wurde durch das ungeahnte und nicht vorauszuschätzende Ausmaß der Ergebnisse der wirtschaftlichen Rezession überrascht. Ganz und gar nicht überraschend entwickelte sich demgegenüber die Krise des Gesundheitswesens und die daraus entstandene Kostenexplosion.

Zudem brauchen wir eine leistungsstarke Krankenversicherung, die sich nicht mehr wie bisher aufgrund ihrer Zersplitterung von den Ärzten auseinanderdividieren läßt. In der Arbeitslosenversicherung brauchen wir statt des bisherigen Beitragssystems einen Arbeitsmarktbeitrag, den jeder zu leisten hat. Auch die Beamten.

Kurzum: Bevor nicht alle Möglichkeiten der kostensparenden Rationalisierung sowie Struktur- und Leistungsverbesserungen im Gesundheitswesen, eine Leistungsabstimmung in der Sozialversicherung und Befreiung von staatlichen Gemeinschaftsaufgaben beherzt in Angriff genommen werden, sollte es niemand wagen, den Arbeitnehmer noch stärker zur Kasse zu drängen oder ihm zustehende und gesetzlich verankerte Leistungen zu nehmen.

„Metall“, Nr. 14, 15. Juli 1975, Seite 3 — Zeitung der IG Metall.

Merkwürdige Töne

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht merkwürdige Töne aus Washington zu uns herüberdringen. Mal spricht Präsident Ford vom sofortigen Einsatz atomarer Waffen im Falle eines Konflikts; mal versteigt sich Außenminister Kissinger zu dem Satz, niemand, der es nicht sein wolle, müsse Amerikas Verbündeter bleiben; mal deutet Verteidigungsminister Schlesinger an, die USA würden bei höchster Gefahr, vorbeugend natürlich, den ersten Atomschlag führen...

Amerikas neue Strategie besagt doch, wenn nicht alles trügt, daß von einer Truppenverminderung in Europa überhaupt nicht mehr die Rede sein kann. Über diesem Thema, Folgewirkung des Vietnamkriegs, liegt wie nie zuvor ein Grauschleier.

„Welt der Arbeit“, Nr. 28, 11. Juli 1975, Seite 1 — Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Antikommunismus hilft nicht weiter

Wir Bundesrepublikaner haben es uns bei der Beurteilung von Kommunismus und kommunistischen Parteien immer zu leicht gemacht... Für uns sind Kommunisten und kommunistische Parteien immer nur als Vollstrecker des Willens der fremden Macht in Moskau denkbar. Und diese These übertragen wir dann — oft sogar wider besseres Wissen — auf die Aktivitäten von Kommunisten und kommunistischen Parteien in Portugal, Italien oder Frankreich.

Angesichts dieses Trends tut Differenzierung bitter not. Nehmen wir das Beispiel Italien, das schon deswegen mit den Ereignissen in Portugal nicht gleichgesetzt werden kann, weil die Kommunisten Italiens ihre Stärke dem Ergebnis freier Wahlen verdanken. Eines allerdings trifft auf Portugal ebenso zu wie auf Italien: Die Linksparteien erinnern sich noch sehr genau ihres Bündnisses mit den Kommunisten aus der Zeit des Widerstands — zumal dann, wenn, wie in Italien, der Faschismus nach wie vor eine Gefahr bedeutet.

Antikommunismus, wie wir ihn kennen, ist den Italienern fremd; weder national noch ideologisch verbinden sie mit der Tätigkeit der kommunistischen Partei die Vorstellung von Fremdbestimmung und militärischer Intervention.

Diese Zeilen wollen nur warnen vor einer Fehleinschätzung der politischen Verhältnisse in unseren Nachbarländern; die Neigung der Deutschen, Politik und Gesellschaft in anderen Ländern mit den Maßstäben aus dem eigenen Land zu messen, macht sich halt immer wieder unangenehm bemerkbar.

„Deutsche Post“, Nr. 13, 5. Juli 1975, Seite 3 — Organ der Deutschen Postgewerkschaft.

Befragung zur Vertrauensleutearbeit Neue Forderungen der IG Metall

Die Vertrauensleutearbeit spielt in der IG Metall, seit vor nunmehr 20 Jahren mit dem Aufbau der Vertrauensleutkörper begonnen wurde, eine wichtige Rolle. Die Abteilung Vertrauensleute beim Vorstand der IG Metall führte im vergangenen Jahr eine Befragung der Vorsitzenden der Vertrauensleutkörper in den Metallbetrieben über den Stand der Vertrauensleutearbeit durch. Grundlage dieser Umfrage war ein Bogen mit 63 Fragen, u. a. mit folgenden Schwerpunkten: Wahl der Vertrauensleute, Versammlung des Vertrauensleutkörpers, Arbeit der Vertrauenskörperleitung und des einzelnen Vertrauensmannes. In Auswertung der Antworten hat die IG Metall den Unternehmern den Entwurf eines neuen „Tarifvertrages zum Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute“ zugeleitet.

Aus 2291 Betrieben gingen auswertbare Antworten ein. Das sind nur etwas mehr als ein Drittel der 6087 Betriebe, in denen Vertrauensleute gewählt worden sind. Lutz Dieckerhoff, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, bemerkte hierzu in einem Artikel der Juli-Ausgabe des „Gewerkschafters“, daß das Gesamtergebnis nicht unbedingt repräsentativ für die Vertrauensleutearbeit der IG Metall sei. Insgesamt dürften die Vertrauensleute mit wesentlich mehr Schwierigkeiten zu kämpfen haben, als aus dem Umfrageergebnis hervorgehe.

In 86,21 Prozent aller Betriebe wurde die Wahl der Vertrauensleute im Betrieb durchgeführt. In Betrieben mit mehr als 5000 Beschäftigten waren es sogar 94,12 Prozent, während in denen mit 500 bis 999 Beschäftigten der Prozentsatz nur 81,92 betrug.

In etwas mehr als der Hälfte aller Betriebe stimmten die Unternehmer der Wahl der Vertrauensleute während der Arbeitszeit zu. Immerhin mußte in einem Viertel der Betriebe die Wahl noch außerhalb der Arbeitszeit durchgeführt werden. In fast allen Betrieben, in denen während der Arbeitszeit gewählt wurde, ist den Kollegen kein Verlust an Arbeitsentgelt entstanden. In 47,69 Prozent der Betriebe wurde die Wahl der Vertrauensleute durch den Betriebsrat vorgenommen, in 22,52 Prozent durch einen Wahlvorstand und nur in 17,36 Prozent der Betriebe durch die Vertrauenskörperleitung. Darin offenbart sich eine Schwäche der Vertrauensleutearbeit.

In 87,72 Prozent der Betriebe wurden Vertrauensleuterversammlungen durchgeführt. Bezeichnend hierbei ist, daß die Versammlungen in allen Großbetrieben, aber nur in rund zwei Drittel der Kleinbetriebe stattfanden. Kritisch ist zu vermerken, daß die Zahl der Betriebe, die keine oder nur unregelmäßig Vertrauensleuterversammlungen durch-

führen, verhältnismäßig hoch ist. Zu rund 60 Prozent finden diese Versammlungen im Betrieb statt. Lohn und Gehalt wird nur in der Hälfte der Betriebe voll weitergezahlt, allerdings in 74 Prozent der Großbetriebe.

An der Spitze der behandelten Themen stehen Lohnfragen. Es folgen betriebliche Arbeitsbedingungen, Fragen der gewerkschaftlichen Organisation sowie der wirtschaftlichen Situation der Betriebe. Allgemeinpolitische Themen spielten kaum eine Rolle. Sie kamen nur in sieben Prozent aller Betriebe vor. Dieckerhoff fordert aus diesem Grunde zu Recht, die Politik der IG Metall mehr in den Vordergrund der Veranstaltungen zu stellen.

Problematisch war von jeher, daß ein beträchtlicher Teil der Vertrauenskörper keine gewählte Leitung hat. Bei den untersuchten Betrieben lag dieser Prozentsatz bei 15. In etwas über der Hälfte aller Betriebe führen die Vertrauenskörperleitungen Sitzungen durch. Die IG Metall stellt daher die Frage, „wie die Vertrauenskörperleitungen eigentlich ihre Arbeit bewältigen und ihre Aufgaben lösen, wenn sie nicht als Leitungsgremium zusammenkommen“.

Umfangreich und detailliert war der Fragenkatalog zur Arbeit des einzelnen Vertrauensmannes. Seine Arbeit wird vor allem durch den Zeitdruck infolge betrieblicher Leistungsanreizmethoden, Schichtarbeit, Leistungslohn und Vorgesetzte behindert. Der Überblick, der über die tatsächliche Mitwirkung der Vertrauensleute im Betrieb gegeben wird, ist aufschlußreich. An erster Stelle steht die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern bzw. Angestellten untereinander. Diese bedenkliche Tatsache widerspiegelt, daß die ureigenen gewerkschaftlichen Aufgaben noch nicht genügend im Vordergrund stehen.

Sehr unterschiedliche Regelungen bestehen über die bezahlte Freistellung

für die Vertrauensleute in ihrer betrieblichen Arbeit. Sie reicht von weniger als einer Stunde für die überwiegende Mehrheit bis zu mehr als acht Stunden für fünf Prozent pro Woche. Allerdings gibt es darüber kaum schriftliche Vereinbarungen.

Es ist gelungen, in knapp drei Viertel aller Betriebe die Vertrauensleute für den Besuch gewerkschaftlicher Bildungsveranstaltungen freizustellen. Jedoch wird nur in weniger als einem Viertel der Betriebe das Arbeitsentgelt für die Dauer des Besuches fortgezahlt. Einer erfolgreichen betrieblichen Gewerkschaftsarbeit wirkt aber entgegen, daß in 86 Prozent aller Betriebe die gewerkschaftlichen Bildungsveranstaltungen außerhalb stattfinden.

Die von der IG Metall durchgeführte Befragung zeigt den Stand der Vertrauensleutearbeit in den Betrieben und gibt wichtige Hinweise für Forderungen eines neuen „Tarifvertrages zum Schutz der gewerkschaftlichen Vertrauensleute“. Die IG Metall hat Anfang Juli den Text dieses neuen Tarifvertrages den Metallunternehmen übersandt. Danach soll die Wahl der Vertrauensleute während der Arbeitszeit in allen Betrieben durchgeführt werden. Der dadurch verursachte Arbeitszeitausfall darf keine Kürzung des Arbeitsentgelts mit sich bringen. Monatliche Freistellung der Vertrauensleute für mindestens zehn Stunden unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts ist eine weitere Forderung der IG Metall. Zusätzlich sollten die Mitglieder der Vertrauenskörperleitung einen Anspruch auf fünf Stunden Freistellung erhalten. Für die Teilnahme an Vertrauenskörpersitzungen sollen mindestens zwei weitere Stunden hinzukommen. Sowohl die Vertrauenskörpersitzungen als auch die Sitzungen der Vertrauenskörperleitungen sollen innerhalb der Betriebe stattfinden.

Ebenso wird auch für die Teilnahme an gewerkschaftlichen Schulungen und Bildungsveranstaltungen bezahlte Freistellung gefordert. Die Teilnehmer sollen von der IG Metall benannt werden. Die dafür zu gewährende Zeit soll sich aus der Zahl der Vertrauensleute im Betrieb, multipliziert mit zehn Arbeitstagen im Kalenderjahr errechnen. (Wortlaut des Entwurfs siehe Einhefter.)

Zwar fordert die IG Metall, daß aus der Eigenschaft und der Tätigkeit als Vertrauensmann kein Nachteil für das Gewerkschaftsmitglied erwachsen darf, aber ein Unternehmer soll einem Mitglied des Vertrauenskörpers nur dann kündigen dürfen, wenn er zuvor die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall gehört hat. Diese Forderung ist unzureichend, weil dadurch ein Kündigungsschutz, ähnlich dem der Betriebsräte, nicht erreicht wird. Ursula Schäfer

Diskriminierende Überwachung Postgewerkschaft protestiert

Über ein Jahr ist das neue Bundespersonalvertretungsgesetz bereits in Kraft. Es sieht in § 75 Absatz 3 ein Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei der „Einführung und Anwendung technischer Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder Leistung der Beschäftigten zu überwachen“, vor. Abweichend von diesem Gesetzestext und gegen den Protest der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und des Hauptpersonalrats wird nach wie vor bei zahlreichen Postscheckämtern für jede mit der Buchung beschäftigte Angestellte eine „Merkkarte über Dienstversehen“ geführt.

Über diskriminierende Überwachungsmethoden berichtete kürzlich die Zeitschrift der DPG „Deutsche Post“. Fehler in der Buchungstätigkeit bei den Postscheckämtern sind nicht zu vermeiden; denn die Arbeit besteht darin, „Belege zu prüfen, buchen, abstreichen, eintaschen. Und das Tausende von Malen pro Tag. Nach einer Stunde Abstreichen schwimmen einem die Zahlen auf dem Tippstreifen herum. Liegt ein Postscheckbrief in der falschen Reihenfolge, wandert der Beleg oder Kontoauszug in den falschen Umschlag: Versackung. Tippt man mal statt 69 die 96, was ja leicht vorkommen kann: Falschbuchung. Erwischt man nicht die richtige Kontonummer: Fehlbuchung.“ So beschreibt die Gewerkschaftszeitung die Fehlerquellen. Hinzu kommen undeutliche Schriften auf vielen Belegen und bei den neuen Druckverfahren und Durchschreibesätzen sind oftmals die Zahlen schlecht lesbar. Dazu die Hetze, der Druck, die Eile in den Buchungssälen.

All die aus den genannten Ursachen resultierenden Fehler werden fein säuberlich in der Fehlerkartei erfaßt. Bei 10 Eintragungen muß die betreffende Kollegin zur Gruppenführerin. 20 Fehler bringen sogar ein „Gespräch“ beim Abteilungsleiter ein. Solche Fehlerkarteien werden nur für die auf der Stufenleiter ganz unten stehenden Angestellten geführt. Ab Gruppenführerin aufwärts sind alle Angestellten und Beamten ausgenommen. Geht es beispielsweise um Beurteilungen, Beförderungen und Urlaubsanträge, so wird die Fehlerkartei von den Vorgesetzten berücksichtigt.

Alle Proteste der Postgewerkschaft beim zuständigen Ministerium halfen bis jetzt nichts. Was herauskam, war ein Herumdoktern an der Fehlerkartei. Das Postministerium schreibt sogar, daß „gerade im Interesse des Personals, das übrigens keinerlei Einwendungen gegen die Fehlerkartei erhebt“, Fehler ausgemerzt werden sollen. Doch das zuständige Ministerium war schlecht informiert. In mehreren Postscheckämtern, z. B. in Westberlin und

Dortmund, haben zahlreiche Kollegen mit Resolutionen die Abschaffung der Fehlerkartei gefordert. In einigen Orten, so in Frankfurt und München, wurde die diskriminierende Überwachung inzwischen aufgehoben.

In ihrem Artikel verweist die „Deutsche Post“ auf frühere ähnliche Überwachungsmethoden bei der Fernsprechauskunft, die aufgrund der Proteste aufgehoben werden mußte: „Wie die Kolleginnen der Fernsprechauskunft ihre Betriebsbeobachtung abgeschüttelt haben, so muß auch die Fehlerkartei bei den Postscheckämtern verschwinden. Sie ist ein ungerechtfertigtes, eigenmächtiges Kontrollsystem, ein unzeitgemäßes Disziplinierungsmittel und eine menschenunwürdige Leistungskontrolle.“

DPG warnt SPD

In einem Fernschreiben an den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt warnte der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Heinz Esders, das Parteipräsidium davor, „sich fragwürdige Überlegungen der Expertengruppe über angeblich fragwürdige soziale Leistungen zu eigen zu machen“. Damit reagierte die DPG auf die bekannt gewordene SPD-Studie, die den Abbau sozialer Leistungen, insbesondere für Beamte, zur Debatte stellt.

„Die Beamten der Betriebsverwaltung Deutsche Bundespost, die zu mehr als 80 Prozent dem einfachen und mittleren Dienst angehören, kennen keine Privilegien und Sondervorteile, die abgebaut werden könnten“, heißt es weiter in dem Schreiben. An seinen Krankheiten könne sich kein Beschäftigter der Post gesundstoßen. Es müsse verhindert werden, daß Reformvorstellungen für den öffentlichen Dienst sich auch nur tendenziell an den Brüning-schen Notverordnungen orientierten.

Abfuhr der Spalter bei Klöckner/Bremen

Vom 8. bis 11. Juli fanden in der Klöckner-Hütte Bremen zum zweitenmal in diesem Jahr Betriebsratswahlen statt. Nach ihrer Niederlage bei der ersten Wahl im März erzwang die Spaltergruppe Christlicher-Metallarbeiter-Verband (CMV) durch eine gerichtliche Wahlanfechtung eine Wiederholung der Betriebsratswahl. Ziel der Spalter war es, wie schon bei der ersten Wahl, die an den Interessen der Belegschaft ausgerichtete Mehrheit des Betriebsrates unter ihrem Vorsitzenden Heinz Röpkke zu verändern. Für den CMV und andere Spaltergruppen endete die Wiederholungswahl mit einem Fiasko. Von den 5000 Arbeiterstimmen erhielten die Kandidaten des CMV nur rund 100. Ähnlich erging es den linkssektiererischen Gewerkschaftsfeinden.

Während bei der ersten Wahl im März durch den CMV-Vorschlag nach Listen gewählt werden mußte – auch mehrere IG-Metall-Listen existierten –, setzte der IG-Metall-Vertrauensleutekörper bei der Wiederholung eine Persönlichkeitswahl durch, um angesichts der schwierigen Lage im Betrieb – Kurzarbeit und zeitweilige Stilllegung der Produktion – klare Verhältnisse zu schaffen. Es gab jeweils eine offene Belegschaftsliste für Arbeiter und Angestellte, auf der auch Nichtmitglieder der IG Metall kandidieren konnten.

Insgesamt bewarben sich bei der Wahl im Juli um die 24 Arbeitersitze 104 und für die sieben Angestelltensitze 38 Kandidaten für den Betriebsrat. Auf dem Stimmzettel erschienen die Namen der Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge. Für die Wahlentscheidung gab es mehrere Blockvorschläge. Dabei bemühte sich der CMV und andere auf „faire Partnerschaft“ mit der Konzernleitung bedachte Kräfte mit viel Papier, die bisherige Betriebsratsmehrheit zu stürzen. Dem folgte die Belegschaft nicht, sondern gab den aktivsten Mitgliedern der IG Metall mit überwältigender Mehrheit ihr Vertrauen. Alle 24 Arbeitersitze im Betriebsrat werden nunmehr von aktiven IG-Metall-Mitgliedern eingenommen. Keiner der Kandidaten von den Vorschlägen der CMV, der Linkssektierer und anderer Gruppen erhielt ein Mandat.

Nach der Wahl hob der erste Ortsbevollmächtigte der IG Metall in Bremen, Weinkauff, hervor, daß die Spalter eine Abfuhr bei Klöckner erhalten haben. Ihn interessiere nicht das Parteibuch der Betriebsräte, der Wahlausgang sei ein großer Sieg für die Gewerkschaften. Jetzt steht der neugewählte Betriebsrat vor der Aufgabe, sich konsequent für die Interessen der Belegschaft einzusetzen.

ÖTV: „Entschlackungskur“ nicht auf Kosten der Beschäftigten

Mit zahlreichen Entschlackungen haben Vertrauensleutekörper und Personalräte gegen die am 25. Juni 1975 von der hessischen Landesregierung erlassene Stellenbesetzungssperre in der Landesverwaltung protestiert. In einem Brief an Ministerpräsident Osswald, den wir nachfolgend in Auszügen veröffentlichen, übt der hessische ÖTV-Vorsitzende Heinz Wolf namens des Landesbezirksvorstandes daran massive Kritik:

Der Landesbezirksvorstand Hessen der Gewerkschaft ÖTV ist zunächst einmal der Meinung, daß eine für den öffentlichen Dienstleistungsbereich derart einschneidende Maßnahme nicht ohne vorherige Konsultation der berufenen Vertreter der betroffenen Arbeitnehmer-schaft hätte getroffen werden sollen. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB hätten wohl erwarten dürfen, daß die Landesregierung den Kontakt mit ihnen sucht, ehe Beschlüsse mit einer solchen Tragweite gefaßt werden. Da dies allem Anschein nach bewußt unterblieben ist, geht der Landesbezirksvorstand der Gewerkschaft ÖTV davon aus, daß die bisherige enge Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Gewerkschaften von dieser nicht mehr für zweckmäßig und notwendig gehalten wird.

Es stellt sich für uns die ernsthafte Frage, welcher Stellenwert denn den mehrfachen Erklärungen – angefangen mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Hessischen Landtag – noch zuzumessen ist, mit denen immer wieder die Kooperationsbereitschaft der Landesregierung mit den Gewerkschaften betont worden ist. Dann, wenn es darauf ankommt, so konstatieren wir, weist diese Kooperationsbereitschaft erhebliche Lücken auf.

Wir bedauern, feststellen zu müssen, daß das völlige Desinteresse der Landesregierung an gewerkschaftlichen Meinungen zur Bewältigung von Personaleinschränkungen im öffentlichen Dienst auf großes Unverständnis und erhebliche Verbitterung unter unseren Mitgliedern gestoßen ist. Dieses Desinteresse hat dem Ansehen der Landesregierung unter unseren Mitgliedern erheblich geschadet...

Wer nicht will, daß der Staat und die Gemeinden in unserem Lande eines Tages vor einer gleichen Situation stehen, wie sie jetzt in den USA zahlreich Gemeinwesen bedroht, der kann auf wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten nicht immer nur mit dem einfachen Mittel der Einschränkung öffentlicher Aufgaben reagieren. Er muß vielmehr politische Lösungen

anzubieten versuchen. Auch eine pauschale Stellenbesetzungssperre ist in unseren Augen ein Zeugnis von Konzeptlosigkeit und keineswegs eine politische Lösung.

Die Gewerkschaft ÖTV muß sich in diesem Zusammenhang mit allem Nachdruck gegen den von der Landesregierung geprägten Begriff von der „Entschlackungskur im Personalbereich“ verwahren. Damit wird, einem bestimmten Zeitgeist folgend, nichts anderes zum Ausdruck gebracht, als die Auffassung, es seien im Personalbereich verkrustete Personalüberhänge vorhanden, die man bedenkenlos abbauen könne, und es könne damit jetzt auch daran gegangen werden, noch vorhandene Leistungsreserven auszuschöpfen. Die Landesregierung müßte wissen, daß davon in Wahrheit keine Rede sein kann. Selbst wenn es jedoch so wäre, daß Personalüberhänge vorhanden sind und Leistungsreserven ausgeschöpft werden könnten, wäre die berechnete Frage zu stellen, wer denn die politische Verantwortung dafür zu tragen hat, daß ein solcher Zustand überhaupt jahrelang hingenommen wurde.

Die ÖTV vermag sich des Eindrucks nicht zu erwehren, daß alle derzeitigen Erklärungen zu Personaleinschränkungen im öffentlichen Dienst immer wieder mit dem verbreiteten Vorurteil gegeben werden, es komme ja nur darauf an, die bequemen und unproduktiven Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes zu mehr Beweglichkeit und Arbeitsintensität zu bringen. Wir bedauern es außerordentlich, daß mit dem geprägten Begriff der „Entschlackungskur“ jetzt auch die Hessische Landesregierung in diesen Chor mit einzustimmen gedenkt...

Da die Stellenbesetzungssperre letztlich nichts anderes bewirkt, als Arbeitsplätze zu beseitigen, die nach unserer Überzeugung nach wie vor notwendig wären, können und werden die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes auch aus Gründen der Solidarität gegenüber arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen und Kurzarbeitern in der privaten Wirtschaft keine Überstunden und keine Mehrarbeit leisten.

PERSONALIEN

Richard Becker, bisheriger Chefredakteur der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“, begann am 1. August 1975 seine Tätigkeit als neuer Vorstandsssekretär des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter. Zuvor hatte diese Funktion Bernd Otto ausgeübt, der schon im vergangenen Jahr in den Vorstand der „coop-Zentrale AG“ berufen worden war.

Ernst Breit, Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), wurde auf dem 22. Weltkongreß der Internationale des Personals der Post-, Telegraphen- und Telephonbetriebe (IPTT) in Oslo in das Amt des Vizepräsidenten gewählt.

Benoît Frachon, Ehrenpräsident und früherer langjähriger Generalsekretär des größten französischen Gewerkschaftsbundes CGT, ist am 4. August im Alter von 82 Jahren verstorben. Der anerkannte Funktionär gehörte zu den Mitbegründern des Weltgewerkschaftsbundes und hat sich in der französischen und internationalen Arbeiterbewegung große Verdienste erworben.

Heinz Hanns, Vorsitzender des FDGB-Bezirksvorstandes Rostock und Mitglied des Präsidiums des FDGB-Bundesvorstandes, wurde auf der 18. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands am 9. und 10. Juli in Rostock zum Vorsitzenden des Ständigen Komitees der Arbeiterkonferenz gewählt. Hanns löste den langjährigen Vorsitzenden **Rudi Speckin** ab, der wegen seiner angegriffenen Gesundheit nicht wieder kandidierte.

Peter Pietsch, Leiter der Abteilung Organisation und Verwaltung beim DGB-Bundesvorstand, ist zum Bundesvorstandsssekretär für den Geschäftsbereich Organisation und Verwaltung, Jugend, Kulturpolitik und ausländische Arbeiter berufen worden. Der ehemalige Buchdrucker, 1939 in Kassel geboren, wurde 1961 DGB-Jugendsekretär in Gießen und ab 1967 Landesjugendsekretär im DGB Saar. Seit 1970 ist Pietsch beim DGB-Bundesvorstand tätig.

Willi Zimmermann, seit 1954 hauptamtlich beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr tätig, wurde zum Leiter der Bonner Verbindungsstelle des DGB zum Bundestag und zur Bundesregierung ernannt. Am 1. September tritt der bisherige 56jährige Geschäftsführer der ÖTV-Abteilungen Betriebe und Verwaltungen der Bundeswehr, Soldaten und Stationierungsstreitkräfte sein neues Amt an. Zimmermann löst **Walter Böhm** ab. Böhm war unter den Verdacht geraten, für mehrere Geheimdienste gearbeitet zu haben. Im gegenseitigen Einvernehmen schied er am 30. Juni aus den Diensten des DGB aus.

Vor IGBE-Gewerkschaftstag Arbeitsplätze weiter gefährdet

Die Kohle- und Kokshalden an der Ruhr wachsen wieder. Im Gegensatz zur Zeit vor der Energiekrise kommt jedoch heute deswegen keine Panik mehr auf. Die Halden gelten als willkommene, allerdings auch vom Steuerzahler zu subventionierende Energiereserve. Vorgeesehen dafür sind zumindest 10 Millionen Tonnen Kohle. Dennoch wachsen die Halden schneller als beabsichtigt. Nicht nur wegen des allgemeinen Konjunkturrückgangs, sondern auch wegen des besonders unbefriedigenden Absatzes von Kohle an die Elektrizitätswerke.

Bundeswirtschaftsminister Friderichs erläuterte vor nahezu zwei Jahren den Delegierten des IGBE-Gewerkschaftstages in Duisburg das Energiekonzept seiner Regierung. Einer der Schwerpunkte dieses Konzepts war die Sicherstellung eines jährlichen Absatzes von 30 bis 33 Millionen Tonnen Steinkohle an die Elektrizitätswerke der Bundesrepublik. 20 Kohlekraftwerke sollten deshalb gebaut und in Betrieb genommen werden, 10 sogar noch vor 1980.

Um diesen Teil des Energiekonzepts finanzieren zu können, kündigte Friderichs damals den sogenannten Kohlepfennig an, der heute jeden Haushalt der Bundesrepublik mit nahezu vier Prozent höheren Stromkosten belastet und die Staatskasse jährlich um eine Milliarde DM zusätzlich füllen soll. Der Kohlepfennig rollt — nur mit der Absatzsicherung der Steinkohle an die Elektrizitätswerke hapert es wieder einmal, weil die Bosse der Elektrizitätswirtschaft höhere Profite durch den Bau von Kraftwerken auf Öl-, Erdgas- und Kernkraftbasis wittern.

Karl Heinz Bund, der Vorstandsvorsitzende der Ruhrkohle AG, beschwerte sich: „Besonders unangenehm macht sich zudem bemerkbar, daß seit 1972 nur ein kleines Steinkohlekraftwerk gebaut worden ist, wogegen im gleichen Zeitraum 40 Kraftwerke auf Öl- oder Erdgasbasis mit einer Leistung von etwa 13 000 Megawatt in Betrieb gegangen sind und in diesem Jahr vorrangig beschäftigt werden.“ Und die „Einheit“, das Organ der IGBE, schreibt: „Unterdessen aber gerät unsere Energieversorgung in Gefahr. Nicht nur durch die immer noch große Abhängigkeit vom Öl, sondern auch durch die Verzögerung beim Bau neuer Steinkohlekraftwerke.“

Mehr noch. In Gelsenkirchen soll sogar noch ein Kohlekraftwerk stillgelegt werden, das jetzt zum Texaco-Konzern gehörende ehemalige Kraftwerk der stillgelegten Zeche Bismarck. Soll die Milliarde DM, die angeblich zur Sicherung von Arbeitsplätzen kassiert wird, schließlich doch wieder zur Prämierung von Zechenstilllegungen zum Fen-

ster hinausgeworfen werden? Die von zahlreichen Bergarbeitern erhobene Forderung nach dem Bau von 20 Kohlekraftwerken bleibt auf dem Tisch. Ihre Verwirklichung ist dringend erforderlich, um die Energieversorgung in der Bundesrepublik sicherzustellen und die Arbeitsplätze Zehntausender Bergarbeiter vor der Vernichtung zu bewahren.

Doch eine an den Profiten der Konzerne orientierte Energiepolitik ist eben mit einer gesicherten und preiswerten Energieversorgung und der sozialen Sicherheit der in der Energiewirtschaft Beschäftigten nicht zu vereinbaren. „Andererseits liegt die Grenze der Bedeutung der Steinkohle als Sicherheitselement dort, wo die volkswirtschaftlichen Kosten unverträglich hoch werden...“, sagte Friderichs den IGBE-Delegierten 1973. Mit anderen Worten: Die Profite der Konzernbosse müssen stimmen.

Den Delegierten, die damals als Alternative zu diesem profitorientierten Energieprogramm die Verwirklichung der in der IGBE-Satzung und der NRW-Landesverfassung verankerte Überführung der Energiewirtschaft in Gemeineigentum forderten, antwortete Adolf Schmidt, Vorsitzender der IGBE und SPD-Bundestagsabgeordneter, daß sei „gegenwärtig nicht machbar“.

Inzwischen ist einiges geschehen. Adolf Schmidt hat kürzlich auf einer Belegschaftsversammlung einer Zeche in Ibbenbüren an die elektrischen Versorgungsunternehmen appelliert, „die Zielsetzung des Energieprogramms nachdrücklich zu unterstützen“, wie die „Einheit“ schreibt. Doch die Unternehmer haben noch nie auf Appelle reagiert, wenn ihre Profitzielsetzung dazu im Widerspruch stand.

Der nächste Gewerkschaftstag der IGBE wird in einigen Wochen, wiederum in Duisburg, stattfinden. Vor den Delegierten steht die Aufgabe, aus der erneuten Gefährdung der Energieversorgung und von Arbeitsplätzen durch die Konzerne die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen.

Arbeitslose Lehrer

Das neue Schuljahr hat für viele Schulkinder mit Überraschungen angefangen. Oftmals ist ihre Klasse nicht kleiner, sondern größer geworden. Besonders in den Grundschuljahren macht sich eine hohe Klassenfrequenz negativ bemerkbar. Aber was pädagogisch notwendig ist, zählt heute offensichtlich in der Bildungspolitik nicht mehr. Nach dem Motto: Je kleiner die Schüler, desto größer die Klassen, wird verfahren. Unterrichtsausfall, besonders in naturwissenschaftlichen Fächern, steht auch weiterhin auf der Tagesordnung. Und das angesichts der Tatsache, daß Lehrer arbeitslos sind. Nach Schätzungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wird es im Schuljahr 1975/76 zwischen 5000 und 20 000 arbeitslosen Lehrern geben.

In Hessen allein fehlen 8000 Lehrer, wenn man die Zielwerte zugrunde legt. Trotz dieser großen Fehlzahl werden 1000 Lehrer mit 2. Staatsprüfung nicht eingestellt und 1000 Lehrer mit 1. Staatsprüfung nicht zum Abschluß ihrer Ausbildung zugelassen. In Nieder-

NACHRICHTEN für den aktiven Gewerkschafter

sachsen wird für das kommende Jahr mit rund 3000 arbeitslosen Lehrern zu rechnen sein. Dieter Galas, Vorsitzender der GEW Niedersachsen, erklärte dazu: „Damit entstehe die paradoxe Situation, daß es gleichzeitig Schüler ohne Unterricht und Lehrer ohne Arbeit gibt.“

Die vielgepriesene Berufsbildungsreform hat auch für das Berufsschulwesen keine sichtbaren Fortschritte gebracht. Allein in Baden-Württemberg werden 1000 bis 1300 Berufsschullehrer benötigt. Für 1975 sind jedoch nur 55 Stellen für technische Lehrer vorgesehen. 1976 sollen keine eingestellt werden. Es sollen also weiterhin 30 bis 40 Prozent des Unterrichts an den Berufsschulen ausfallen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft fordert, daß alle verfügbaren Lehrer eingestellt werden. Rund 300 Millionen DM müßten dafür aufgebracht werden. Bei etwa 300 Milliarden DM Ausgaben der öffentlichen Hand würde das ein Promille ausmachen.

Diffamierung der Arbeitslosen muß entgegengetreten werden

Im Juni wurden in der Bundesrepublik über eine Million Arbeitslose und mehr als 800 000 Kurzarbeiter gezählt. Diese Angaben zeigen aber nur den sichtbaren Teil der gesamten Arbeitslosigkeit. Die Zahl der statistisch nicht erfaßten Arbeitslosen dürfte mindestens ebenso groß wie die Zahl der offiziell gezählten Arbeitslosen sein. Es handelt sich dabei um abgeschobene ausländische Arbeitskräfte, vorzeitig auf Rente gesetzte Arbeiter und Angestellte, Umschüler, Schulabgänger und schließlich Selbständige und gegenwärtig Berufslose, die einen Arbeitsplatz suchen.

Die industrielle Reservearmee in den 60er Jahren und in der ersten Hälfte der 70er Jahre bestand vor allem aus latente Reserve, die entsprechend den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals im internationalen Maßstab angeworben oder im Inland mobilisiert werden konnte. Mit Ausnahme der Jahre 1967/68 war ihr sichtbarer Teil vergleichsweise gering. Er lag zwischen 150 000 und 200 000 Personen.

Bereits 1972/73 deutete sich aber eine Veränderung des Verhältnisses zwischen sichtbarem und latentem Teil der Reservearmee an. Auf dem Höhepunkt der Konjunktur 1973 lag die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt über 270 000 und stieg 1974 auf 585 000. Vor dem Einbruch der letzten zyklischen Krise 1966 hatte die jahresdurchschnittliche Zahl nur 161 000 betragen.

Die vergleichsweise hohe Arbeitslosenzahl ging schon 1973 mit einem Rückgang der Beschäftigung in nahezu allen Industriezweigen — einschließlich der sogenannten Wachstumsindustrien — gegenüber dem Stand von 1970 einher. Gleichzeitig erhöhte sich auch die Angestelltenarbeitslosigkeit. Die gegenwärtige zyklische Krise hat also die langfristig wirksame Tendenz zur Freisetzung von Arbeitskräften infolge der wissenschaftlich-technischen Entwicklung in ihrer kapitalistischen Form lediglich beschleunigt und den sichtbaren Teil der Reservearmee zusätzlich vergrößert.

Es ist damit zu rechnen, daß es zukünftig — selbst nach Überwindung der gegenwärtigen zyklischen Krise — einen höheren „Bodensatz“ an Arbeitslosigkeit geben wird. Vorausschätzungen gehen davon aus, daß es selbst bei einer wirtschaftlichen Wachstumsrate von drei Prozent eine Arbeitslosenzahl von 800 000 geben würde, was einer Arbeitslosenquote von 3,5 Prozent entspräche (vgl. WSI-Mitteilungen Nr. 2/1975, S. 74). Verstärkt wird die Freisetzungstendenz in Industrie und Baugewerbe durch Einstellungsstopp und

verschärfte Rationalisierung im öffentlichen Dienst.

Erhebliches Gewicht für den Umfang und die Struktur der zukünftigen Arbeitslosigkeit hat die Tatsache, daß in den 70er Jahren bis etwa 1990 besonders geburtenstarke Jahrgänge die Schulen verlassen. Es wird starker Druck notwendig sein, um gegen die Unternehmer und den Staat durchzusetzen, daß der Jugend der Bundesrepublik das „Schicksal“ der USA-Jugend erspart bleibt, wo seit vielen Jahren etwa 20 Prozent der Jugendlichen arbeitslos sind. Überhaupt müssen die angedeuteten Entwicklungen nicht eintreten, wenn es der arbeitenden Bevölkerung gelingt, eine grundlegende Veränderung der Politik durchzusetzen und die Macht der Konzerne zurückzudrängen.

Für das Kapital hat die Reservearmee zweierlei Aufgaben:

— Über sie regelt sich in dieser anarchischen, am Profit orientierten Produktionsweise die Umverteilung des gesellschaftlichen Arbeitskräftepotentials.

— Sie soll den arbeitenden Teil der Klasse disziplinieren und den gewerkschaftlichen Kampf für die Sicherung des Lebensstandards und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hemmen. Damit die zweite Funktion erfüllt werden kann, ist es vom Unternehmerstandpunkt notwendig, daß die Arbeitslosen eingeschüchtert werden und eine Entsolidarisierung zwischen ihnen und dem beschäftigten Teil der Klasse eintritt. Die propagandistischen und ökonomischen Mittel zur Durchsetzung dieser Strategie bestehen in folgendem:

— Den Arbeitslosen wird eingeredet, daß Arbeitslosigkeit auf persönliches Versagen und nicht auf die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zurückzuführen ist, sichere Arbeitsplätze für alle zu schaffen.

— Die Arbeitslosen werden als Faulen-

zer und Drückeberger diffamiert, die sich auf Kosten der Arbeitenden ein feines Leben machen.

Sie sollen möglichst widerspruchsfrei hinnehmen, daß ihnen Arbeitsplätze vermittelt werden, die für sie einen sozialen Abstieg beinhalten. Willkommener Nebeneffekt ist eine Senkung des gesamtgesellschaftlichen Lohnniveaus. (Vor allem weil sie angeblich „zumutbare“ Arbeitsplätze abgelehnt haben, sind gegenwärtig 20 000 Arbeitslose mit sogenannten Sperrfristen belegt.)

— Auf die Arbeitslosen wird ökonomischer Druck ausgeübt. Das Arbeitslosengeld, das im günstigsten Fall etwas länger als ein Jahr gezahlt wird, beträgt im Schnitt 68 Prozent, die Arbeitslosenhilfe sogar nur 58 Prozent des letzten Nettoeinkommens.

Sie wird zudem nur bei „Bedürftigkeit“ gewährt und orientiert sich an Prinzipien, die zum Teil der katholischen Soziallehre entnommen sind. Letztere kommt u. a. in der entwürdigenden Prozedur zum Ausdruck, daß auch ein 50jähriger Arbeiter noch eine Bescheinigung vorlegen muß, die beweist, daß sein 75jähriger Vater ihn nicht unterstützen kann. Die Arbeitslosenhilfe wird mit größerer Dauerarbeitslosigkeit zukünftig erhöhte Bedeutung gewinnen.

Der angedeuteten Strategie der Konzerne muß mit ganzer Kraft entgegengetreten werden. Abgesehen vom notwendigen Kampf für sichere Arbeitsplätze, für überbetriebliche Ausbildungszentren usw. müssen deshalb folgende Forderungen verwirklicht werden:

— Das Arbeitslosengeld ist unbefristet für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit zu bezahlen.

— Niemand darf zur Aufnahme einer Tätigkeit gezwungen werden, die nicht seiner Qualifikation entspricht.

— Das Arbeitslosengeld muß von gegenwärtig 68 Prozent auf 90 Prozent angehoben werden, wie es der 10. DGB-Bundeskongreß bereits gefordert hat.

Die Vertreter der Gewerkschaften in den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsämter müssen jeder Diskriminierung der Arbeitslosen entgegengetreten. Dazu ist es aber notwendig, daß diesen Kolleginnen und Kollegen der Rücken gestärkt wird und daß sie stärker als bisher über ihre Tätigkeit berichten. Den gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen steht auch während der Arbeitslosigkeit Rechtsschutz zu; gegen eventuelle Willkürakte muß gerichtlich vorgegangen werden.

Eberhard Dühne

Jugend läßt sich nicht einschüchtern Ja zur zentralen Demonstration

Am 19. Juni 1975 ist der Bundestag fast völlig leer. Die meisten Abgeordneten sind offensichtlich schon sehr intensiv mit ihren Urlaubs-vorbereitungen beschäftigt. An diesem Donnerstag geht es um die brennenden Probleme von Millionen Jugendlichen — aber was heißt das schon bei Parteien, die Jugendfeindlichkeit zum Prinzip erheben? Die erste Lesung der Neufassung des Berufsbildungsgesetzes im Bundestag ging zwar mit viel Theaterdonner über die Bühne, aber das Publikum der „Volksvertreter“ war zu Hause geblieben.

Der Entwurf der Bundesregierung ist bei den Gewerkschaften auf entschiedene Ablehnung gestoßen, weil ihre Forderungen nicht berücksichtigt wurden, die Bundesregierung aber bereitwillig den Machtanspruch der Unternehmer festschreiben will. Zuletzt wurde die klare Position der Gewerkschaften dem DGB-Kongreß bestätigt. Die CDU/CSU hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Regierungsentwurf noch zu verschlechtern und die Macht der Unternehmer in der Berufsausbildung weiter auszubauen. Der CDU/CSU gelang es, im Bundesrat die Ablehnung des Regierungsentwurfs durchzusetzen. Im Bundestag operierte die CDU/CSU nun mit einem eigenen Entwurf, der aber keine grundlegende Alternative bietet und u. a. die Finanzierungsfrage völlig offenhalten will.

In der Öffentlichkeit wird der Eindruck einer entschiedenen Gegnerschaft der CDU/CSU zur Bundesregierung erzeugt. Vor der Bundestags-Lesung erklärte jedoch die CDU/CSU, ihr Antrag könne in weiten Teilen der Regierungskoalition auf Zustimmung rechnen. Daß der Abstand von CDU/CSU zur Bundesregierung nicht allzu groß ist, zeigt auch die Antwort der Bundesregierung auf den Bundesrats-Antrag der CDU/CSU. Die Bundesregierung bekräftigt, daß das bestehende unternehmergerechte System der Berufsausbildung keineswegs angetastet werden soll. So heißt es u. a.: „Die Regelungen des Regierungsentwurfs gefährden die Funktionsfähigkeit der zuständigen Stelle in keiner Weise.“ („Zuständige Stellen“ in der Berufsausbildung sind die Unternehmer-Kammern.) Weiter heißt es: „Der Vorwurf, die Struktur der beruflichen Bildung werde verwischt und das duale System ausgehöhlt, ist völlig unbegründet.“

Die Unternehmerverbände sind des Aufsehens längst überdrüssig, das die zunehmende Diskussion über die Berufsausbildung erregt hat. Ihnen ist auch die Taktik nicht ganz geheuer, die Forderungen der Arbeiterjugend durch einen Gesetzentwurf zu unterlaufen, der im wesentlichen das bestehen-

de festschreibt. Sie fürchten, daß ein solches Täuschungsmanöver erst recht den Protest der Arbeiterjugend herausfordert. Den Unternehmerverbänden wäre es daher lieber, man begrüße alle Regierungs- und Wahlkampfversprechen und ginge zur Tagesordnung über. So wurde diesmal sogar ausnahmsweise die CDU von den Unternehmern kritisiert, weil sie unter den taktischen Gesichtspunkten der nächsten Bundestagswahl nicht völlig von einer Änderung des Berufsbildungsgesetzes Abstand nimmt.

Wenn die Bundestags-Debatte zum Berufsbildungsgesetz ein greifbares Ergebnis hatte, dann dies: Wieder einmal mehr wurde deutlich, daß die Arbeiterjugend im Bundestag keine Fürsprecher ihrer Interessen hat. Die gewerkschaftlichen Forderungen für ein grundlegend neues, demokratisches Berufsbildungsgesetz fanden in den heiligen Hallen der bürgerlichen Demokratie nicht ein einziges Sprachrohr.

Um so notwendiger ist es, daß die Arbeiterjugend ihren Forderungen selbst Gehör verschafft. In diesem Jahr nahmen bereits über eine Viertelmillion Jugendliche an Aktionen der Gewerkschaftsjugend und anderer Jugendverbände teil. Einmütiges Motto: Für die Reform der beruflichen Bildung jetzt! Auf dem 10. DGB-Kongreß erklärte dazu Karl Schwab, für die Jugend zuständiges Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes: „Die Aktionen der Gewerkschaften... sind der deutliche Beweis dafür, daß die Rechnung der Unternehmer nicht aufgeht, Gewerkschaften und besonders die Jugendlichen von ihren Forderungen abzubringen... Weitere Aktionen, als Höhepunkt eine zentrale Kundgebung im Herbst, sind geplant.“

Wie zuvor schon zahlreiche gewerkschaftliche Jugendkonferenzen beschloß auch der DGB-Kongreß, „in den nächsten Wochen und Monaten die Aktionen gegen Lehrstellenverknappung und Jugendarbeitslosigkeit, für die Reform der Berufsbildung im Interesse der arbeitenden Jugend zu verstärken.“

Besonders notwendig ist die Durchführung von Demonstrationen und Kundgebungen für die Forderungen des DGB“.

Inzwischen mehrten sich jedoch die Hinweise, daß der DGB-Bundesvorstand, entgegen den Vorstellungen des Bundesjugendausschusses und einflussreicher Einzelgewerkschaften, diese Beschlüsse nicht mehr mit der notwendigen Konsequenz verfolgen will. Hier spielen völlig unangebrachte Rücksichten auf die Bundesregierung eine Rolle, durch die die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von Regierungen und Parteien empfindlich berührt wird. Einige Mitglieder des DGB-Bundesvorstands wollen die machtvolle zentrale DGB-Demonstration und -Kundgebung in eine Saalveranstaltung für einige Funktionäre verwandeln.

Beim aktiven gewerkschaftlichen Kern ist dieses Zurückweichen vor dem Unternehmer-Druck sofort auf Protest gestoßen. So verabschiedete am 1. Juli eine Jugendfunktionärsversammlung des DGB München einen Brief an die Mitglieder des DGB-Bundesvorstands, in dem es u. a. heißt, man habe „mit Befremden festgestellt, daß der DGB-Bundesvorstand offensichtlich die notwendige zentrale Demonstration zur Reform der beruflichen Bildung in eine Saalveranstaltung umfunktionieren will“.

Die Bezirkskonferenzen der IG Metall in Dortmund und Mönchengladbach sprachen sich wenige Tage später ebenfalls für eine zentrale Demonstration im Herbst aus. Rudi Behrendt von der Abteilung Jugend beim IGM-Hauptvorstand erklärte: „Die Demonstrationen haben bewiesen: Wir lassen uns nicht einschüchtern durch die Großoffensive der konservativen und reaktionären Kräfte in unserem Land. Wir sind bereit, für unsere berechtigten Forderungen auf die Straße zu gehen.“

Die Haltung einiger DGB-Bundesvorstandsmitglieder widerspricht auch dem Auftrag des DGB-Kongresses, die Aktionen zu verstärken. Falls sich die Betroffenen nicht anders besinnen, müßten sie eine schwerwiegende Verantwortung auf sich laden. Schon ist bei vielen aktiven, aber noch unerfahrenen jungen Kollegen Enttäuschung zu spüren, die leicht in eine antigerkschaftliche Stimmung umschlagen kann, besonders dort, wo dies von gewissen Kräften bewußt gefördert wird. Der Protest dieser Jugendlichen würde sich von Unternehmern und Bundesregierung abwenden und sich gegen die Gewerkschaften richten.

Solchen Stimmungen kann nur durch aktives gewerkschaftliches Handeln für die Interessen der Arbeiterjugend und aller Arbeiter, Angestellten und Beamten entgegengewirkt werden. Durch Zurückweichen ist kein Blumentopf zu gewinnen, geschweige denn die Reform der Berufsausbildung. W. Bartels

Berufschancen für Ausländerkinder: Hilfsarbeiter oder Arbeitslose

Wie die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik am härtesten von der Ausbeutung betroffen und am stärksten in ihren Rechten beschnitten sind, so haben auch ihre Kinder am stärksten unter der allgemeinen Bildungsmisere zu leiden. Der Staat ist derzeit nicht einmal bereit, diesen Kindern den Hauptschulabschluß zu sichern. Ein sehr großer Teil von ihnen muß die Schule bereits nach der fünften, der sechsten oder der siebten Klasse verlassen. Ihre Berufschancen — je nach Lage der Konjunktur: Hilfsarbeiter oder Arbeitsloser.

Der Grund hierfür ist: Die Kinder der ausländischen Kollegen laufen in unseren Schulen als fünftes Rad am Wagen mit. Richtlinien und offizielle Verlautbarungen zeichnen zwar durchaus erträgliche Verhältnisse vor. Danach sollen ausländische Kinder bis zu zwei Jahre lang in „Vorbereitungsklassen“ mit 15 bis 24 Schülern an die deutsche Sprache herangeführt werden. Der Fachunterricht soll zur gleichen Zeit nach deutschen Richtlinien, aber in der Muttersprache erteilt werden. Sobald genügend Deutschkenntnisse erreicht sind, ist geplant, die Schüler in deutsche Klassen einzugliedern. Hier soll durch zusätzlichen Unterricht abgesichert werden, daß sie der Sprache und Heimat ihrer Eltern nicht völlig entfremdet werden.

Nichts hiervon wird wirklich durchgeführt. Die „Vorbereitungsklassen“ haben sich zu einer Art nationaler Zwergschulen entwickelt. Häufig sitzen 40 bis 60 Schüler in einem Raum. Meist werden mehrere Jahrgangsstufen gleichzeitig von einem Lehrer unterrichtet, der außerdem sämtliche Fächer gibt, und zwar ohne jegliche Anleitung. Die 1971 von der Kultusministerkonferenz in Aussicht gestellten muttersprachlichen Lehrbücher für den Fachunterricht sind ausgeblieben.

Wer doch die deutsche Klasse erreicht, scheitert oft an unsinnigen Ansprüchen. So wird offiziell Deutsch als Muttersprache gewertet. Der Zugang zu weiterführenden Schulen wird umgekehrt oft durch den Ausschuß vom Englischunterricht versperrt, „da der Schüler nicht überlastet werden dürfe“. Der Muttersprachunterricht findet entweder überhaupt nicht oder unter noch schlechteren Bedingungen statt als der Unterricht der „Vorbereitungsklassen“. So können viele Kinder die Sprache der eigenen Eltern kaum noch lesen und schreiben.

Besonders brutal wirken sich hier die jüngsten Sparmaßnahmen aus, mit denen die Krisenlasten auch über den Bildungssektor auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden sollen. Wenn jetzt wegen eingesparten Lehrern weitere Deutschstunden von Vorberei-

tungsklassen wegfallen, wenn letzte punktuelle Fördermaßnahmen gestrichen werden, heißt dies, daß man einen beträchtlichen Anteil zukünftiger Analphabeten in Kauf nimmt — vielleicht mit der Überlegung, diese Menschen später ja abschieben zu können.

Von rund einer Million ausländischer Kinder und Jugendlicher unter 21 Jahren sind mehr als die Hälfte jünger als sieben Jahre. Die Probleme werden also zunehmen. Deshalb planen mehre-

re Bundesländer — so Bayern und NRW —, den größten Teil dieser Kinder sechs Jahre lang in Ausländerklassen zu stecken und danach in die deutsche Hauptschule zu überführen. So „entlastet“ man die deutschen Grundschulklassen, die ja noch Kinder auf weiterführende Schulen bringen sollen.

Dies alles ist nicht nur eine Schande für unser Land — es ist zugleich eine erhebliche Gefahr für die Arbeiter und Angestellten. Die relative Isoliertheit der ausländischen Kollegen, die Sprachgrenzen innerhalb der Arbeiterklasse sollen durch die Gettoisierung der ausländischen Arbeiterkinder auf die nächste Generation übertragen werden. Durch ihre besondere Benachteiligung und ihre Absonderung in den Schulen werden zugleich neue Ansatzpunkte geschaffen, die der chauvinistischen Hetze Vorschub leisten und Spannungen erzeugt. Es ist deshalb dringende Aufgabe aller demokratischen Kräfte unter Deutschen wie Ausländern, besonders aber den Gewerkschaften, gemeinsam und offensiv für die Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiterjugend in Schule, Berufsschule und Betrieb einzutreten.

K.A.

Neue Arbeitsstättenverordnung: Nur geringe Verbesserungen

Nach Angaben des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung scheiden jährlich 300 000 Arbeiter und Angestellte frühzeitig aus gesundheitlichen Gründen aus dem Arbeitsleben aus. Mehr als zwei Millionen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten werden pro Jahr statistisch erfaßt. Um die „Arbeitswelt menschengerechter zu gestalten“ und „die Volkswirtschaft von den Heilungs- und Pensionierungskosten zu entlasten“, ist am 20. März 1975 eine einheitliche Arbeitsstättenverordnung verabschiedet worden. Sie tritt am 1. Mai 1976 in Kraft.

Die Arbeitsstättenverordnung enthüllt — eher unfreiwillig — unter welchen Bedingungen in den Betrieben und Verwaltungen gearbeitet wird. So muß u. a. festgelegt werden, daß an jedem Arbeitsplatz eine Bewegungsfläche von 1,50 Quadratmeter zur Verfügung stehen muß, daß Pausen-, Bereitschafts-, Sanitäts-, Toiletten- und Waschräume überhaupt vorhanden und daß Erste-Hilfe-Einrichtungen greifbar sein müssen. Arbeiter und Angestellte sollen vor gesundheitlichen Schäden durch Abgase, Lärm, Hitze und gefährliche Anlagen grundsätzlich geschützt werden.

Ob die Arbeitsstättenverordnung dazu führt, daß wenigstens ein Minimum an verbesserten Schutzbestimmungen eingeführt wird, ist allerdings mehr als

zweifelhaft. Einige Vorschriften sind so vage formuliert, daß sie bereits aus diesem Grund kaum zu Veränderungen führen werden. So heißt es z. B. in Paragraph 6 (Raumtemperaturen): „In Arbeitsräumen muß während der Arbeitszeit eine unter Berücksichtigung der Arbeitsverfahren und der körperlichen Beanspruchung der Arbeitnehmer gesundheitlich zuträglich Raumtemperatur vorhanden sein.“

Außerdem spiegeln die Vorschriften das deutliche Bemühen wider, das „Betriebsinteresse“ und die „betrieblichen Möglichkeiten“ nicht zu beeinträchtigen. Das wird nicht nur in vielen Einzelvorschriften, sondern vor allem bei der Frage des Geltungsbereichs der Verordnung deutlich: Nach Paragraph

Mehr als die Hälfte ohne Anspruch auf betriebliche Altersversorgung

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) hat eine statistische Erhebung über die betriebliche Altersversorgung veranlaßt. Jüngst wurden nun die Ergebnisse veröffentlicht. Sie bestätigen, daß mit dem am 1. Januar 1975 in Kraft getretenen neuen Betriebsrentengesetz für Millionen Arbeiter und Angestellte keine Verbesserung ihrer sozialen Alterssicherung erreicht wurde.

Nach den veröffentlichten Zahlen sind rund 60 Prozent der in der Wirtschaft der Bundesrepublik tätigen Arbeiter und Angestellten in die betriebliche Altersversorgung einbezogen. Allerdings wurden bei der Erhebung Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten ausgeklammert. Es wurde auch nicht erfaßt, wieviel Arbeiter und Angestellte vor und nach dem Inkrafttreten des Betriebsrentengesetzes ihren erworbenen Anspruch auf eine betriebliche Altersversorgung verloren haben und noch verlieren. Werden diese beiden Aspekte berücksichtigt, dürfte der Anteil der Arbeiter und Angestellten, der tatsächlich eine betriebliche Altersversorgung bekommt, unter 50 Prozent liegen.

Die vom BMAS veranlaßte Erhebung geht so glatt an zwei Hauptmängeln

des Betriebsrentengesetzes vorbei: die Nichteinbeziehung aller Arbeiter und Angestellten in den Anspruch auf betriebliche Altersversorgung und die Nichtgewährleistung der absoluten Unverfallbarkeit erworbener Ansprüche. Wer noch keine 35 Jahre alt ist oder zwar 35 Jahre und älter, aber noch keine zehn Jahre im Besitz der betrieblichen Versorgungszusage oder nach zwölfjähriger Betriebszugehörigkeit noch nicht drei Jahre im Besitz der betrieblichen Versorgungszusage ist, der verliert auch nach dem neuen Betriebsrentengesetz noch seinen Anspruch auf die betriebliche Altersversorgung, wenn er wegen Arbeitsmangel auf die Straße gesetzt wird.

1973 wurden nach der Veröffentlichung des BMAS neun Milliarden DM aus den

56 gilt die Verordnung nicht für alle bereits errichteten oder im Bau befindlichen Arbeitsstätten, wenn „umfangreiche Änderungen der Arbeitsstätten, der Betriebsanordnungen, der Arbeitsverfahren oder der Arbeitsabläufe“ notwendig sind.

Um zusätzlich zu verhindern, daß auf die Unternehmer finanzielle Belastungen zukommen, sind Ausnahmen von der Verordnung zulässig, „wenn erstens der Arbeitgeber eine andere, ebenso wirksame Maßnahme trifft oder zweitens die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall zu einer unverhältnismäßigen Härte führen würde und die Abweichung mit dem Schutz der Arbeitnehmer vereinbar ist“ (Paragraph 4). Es bleibt noch anzumerken, daß die Verordnung keine Vorschriften über Kontrollmaßnahmen, geschweige denn über Bußgelder oder sonstige Sanktionen enthält.

Es gehört keine große Prophetengabe dazu, vorauszusehen, daß eine Verordnung, die das Profitsystem und die Untastbarkeit der Unternehmermacht so heilig ist, allenfalls zu kosmetischen

Veränderungen, keinesfalls jedoch zu „menschenwürdigeren Arbeitsbedingungen“ führen wird. Es ist eine Binsenweisheit, daß tatsächliche Verbesserungen der Arbeitssituation erkämpft werden müssen. Bei diesem Kampf sollten jedoch Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaften die Arbeitsstättenverordnung kennen und sie offensiv benutzen. Überall dort, wo die Verordnung konkrete Mindestanforderungen enthält, z. B. bei der Frage des Lärms, der Beleuchtung und der Raumfläche, sollten die Unternehmer damit konfrontiert und konkrete, auf den Betrieb bezogene Forderungen dazu entwickelt und durchgesetzt werden.

Der Betriebsrat kann sich außerdem darauf berufen, daß die Mindestanforderungen „gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse“ im Sinne des Paragraphen 91 BetrVG sind und daß Verstöße gegen sie die Arbeiter und Angestellten „besonders belasten“. Ihm steht daher bei allen Initiativen, die Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung im Betrieb zu konkretisieren, nach Paragraph 91 ein Mitbestimmungsrecht zu.

B. D.

betrieblichen Alterskassen gezahlt. Ende des gleichen Jahres beliefen sich insgesamt die Rückstellungen für die betriebliche Altersversorgung auf 66,5 Milliarden DM. Bei günstiger produktiver Anlage dieser gewaltigen Summe sind die Erträge daraus höher als die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung. Darin ist auch ein Grund zu sehen, warum die Konzernherren der Forderung des DGB so erbitterten Widerstand entgegenstellten, die steuerbegünstigt, also auf Kosten der Allgemeinheit, angesammelten Rückstellungen für die betriebliche Altersversorgung in überbetriebliche Fonds zu überführen. Die Bildung überbetrieblicher Fonds, bei deren Verwaltung die Gewerkschaften mitbestimmen, aber wäre der einfachste und sicherste Weg, um alle Arbeiter und Angestellten in den Anspruch auf eine betriebliche Altersversorgung einzubeziehen und ohne eine neue „Über-Versicherung“, wie sie das Betriebsrentengesetz jetzt vorsieht, die Unverfallbarkeit der betrieblichen Versorgungsansprüche für alle Arbeiter und Angestellten zu gewährleisten.

Weiter hat die vom BMAS veranlaßte Erhebung ergeben, daß lediglich in fünf Prozent der Unternehmungen mit einer betrieblichen Altersversorgung die laufenden Versorgungsleistungen jährlich, in ein Prozent alle zwei Jahre und in 19 Prozent in größeren zeitlichen Abständen angepaßt werden. In fast vier Fünftel der Unternehmungen mit einer betrieblichen Altersversorgung sind diese Leistungen also überhaupt nicht dynamisiert! Um so schwerer wiegt ein weiterer Mangel des Betriebsrentengesetzes: das Fehlen einer verbindlichen Dynamisierungs-Klausel. In dem Gesetz ist lediglich festgelegt, daß die Unternehmer jeweils nach drei Jahren prüfen müssen und „nach billigem Ermessen gemäß der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens und mit dem Blick auf die soziale Lage des Rentners“ über eine Anpassung der Betriebsrenten entscheiden können. Eine Mitbestimmung der Betriebsräte gibt es dabei nicht.

Die amtlichen Zahlen über die Situation der betrieblichen Altersversorgung lassen so keinen Zweifel daran, daß die Gewerkschaften sich damit nicht abfinden können. Das Betriebsrentengesetz muß entsprechend den gewerkschaftlichen Forderungen weiterentwickelt bzw. die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung müssen so ausgebaut werden, daß für alle Arbeiter und Angestellten die Grundforderung der Gewerkschaften verwirklicht wird, die da lautet, 75 Prozent Rente vom Arbeitsverdienst nach einem erfüllten Arbeitsleben.

A. B.

18. Arbeiterkonferenz: Abrüstung hilft sozialen Fortschritt sichern

Zwei Tage lang berieten am 9. und 10. Juli 1975 in Rostock Gewerkschafter aus dem Norden Europas über das Thema „Entspannung — Abrüstung — sozialer Fortschritt durch Aktionseinheit der Gewerkschaften“ und einen eigenen gewerkschaftlichen Beitrag dazu. Auf dieser 18. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands waren 557 Delegierte, Einzelteilnehmer, Gäste und Beobachter anwesend, die Gewerkschaften des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) und des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) angehören.

Die Bedeutung der im Rahmen der Ostseewoche der DDR stattfindenden Arbeiterkonferenzen liegt zunehmend in ihrem Charakter als Stätte der Begegnung und des Gedankenaustausches zwischen Gewerkschaftern der Ostseeanliegerstaaten sowohl über aktuelle Grundfragen unserer Zeit als auch über Fragen sozialen Inhalts. Mit Ausnahme der DGB-Gewerkschaften waren die Einzelgewerkschaften und zum Teil auch die Gewerkschaftsbünde der skandinavischen Länder, wie der sozialistischen Länder, durch Delegierte und offizielle Repräsentanten vertreten.

Die 80 Teilnehmer aus der Bundesrepublik waren alle Mitglieder oder Funktionäre von DGB-Gewerkschaften, wenngleich sie wegen der noch distanzierten Haltung des DGB zur Arbeiterkonferenz nur im eigenen Namen, nicht jedoch für ihre Gewerkschaft auftreten konnten. Viele Gewerkschafter aus den anderen Ostseeanliegerstaaten äußerten die Erwartung, daß der DGB seine Abseitsposition bald aufgeben möge.

Die Delegierten und Teilnehmer der 18. Arbeiterkonferenz verständigten sich darauf, daß zwischen Entspannung, Abrüstung und sozialem Fortschritt ein enger Zusammenhang besteht und weitere Erfolge auf diesem Wege den Ausbau der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit notwendig machen. Bei einigen Gegenstimmen und Stimmenthaltungen wurde eine Erklärung der Konferenz verabschiedet, in der es u. a. heißt: „Die durch die Entspannung und Abrüstung freiwerdenden finanziellen und materiellen Werte müssen unter Mitwirkung der Gewerkschaften zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter ausgenutzt werden.“ (Siehe Wortlaut der Erklärung und Auszüge aus Reden im Einheitsheft.)

In seiner Begrüßungsrede sagte der Vorsitzende des FDGB-Bundesvorstandes, Harry Tisch: „Im engen Zusammenwirken mit allen anderen friedliebenden und fortschrittlichen Kräften gilt es für die internationale Arbeiterbewegung, nunmehr alle Anstrengungen darauf zu richten, den eingeleiteten

Prozeß der Entspannung unumkehrbar zu machen und die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen.“ Der FDGB-Vorsitzende würdigte die Fortschritte, die bei der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit erzielt wurden, als einen „verheißungsvollen Beginn“.

Auch Jon Rikvold, Leiter der ökonomischen Abteilung im Vorstand der Landesorganisation (LO) der norwegischen Gewerkschaften, der als offizieller Repräsentant der LO das Hauptreferat hielt, unterstrich die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit. Über die Arbeiterkonferenz sagte er: „Diese Konferenz hat Bedeutung als Kontaktorgan und als Mittel zur Vermittlung von Kenntnissen und Informationen übereinander.“ Deshalb beteilige sich der norwegische Gewerkschaftsbund jetzt daran. „Die Zukunft wird in weit größerem Umfang als bisher Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern und Bewegungen mit verschiedenen Ideologien über die Landesgrenzen hinaus erfordern.“

In einem vielbeachteten Einführungsreferat über „Multinationale Konzerne und Gewerkschaften“ stellte Johanne Harms, Betriebsrätin im VW-Konzern, die Problematik des zunehmenden Einflusses multinationaler Konzerne und die Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterschaft in den jeweiligen Ländern dar. Aus den Programmen und Beschlüssen bzw. Erklärungen der internationalen Gewerkschaftsbünde entwickelte sie ein Forderungsprogramm zur Verteidigung und Durchsetzung der Interessen der Werktätigen (siehe Seite 15).

In einem Informationsforum, das auf besonderen Wunsch der skandinavischen Gewerkschafter zustande gekommen war, hatte das BRD-Landeskomitee für die Arbeiterkonferenz Gelegenheit, über die Praxis der Berufsverbote in der Bundesrepublik zu berichten. Prof. Dr. Gerhard Stuby, Konrektor der Universität Bremen und Vizepräsident der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen, sowie drei

vom Berufsverbot betroffene Gewerkschafter schilderten den Teilnehmern der Arbeiterkonferenz Ausmaß und Inhalt der Berufsverbotspraxis.

Prof. Stuby schloß seine Darlegungen mit dem Appell: „Die gleichen Kräfte, die bei uns das Berufsverbot gegenüber Demokraten betreiben, wollen die Bundesrepublik weiter hochrüsten und sabotieren daher alle Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen, nicht nur in Europa, sondern auch schon in anderen Teilen der Welt. Kein Demokrat, der sich der vergangenen und gegenwärtigen Gefahren des Faschismus bewußt ist, kann dies ruhigen Herzens betrachten. Internationale Solidarität muß hier einen Riegel vorschieben, bevor es zu spät ist.“

Norwegische, finnische Gewerkschafter und ihre Kollegen aus den anderen skandinavischen Ländern zeigten sich bestürzt und empört über die Gesinnungsschnüffelei und Hexenjagd auf Demokraten im öffentlichen Dienst, aber zunehmend auch in den Betrieben der Privatwirtschaft in der BRD. Sie versicherten, alles zu tun, um in den Gewerkschaften ihrer Länder die Solidarität zu entwickeln, damit der undemokratischen Berufsverbotspraxis Einhalt geboten wird.

Die 18. Arbeiterkonferenz gab den Delegierten und Teilnehmern auch Gelegenheit — wie in jedem Jahr — bei Betriebsbesuchen und auf Informationsforen, die der FDGB veranstaltete, Rechte und Tätigkeiten der Gewerkschaften kennenzulernen und einen Eindruck von der sozialistischen Wirklichkeit zu bekommen. Auch die Teilnehmer aus der Bundesrepublik informierten sich beim Besuch zweier Betriebe und einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft eingehend. Mehr als ein Viertel von ihnen war noch nie in der DDR gewesen.

Der FDGB informierte in seinen stark besuchten Foren über Gewerkschaften und wirtschaftliche Zusammenarbeit im RGW, über Sozialpolitik und Wohnungsbau in der DDR sowie über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das Kultur- und Bildungsniveau der Arbeiter.

Diese 18. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands hat einmal mehr unter Beweis gestellt, daß Gewerkschafter aus kapitalistischen und sozialistischen Ländern gut miteinander beraten können und daß sie das gemeinsame Grundanliegen der Gewerkschaftsbewegung, die Sicherung des Friedens als Voraussetzung für weitere soziale Erfolge, auch gemeinsam zu vertreten bereit und in der Lage sind. In diesem Sinne werden gewiß die Teilnehmer, auch aus der Bundesrepublik, in ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Umgebung wirken.

Gerd Siebert

Erfolgreiche Bilanz der CGT: Stärker und aktiver denn je

Paris — Le Bourget, 22. bis 27. Juni 1975, das waren Ort und Datum des 39. Kongresses des französischen Gewerkschaftsbundes CGT. Gleichzeitig wurde das 80jährige Jubiläum des Verbandes gefeiert, am 23. September 1895 war die CGT gegründet worden. Von Altersschwäche konnte man allerdings nichts spüren, die CGT präsentierte sich stärker und aktiver denn je.

In den vergangenen 18 Monaten waren 524 436 neue Mitglieder zu verzeichnen. Über 5900 neue Gewerkschaftsgruppen wurden in diesem Zeitraum in Betrieben und Verwaltungen gegründet. So konnte Georges Seguy, der Generalsekretär, in seinem Rechenschaftsbericht feststellen, daß sich die Mitgliederzahl auf 2 400 000 erhöht hat und die CGT nunmehr in über 16 000 Betrieben fest verankert ist. Auch ein Blick auf die Herkunft der 1517 Delegierten ist, besonders im Hinblick auf den Hamburger DGB-Kongreß, interessant. 81 Prozent der Delegierten, davon 783 Arbeiter, kamen direkt aus den Betrieben, über 25 Prozent waren Frauen; die Jugend war mit 231 Teilnehmern vertreten. In Le Bourget hatten sich die Repräsentanten einer kämpferischen Gewerkschaft versammelt.

Die CGT steht an der Spitze der etwa 200 Streikaktionen, die in Frankreich gegenwärtig geführt werden, und so wurden auch die Abgesandten aus zahlreichen bestreikten Betrieben auf dem Kongreß mit großer Herzlichkeit begrüßt. Besonderen Beifall erhielten die Belegschaftsvertreter der Druckerei der Zeitschrift „Parisien Libéré“, die im zur Zeit wohl bedeutendsten Arbeitskampf Frankreichs ihren Betrieb seit über vier Monaten besetzt halten. (NACHRICHTEN wird noch darüber berichten.) So beschränkt sich der Einfluß der CGT auch nicht allein auf ihre 2,4 Millionen Mitglieder. Bei den letzten Betriebsratswahlen sahen über acht Millionen oder 60 Prozent aller Lohn- und Gehaltsabhängigen Frankreichs ihre Interessen durch die Kandidaten der CGT am besten vertreten.

Von der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Lage und die Alternativen und Aktionen der Gewerkschaft war die viertägige Diskussion beherrscht. 94 Delegierte aus Betriebsorganisationen sprachen von ihren Kämpfen, Sorgen und Erfolgen. Der älteste Rodner war der 79jährige ehemalige Eisenbahner Paul Volpelliére, der seit 62 Jahren ununterbrochen, auch in der Illegalität während der Nazi-Okkupation, in der CGT aktiv war. Die jüngste Diskussionsrednerin war die 17jährige Chantal Meyer, Textilarbeiterin aus

Mulhouse. Die Grundrichtung der Diskussion war einheitlich. Henri Krasucki, Sekretär der Bundesleitung, konnte zusammenfassend feststellen: „Diejenigen, die nicht die sich häufenden Zeichen für die Entwicklung zu umfassenden Kämpfen sehen wollen, werden überrascht sein. Die CGT gehört nicht zu diesen Kleinmütigen. Ihre Mitglieder und ihre Organisationen ergreifen entschlossen überall die Initiative, um im Geist der Einheit die notwendigen täglichen Kämpfe zu organisieren.“

Dieser Geist der Einheit, das bedeutet vor allem die notwendige, immer enge Zusammenarbeit mit den übrigen Gewerkschaften Frankreichs, besonders aber die Weiterentwicklung des Aktionsbündnisses mit dem zweitgrößten französischen Gewerkschaftsbund, der CFDT. So wies besonders Jacqueline Lambert, Mitglied des Bundesbüros, darauf hin, daß die Aktionseinheit der Gewerkschaften ein immer wichtigeres Unterpfand für die Erringung von Erfolgen werde. Unter Berücksichtigung der noch bestehenden Differenzen und Schwierigkeiten müsse man auf allen gewerkschaftlichen Ebenen zu einer Politik mit einheitlicher Stoßrichtung kommen.

Das neue Aktionsprogramm, das nach monatelanger Diskussion in den Betrieben auf dem Kongreß verabschiedet wurde, umreißt klar die gesellschaftspolitische Orientierung der CGT, die „Verteidigung der Interessen der Werktätigen zum gemeinsamen Sieg für die Änderung der Gesellschaft auf dem Weg zum Sozialismus“. Hier die Hauptpunkte: „Entschlossene Aktionen gegen die schädliche Politik der Staatsmacht, für die Forderungen der Werktätigen und die Verteidigung ihrer demokratischen Freiheiten, jeden Versuch der Klassenkollaboration entschieden verhindern; Ablehnung aller spalterischen antikommunistischen Kampagnen; Aktionen entwickeln, um Millionen Menschen zu überzeugen, um sie für die Grundideen des gemeinsamen Regierungsprogramms der Linksunion zu gewinnen.“

Standen auch die Probleme der weiteren Entfaltung des Klassenkampfes in

Frankreich im Mittelpunkt — der traditionellen proletarische Internationalismus der CGT beherrschte viele bewegende Stunden des Kongresses. René Duhamel, verantwortlich für internationale Fragen im Bundesbüro, schilderte in einem historischen Abriss die internationalen Aktivitäten in der langen Geschichte der CGT und begrüßte auch die ausländischen Gäste aus 41 Ländern der Erde.

Unter den vielen Gewerkschaftsdelegationen aus kapitalistischen und sozialistischen Staaten befand sich wiederum keine offizielle Gewerkschaftsdelegation aus der Bundesrepublik. Der DGB-Bundeschvorstand fühlt sich offensichtlich immer noch nicht in der Lage, die größte und bedeutendste Organisation der französischen Arbeiter und Angestellten zur Kenntnis zu nehmen.

Verjüngung auch der führenden Leitung und Kontinuität der bewährten Arbeit kennzeichneten die Wahlen zu den Leitungsgremien der CGT zum Abschluß des Kongresses. Benoit Frachon, nunmehr 82 Jahre alt und langjähriger Vorsitzender, wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt. Die neue Exekutivkommission umfaßt 100 Mitglieder, davon 27 Frauen — das sind doppelt soviel wie vorher. Sechs Mitglieder vertreten die ausländischen Arbeiter. Mit stürmischem Beifall nahmen die Delegierten die Wiederwahl von Georges Seguy als Generalsekretär des neuen 15köpfigen Bundesbüros auf, dem auch fünf neue Mitglieder angehören.

Dieser 9. Kongreß der CGT in ihrem 80. Jubiläumjahr war ein bedeutendes Ereignis für die gesamte französische Arbeiterbewegung. Das neue Aktionsprogramm und die anderen Beschlüsse und Aussagen werden den zukünftigen Arbeitskämpfen Frankreichs eine klare und kämpferische Prägung geben. Doch auch über die Grenzen Frankreichs hinaus sowie für die internationale Gewerkschaftspolitik sollten die Ergebnisse dieses Kongresses eine Fülle von Anregungen bereithalten.

a. p.

11. IBFG-Kongreß

Vom 19. bis 25. Oktober 1975 findet in Mexiko der 11. Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) statt. Das Treffen soll sich u. a. mit Fragen der wirtschaftlichen Sicherheit und Vorschlägen zur gesetzlichen Kontrolle multinationaler Gesellschaften beschäftigen, sowie eine überarbeitete IBFG-Charta über die Rechte der berufstätigen Frau annehmen.

Investitionslenkung: Ein aktuelles Thema

Werner Meißner: Investitionslenkung, Frankfurt/Main 1974; Fischer Athenäum Taschenbücher Nr. 5016, 144 S., 9,80 DM

Das Thema ist aktuell. Riesige Fehlinvestitionen charakterisieren die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, seine Widersprüche zu lösen und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. 350 000 leerstehende, zu teure Wohnungen im Gegenwert von 20 bis 30 Milliarden Mark stehen einem noch immer gewaltigen Wohnungsbedarf gegenüber. Eine nur 85prozentige Kapazitätsauslastung der Industrie wird begleitet von über einer Million Arbeitslosen und fast genausoviel Kurzarbeitern. Anders ausgedrückt bedeutet das eine nichterzeugte Warenproduktion im Wert von 125 Milliarden Mark. Gleichzeitig zeigt die konzerngesteuerte Kapitalflucht in Diktaturen und Billiglohn-Großunternehmen.

Angesichts dieser Entwicklung nimmt in der Arbeiterbewegung die Debatte um Einflußmöglichkeiten auf die privaten Investitionen stark zu. Investitionslenkung und Investitionskontrolle sind die Begriffe, die von unterschiedlichen politischen Positionen diskutiert und erläutert werden. Werner Meißner, Sozialdemokrat und Professor an der Universität Frankfurt, will mit dem vorliegenden Buch u. a. anhand von schwedischen Erfahrungen einen Beitrag zur Diskussion der „wirtschaftstheoretischen und gesellschaftspolitischen Probleme einer öffentlichen Lenkung privater Investitionen“ leisten.

Es geht Meißner nicht um Investitionslenkung schlechthin. Wenn etwa auf vier Unternehmen des Fahrzeugbaus 99,3 Prozent der Investitionen dieses Industriezweiges im Jahre 1972 fielen, was bedeutet das anderes als Investitionslenkung, allerdings durch die Konzerne. So sieht Meißner in der Unfähigkeit des „Marktmechanismus eines spätkapitalistischen Wirtschaftssystems“, die Investitionen nach gesellschaftlichen Bedürfnissen zu steuern, den Ausgangspunkt seiner Analyse. Es geht ihm darum, „eine Produktionsstruktur, die zum größten Teil am Profitmotiv orientiert ist, mit gesellschaftlichen Kriterien zu bewerten und entsprechend zu beeinflussen“. — Was heißt das? Auch Meißner erkennt, daß die Zielsetzung kapitalistischer Produktion, wie Marx es analysiert hat, sich in die Formel Geld-Ware-mehr Geld kleiden läßt. Die Produktion von Tauschwerten, nicht Gebrauchswerten, ist der Ansatzpunkt der privaten Investitionen.

So entwickelt der Autor verschiedene Varianten sowohl direkter als auch indirekter Maßnahmen der Lenkung und Kontrolle von Investitionen und untersucht diese auf ihre möglichen Auswirkungen. Eine gesamtgesellschaftliche, an der Bedürfnisstruktur der Bevölkerung ausgerichtete Rahmenplanung der Investitionen soll den Einfluß der privatkapitalistischen Profitinteressen beschneiden. „Investitionslenkung ist dann ein Schritt auf dem Wege zu Wirtschaftsdemokratie und Machtausgleich.“

Auch wenn Meißner die Verbindungslinien von Investitionskontrolle zur Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und zur betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung der Gewerkschaften andiskutiert, so zielt sein Ansatz doch eindeutig auf Stärkung der staatlichen Instrumente, auf Erweiterung der staatlichen Entscheidungskompetenzen. Hier liegt die eigentliche Schwäche in seinen Darlegungen, und zwar in zweifacher Hinsicht. Einmal sieht er ausdrücklich in der öffentlichen, d. h. der staatlichen Gewalt den bestimmenden Kontrolleur privatkapitalistischer Machtentfaltung.

Angesichts der Politik der Bundesregierung, die in den entscheidenden gewerkschaftspolitischen Fragen wie der Tarifpolitik, der Mitbestimmung oder der beruflichen Bildung die Partei des Kapitals ergreift oder vor dessen Druck zurückweicht, ist dies eine gefährliche Selbsttäuschung des Sozialdemokraten Meißner. Doch selbst wenn man annimmt, daß mit der Entwicklung und Durchsetzung erweiterter staatlicher Entscheidungsgewalt in Investitionsfragen wichtige Sektoren der Produktion schrittweise der Verfügung des Privatkapitals entzogen würden, wäre es eine Illusion zu glauben, daß dies allein den „gesellschaftspolitischen Charakter der Investitionslenkung von einem systeminternen Steuerungsinstrument zu einer reformerischen und systemändernden Maßnahme verschieben“ würde.

Gerade die jüngsten Erfahrungen mit den gewerkschaftlichen Reformbemühungen zur Berufsausbildung zeigen doch, wie sich das Großkapital gegen Anstrengungen zur Beschneidung seiner Macht zur Wehr setzt. Hier wird doch deutlich, wie eng der Erfolg von Reformmaßnahmen mit der Veränderung des gesellschaftlichen Kräftever-

hältnisses auf der Grundlage einer aktiven gewerkschaftlichen Basis zusammenhängt. Mit staatlichen Maßnahmen ist es nicht getan.

Trotzdem hat Meißner ein wichtiges und wertvolles Buch geschrieben. Allein die Angriffe aus dem Lager der rechten Sozialdemokraten können als Indiz dafür gewertet werden. Denn Meißner belegt eindrucksvoll die Notwendigkeit einer demokratischen zentralen Planung auch für die hochindustrialisierte Bundesrepublik und entwickelt darüber hinaus präzise und detaillierte Möglichkeiten und Auswirkungen staatlicher Investitionslenkungsmaßnahmen.

a. p.

VERLAGSINTERNES

Zwei neue Titel unseres Verlages liegen inzwischen druckfrisch vor. Es ist die Nr. 1 der neuen „nachrichten-reihe“ mit den wichtigsten Beschlüssen des 10. ordentlichen DGB-Kongresses, der bekanntlich Ende Mai 1975 in Hamburg stattgefunden hatte. Zahlreiche Bestellungen sind bereits dafür eingegangen, so daß die Kolleginnen im Verlag alle Hände voll zu tun haben, um die „Beschlüsse“, die für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gerade angesichts der Krise bedeutungsvoll sind, versandfertig zu machen. Die Broschüre — DIN A 5, fester Umschlag, 56 Seiten — kann von unserem Verlag zum Preis von 3 DM zuzüglich Portogebühren bezogen werden. Sie ist aber auch — wie alle anderen Erzeugnisse unseres Verlages — bei den collectiv-Buchhandlungen erhältlich bzw. kann über den allgemeinen Buchhandel erworben werden.

Endlich liegt auch ein bereits vor längerer Zeit angekündigtes Buch, „Sozialistische Betriebsdemokratie in der DDR“, vor. Aus eigenem Erleben heraus schildern die Autoren, Praktiker und Publizisten der FDGB-Gewerkschaften in der DDR, die Rechte der Gewerkschaften im sozialistischen deutschen Staat. Das Buch gibt auch indirekt Antwort darauf, warum für die DDR-Bevölkerung Krise und Inflation mit ihren verheerenden Folgen wie Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen der Vergangenheit angehören.

Zur Frankfurter Buchmesse (9. bis 14. Oktober) — wir haben dort einen Stand mit der Nummer 7168 in der Halle 6 — werden dann auch die weiteren Titel wie „Betriebe unter der Lupe“, von Eberhard Dähne (IMSF), die 3. erweiterte und neu kommentierte Auflage des Betriebsverfassungsgesetzes von Barbara Degen und Gerd Siebert vorliegen.

jaco

Terminkalender

- **12. September**
9. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Duisburg
- **15. September bis 15. Dezember**
Vertrauensleutewahlen in der IG Chemie-Papier-Keramik
- **20./21. September**
Pressefest der UZ auf den Düsseldorfer Rheinwiesen
- **1. bis 3. Oktober**
DGB-Bundesarbeitstagung zum Thema Mitbestimmung und Grundgesetz in Frankfurt/M.
- **6. bis 11. Oktober**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Hamburg
- **12. bis 17. Oktober**
Aktionswoche des DGB zum „Internationalen Jahr der Frau 1975“
- **13. bis 17. Oktober**
11. Bundeskongreß der Deutschen Angestelltengewerkschaft in Wiesbaden
- **19. bis 25. Oktober**
11. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Mexiko
- **November**
Bundes-Arbeiterkonferenz des DGB in Düsseldorf
- **10. bis 15. November**
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) in Mannheim
- **13. bis 14. November**
Bundespersonalrätekonferenz der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Saarbrücken
- **15. bis 16. November**
Bundeshandwerkertagung des DGB in Saarbrücken
- **28. bis 29. November**
3. Frauentag der IG Bergbau und Energie in Hamm
- **19. bis 21. März 1976**
Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in Bonn
- **13. bis 19. Juni 1976**
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) in Hamburg

Zu guter Letzt

Kürzlich wurden 1200 Bürger von infas nach ihrem letzten Besuch beim Arzt befragt. Bei 400 dauerte die ganze Behandlung nur bis zu fünf Minuten, bei weiteren 400 fünf bis zehn Minuten. Länger als 10 Minuten widmeten die Ärzte sich nur Patienten mit Hochschulreife, leitenden Angestellten und Beamten in gehobenen Positionen. Diese soziale Ungleichheit wird auch bei den Wartezeiten deutlich. Nur etwa ein Zehntel der gehobenen Beamten und leitenden Angestellten wartet länger als eine Stunde. Dagegen muß die Hälfte der Arbeiter längere Wartezeiten in Kauf nehmen.

Der Grund: Akademiker und hohe Beamte sind in Privatkrankenkassen versichert.

„Wir haben keine Verwendung für Sie“, das war die stereotype Antwort, die ein 48jähriger Vermessungstechniker aus dem Kreis Offenbach 42 Mal auf seine Bewerbungen erhielt. Endlich schien er Glück zu haben. Von den Frankfurter Stadtwerken wurde nach einem Gespräch sogar ein fester Einstellungstermin vereinbart. Das Gesundheitsamt stellte ihm ein positives Zeugnis aus. Und so konnte nach Ansicht des Vermessungstechnikers, der sich schon Hoffnungen auf eine halbwegs gesicherte Zukunft machte, nichts mehr schiefgehen. Doch die betriebsärztliche Untersuchung machte diesen Hoffnungen ein jähes Ende. Kurz und bündig erklärte die Betriebsärztin der Stadtwerke: „Sie sind zu dick zum Arbeiten.“

Daß die Rückstellungen für die betriebliche Altersversorgung den Unternehmen meistens mehr einbringen als sie kosten, ist allgemein bekannt. Überrascht ist man manchmal aber doch, wenn man mitbekommt, in welchem Ausmaß hier Steuern hinterzogen und Gewinne versteckt werden. So berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 14. Mai 1975 über die Chemie-Verwaltungs-AG (Großaktionäre Bayer und Veba), die als einzige Geschäftsaktivität eine 50prozentige Beteiligung an den Chemischen-Werken-Hüls AG (CWH) hält: „Der Gewinn ist trotz unveränderter CWH-Dividende von 10,7 auf 12,1 Millionen gestiegen, nachdem die Pensionsrückstellungen nach dem Tode der einzigen Pensionärin aufgelöst wurden und Steuerrückstellungen in Höhe von 1,2 Millionen DM nicht mehr benötigt werden.“ Die Meldung enthüllt die Aufgaben derartiger Holdinggesellschaften. Sie sind rein parasitär und einzig und allein Mittel zu Gewinnverschleierung und Steuerhinterziehung.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschafts-Spiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

6 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 03 72, Glauburgstr. 66; Telefon 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckk.: Frankfurt/M. 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabonnement 25,— DM, einschließlich Zustellgebühr; Halbjahresabonnement 12,50 DM.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), 6 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 66.

Dr. Heinz Schäfer, 61 Darmstadt, Pädagogstraße 2.

Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Neuss.

Ständige Mitarbeiter:

Günter Arndt, Frankfurt/M.; Wolfgang Bartels, Dortmund; Peter Baumöller, Düsseldorf; Günther Blum, Ratingen; Heinrich Bramkamp, Bochum; Mick Costello, London; Barbara Degen, Frankfurt/M.; Sabine Eiermann, Gießen; Claus Friedrich, DDR; Rolf Geffken, Hamburg; Jörg Goldberg, Köln; Lorenz Knorr, Frankfurt/M.; Dr. Udo Mayer, Hamburg; Heinz Pahlke, Westberlin; Herbert Prudlo, Ilse; Karl-Heinz Schulz, Hamburg; Manfred Sokolof, Essen; Hans Vossen, Düsseldorf.

NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.

Frankfurt am Main